

Tit die Wahltaktik der Arbeiterpartei selbständig?

London, 9. Dezember. (Eig. Ber.)

Es dürfte für die ganze sozialistische Arbeiter-Internationale wichtig sein, über die Taktik der britischen Arbeiterpartei bei den kommenden Wahlen einen möglichst sachlichen Bericht zu erhalten. Ein derartiger Bericht müßte einzig und allein von dem Streben getragen sein, festzustellen und auszusprechen, was wirklich ist. Die Erfüllung dieser Aufgabe ist indes nicht leicht. Jeder Wahlkampf bringt eine Unmasse von falschen, entstellten und halbweisen Gerüchten in Umlauf. Im Krieges schweigen die Gesetze, auch die der Vernunft und der Moral, und die Leidenschaften sprechen. Und seit Menschengedenken hat Großbritannien keinen so heftigen Wahlkampf erlebt wie den gegenwärtigen. In früheren Jahren war die Politik in England ein „game“, ein Spiel. Und wer nicht nach den anerkannten Regeln Politik trieb, von dem wurde gesagt: er verlegt die Spielregeln. Jetzt ist die Politik zu einem ernstlichen Kampfe geworden. Vergessen ist die Pose, vergessen der Paradeschritt, — das Niederwerfen des Feindes ist die Hauptsache. Es handelt sich nicht mehr um die Erhebung einer Regierung durch eine andere, sondern um eine Reorganisation des Landes: Fortentwicklung im freiheitlichen und sozialpolitischen Sinne oder Rückentwicklung im imperialistischen Sinne. Wahlen, Stimmen, Parlamente sind Mittel zu einem Ziele. Ist das Ziel klein, so gibt es den Mitteln einen kleinlichen Charakter; ist das Ziel groß, so gewinnen die Mittel an Kraft und Tragweite. Der Gang der britischen Politik wurde an dieser Stelle seit Jahren von Zeit zu Zeit seinem inneren Wesen nach zu erfassen gesucht. Jetzt haben sich die Verhältnisse soweit geklärt, daß sie in einfachen politischen Formeln ihren Ausdruck gefunden haben.

Die Konservativen oder Unionisten wollen Tarifreform (Schutzoll, Reichsverband auf Grund von Vorzugsolltarifen) und eine Stärkung des Oberhauses auf Kosten des vom Volke gewählten Unterhauses.

Die Liberalen oder Radikalen (man macht in der Praxis keinen Unterschied zwischen beiden) wollen Fortbestand des Freihandels, eine gemäßigtere Sozialpolitik und die finanzielle Oberherrschafft des Unterhauses.

Die Arbeiterpartei tritt ein für die Interessen der Arbeiter, und die Mittel zur Förderung dieser Interessen erblickt sie im Ausbau der demokratischen Einrichtungen, in der Schwächung der autoritären Einrichtungen und in einer konsequenten Sozialpolitik auf Kosten der Reichen. Würde man die Arbeiterpartei fragen, was ihr wirkliches Ziel sei, so würde sie antworten: Die Abschaffung der Armut. Der Premierminister Mr. Asquith erklärte vor einiger Zeit: „Was die Menschen wirklich verlangen, ist nicht der Besitz von Eigentum, sondern Sicherheit der Existenz“. Dieser Ausspruch entspricht ganz der Ueberzeugung der Arbeiterpartei.

Die Volksredner der Konservativen versuchen die Wähler der bestehenden Massen dadurch zu gewinnen, daß sie ihnen sagen, die Liberalen seien vertappte Sozialisten, die das Eigentum vernichten wollen. Den Wählern aus der Arbeiterklasse sagen sie, daß Schutzoll größere Arbeitsgelegenheit bedeute. Schutzoll und Nationalismus gehen Hand in Hand; und Nationalismus enthält immer eine Spitze gegen das Ausland. Es liegt nun im Interesse der Konservativen, den Nachweis zu führen, daß die liberale Partei mit den Arbeitern und Sozialisten verbunden sei, um die einzige Partei des Patriotismus zu schlagen.

Uns interessiert hier hauptsächlich die Arbeiterpartei, von der die Konservativen behaupten, sie habe nicht nur mit den Liberalen eine Allianz abgeschlossen, sondern geradezu die Liberalen verschlungen. Es wäre indes ungerade, die ganze konservative Presse für dieses Gerücht verantwortlich machen zu wollen. Gerade das bestunterrichtete und wahrscheinlich angesehenste Blatt der konservativen Partei — die „Morning Post“ — nimmt eine andere Stellung ein. Am 3. Dezember brachte dieses Blatt folgenden Leitartikel unter der Ueberschrift: „Die Selbständigkeit der Arbeiterpartei“:

Die Arbeiterpartei unterscheidet sich gar sehr vom Liberalismus, dem es unbegreiflich ist, warum die Arbeiterpartei an der Selbständigkeit festhält. Die Liberalen sagen sich: hier ist ein Etat, den die Führer der Arbeiterpartei mit Freude begrüßt haben. Dieser Etat wird von den Lords abgelehnt, denen die Arbeiterpartei jede Daseinsberechtigung abspricht. Man hätte deshalb glauben sollen, daß die Arbeiter nicht nur harmonisch mit den Liberalen wirken, sondern sich ihnen vollständig anschließen würden. Die Liberalen entdeckten aber zu ihrem Schmerz, daß die Feindschaft der Arbeiter sich nicht nur gegen die Lords und die Konservativen richtet, sondern auch gegen die logen, demokratische liberale Partei. Erzogen in bürgerlichen Vorurteilen, können die Liberalen die Kräfte nicht verstehen, die in der Arbeiterpartei wirken. Das lokale Mitglied der Arbeiterpartei nimmt an, die Unterschiede in der ökonomischen Lage der Klassen seien die wirklichen und dauernden Scheidungslinien der Gesellschaft. Ob der organisierte Arbeiter vollständig Sozialist oder nur Reformist mit sozialistischen Idealen ist, so ist er doch tief davon überzeugt, daß die Interessen der Arbeiter denen der anderen Klassen entgegengefeht sind und entgegengesetzt bleiben werden. Alle anderen Unterschiede sind ihm Nebensache. Und wenn berichtet wird, daß die Arbeiterführer Abmachungen mit den Liberalen getroffen haben, so handelt es sich nur darum, die selbständige Vertretung der Arbeiter zu vermindern; denn auch nur der Schein von Kompromiß wird auf die bitterste Opposition der Arbeiterpartei stoßen. Die liberale Regierung wird zuweilen von der Arbeiterpartei beherrscht, aber die Arbeiterpartei wird sich nichts von den Liberalen diktieren lassen.

In der Tat ist ein Kompromiß zwischen den Liberalen und der Arbeiterpartei nicht zustande gekommen, wie mir noch dazu von einem der maßgebenden Führer der Arbeiterpartei in positiver Weise berichtet wurde.

Beide Parteien handeln selbständig, aber beide Parteien betrachten die Frage des Oberhauses als so wichtig, daß sie aus freien Stücken nutzlose und nur den Konservativen nuzbringende dreieckige Wahlkämpfe vermeiden wollen. Die Liberalen ziehen deshalb ihre Kandidaten in denjenigen Wahlkreisen zurück, wo eine Arbeiterkandidatur aussichtslos ist, und die Arbeiterpartei streicht solche Kandidaturen aus der Liste, die nur zu einem Siege der Konservativen führen könnten. Den Konservativen ist diese Taktik höchst unangenehm, da sie verhindert, daß der konservative Kandidat auch mit einer Minderheit von Stimmen siegen könnte. Deshalb der Kerger der weitverbreiteten konservativen Presse, der sich in den Klagen über eine liberal-sozialistische Allianz Luft macht.

Ganz in diesem Sinne faßt das „Daily Chronicle“ die Lage auf:

„Die Presse der Poets“, sagt das liberale Blatt, „zerbricht sich den Kopf über die Abnahme der dreieckigen Kämpfe bei den

kommenden Wahlen. Ganz natürlich. Jedes Mandat, das durch einen Kampf zwischen der liberalen und der Arbeiterpartei dem Etat verloren geht, ist ein Gewinn für die Lords. Die Tories möchten gerne sehen, daß jeder liberale Wahlkreis von einem Arbeiterkandidaten angegriffen wird und jeder Arbeiterwahlkreis von einem liberalen Arbeiterkandidaten. Der Zweck der Denunziationen einer liberal-sozialistischen Allianz ist so durchsichtig, daß es keinen narren kann. Die Poets wollen beide Parteien gegen einander aufreizen, damit sie die Arbeit der Tories leisten. . . . Von einer Allianz, einem Abkommen oder Handel kann zwischen der Arbeiterpartei und dem Liberalismus nicht die Rede sein. Beide Parteien handeln unabhängig voneinander. Die Interessen der beiden Parteien sind nur insoweit identisch, als beide entschlossen sind, gegen das Oberhaus zu kämpfen. Ohne die Frage der Lords würde es keine gemeinsame Grundlage für beide Parteien geben. Im übrigen bleiben die Meinungsverschiedenheiten der beiden Parteien in anderen Fragen nach wie zuvor bestehen.“

Man darf also die Wahltaktik der Partei wie folgt zusammenfassen: Die Partei bleibt selbständig, aber im gegenwärtigen Augenblicke beherrscht die Frage des Oberhauses alle anderen Fragen, und in diesem Punkte ist ihr Interesse mit dem des Liberalismus wesentlich identisch. Deshalb ist es nötig, von Agitationstaktiken abzugehen. Wollen die Liberalen durch ihre Wahltaktik der Arbeiterpartei gegenüber die gleiche Rücksicht walten lassen, so können sie es tun.

Auch die „Justice“ von heute kommt zum Schluss:

Wir sind geneigt, den Anspruch der liberalen Presse und Politiker anzuerkennen, daß wir im gegenwärtigen Augenblicke alle anderen Erwägungen beiseite lassen und die Frage des Oberhauses zur Hauptfrage machen sollen und deshalb eine Zerstückelung der gegen die Lords gerichteten Kräfte zu vermeiden suchen. Wir sind dafür, daß wir alle eine ungebrochene Front zeigen sollen. Die Liberalen wissen, daß wir unzweifelhaft für einen Krieg gegen die Lords entschlossen sind. Sie wissen, daß die Arbeiterpartei von Feindschaft gegen die erbliche Kammer erfüllt ist. Die Liberalen haben deshalb eine Gelegenheit, ihre Aufrichtigkeit im Angriff auf das Oberhaus dadurch zu zeigen, daß sie ihre Opposition gegen die sozialistischen und Arbeiterkandidaten zurückgeben und sie unterstützen.“

Die Wahltaktik der Sozialdemokratischen Partei unterscheidet sich von der der Arbeiterpartei nur darin, daß jene infolge der kleinen Zahl ihrer Kandidaten keine Gegenleistungen an die Liberalen machen kann.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 15. Dezember 1909

Cosingerste, Cosinschweine und Cosinagrarien.

Um den Handelsvertrag mit Rußland und Oesterreich-Ungarn zustande zu bringen, ist bekanntlich der Vertragszoll für sogenannte Futtergerste auf 1,50 Mk. pro Doppelzentner festgesetzt worden, während Malzgerste entsprechend dem § 1 des Zollgesetzes vom 25. Dezember 1902 mit 4 Mk. verzollt wird. Zwischen Malz- und Futtergerste besteht aber kein äußerer, sondern nur ein gewisser qualitativer Unterschied. Auch sogenannte gute Futtergerste eignet sich für die Mälzerei, und tatsächlich ist denn auch seit dem Inkrafttreten der betreffenden Handelsverträge ein beträchtlicher Teil der eingeführten Futtergerste zum Bierbrauen verwandt worden. Das ist den Gerste bauenden Agrariern sehr unangenehm; denn wenn alle zum Malzen gebrauchte fremde Gerste zum mindesten mit 4 Mk. pro Doppelzentner verzollt werden müßte, würde der Preis für inländische Gerste erheblich steigen. Die Herren Agrarien haben deshalb im letzten Reichstag ein Gesetz durchgebracht, das die Färbung der eingeführten Futtergerste vorschreibt, und zwar wird diese Färbung mit Cosin vorgenommen — ein Farbstoff, der vielleicht vom technischen Standpunkt ganz schön sein mag, aber zur Folge hat, daß ein Schwein, das Cosingerste frisst, die Cosinkrankheit bekommt. Magen und Därme der Schweine sind zu empfindlich, um das dem Gelbbüchel der Agrarien so nützliche Cosin zu verdauen. Rät sich so ein Vorstentier dazu verleiten, in seiner Fressboogie Cosingerste zu vertilgen, so stellt sich Magen- und Darmentzündung beim Schwein ein, und selbst das Fleisch färbt sich rot.

Darüber herrscht in den Kreisen der Viehzüchter und Viehhalter, die nicht selbst Gerste bauen, große Aufregung, und in den Couloirs des Reichstags zeigte gestern während der Sitzung der Abg. Carlens Magen und Darm eines Schweins, das mit Cosingerste gefüttert worden ist. Trotzdem die Fütterung erst seit acht Tagen stattfand, erwiesen sich alle Teile, auch der Speck, als stark gerötet und entzündet.

Die milde Profitgier hat die Agrarien wieder mal zu einem ebenso albernen als gemeingefährlichen Streich verführt. In ihren Blättern eifern sie gegen die Einfuhr von amerikanischem Vieh und wollen selbst gesunde Schlachtvieh nicht über die Grenze lassen in der vaterländischen Besorgnis, es könnte doch einmal ein krankes Stück darunter sein und den Verdauungsorganen der lieben inländischen Mitmenschen schaden. Aber dagegen, daß die inländischen Schweine mit Cosin vergiftet und ihr Fleisch künstlich verdorben wird, haben die ehrlichen Herren nichts einzuwenden, wie ja auch bekanntlich nur die ausländische Trichine gefährlich ist, nicht die deutsche Nationaltrichine.

Die Hauptsache ist doch der Profit, und die Cosinfärbung hat bewirkt, daß in letzter Zeit der Preis für nicht gefärbte gute inländische Futtergerste um 4 Mk. gestiegen ist.

Der auf die Arie gezwungene Erzberger.

In der Reichstagsitzung am Dienstag machte sich der vielredner Erzberger die von Zentrumsseite systematisch kolportierte Frage, die Sozialdemokraten hätten gegen den Viermillionenfonds zur Unterstützung der Tabakarbeiter gestimmt, zu eigen. Als ihm nun aber nachgewiesen wurde, daß wir — nachdem unser weitergehender Antrag auf Entschädigung abgelehnt war — in der zweiten Lesung für den Viermillionenfonds Antrag auf Unterstützung eingetreten, dann aber gegen die Verschlechterung, das heißt gegen die Beschränkung der Unterstützung auf vier Millionen gestimmt hätten, war Herr Erzberger in arge Verlegenheit gebracht. Auf die Zurufe unserer Genossen, daß das Zentrum seinen eigenen Antrag verschlechtert und dadurch den Tabakarbeitern viele Millionen gemauert habe, einschloßte Herr Erzberger das wertvolle Geständnis:

„Es handelte sich nicht darum, ob der Antrag in der dritten Lesung eine Verschlechterung für die Arbeiter bedeute, sondern um eine Uebereinstimmung mit dem Bundesrat, um überhaupt etwas für die Tabakarbeiter zu erreichen. Sonst wäre das Tabaksteuer-gesetz vom Bundesrat abgelehnt worden. Meine Partei aber wollte das Tabaksteuer-gesetz zustande bringen und damit die ganze Finanzreform, und deshalb war sie genötigt, von dem Beschluß in zweiter Lesung zurückzutreten, um das große nationale Werk der Finanzreform zustande zu bringen.“

Das ist ein wertvolles Eingeständnis, auch wenn es der redselige Erzberger sehr wider Willen, als er in die Enge getrieben war, gemacht hat.

Bei der Erbschaftsteuer laß man's anders! Damals holte das Zentrum seinen letzten Mann heran und brachte die

Steuer zu Fall, obgleich der leitende Staatsmann sich für sie öffentlich einsetzte! Bei der Tabaksteuer ist aber zudem gar nicht bekannt geworden, daß die Regierung ihre Zustimmung von der Beschränkung der Unterstützung auf vier Millionen abhängig gemacht hat! Aber wenn das auch hinter den Kulissen geschehen wäre, so hat das kein vernünftiger Mensch geglaubt; auch Herr Erzberger nicht! Das Zentrum ist auf den Wunsch der damaligen Kumpfregerung — dem Bälou war tatsächlich schon ausgeschaltet — einfach deshalb eingegangen, weil es sich als künftige Regierungspartei angenehm machen wollte! Das im Volksverrat so sehr geübte Zentrum glaubte hier um so eher eine andere Stellung einnehmen zu können als bei der Erbschaftsteuer, als es sich hier nur um Arbeiter und großenteils sogar nur um Arbeiterinnen, die kein Wahlrecht haben, handelte, während bei der Erbschaftsteuer die Interessen der Grafen Praschma, Oppersdorff, Arenberg usw., also der Großagrarien, die einen entscheidenden Einfluß in der Zentrumsparlei haben, geschont werden mußten! Wo die Interessen der Arbeiter und Agrarien in einem Gegensatz stehen, hat das agrarische Zentrum noch immer, ohne zu schwanken — siehe die Verteuerung der Lebensmittel — gegen die Arbeiter Stellung genommen.

Zur Steuerhinterziehungsfrage

Ueberset Dr. W. Claassen im letzten Hefte der agrarischen „Volkswirtschaftlichen Blätter“ bemerkenswerter Material. Er untersucht die wirkliche und die durch die Steueranlagung festgestellte Größe des mobilen Kapitalvermögens in Preußen und kommt zu dem Ergebnis, daß in Preußen etwa 34 Milliarden Mark mobiles Vermögen der Wahlhabenden der rechtmäßigen Besteuerung entzogen werden.

Diese agrarische Aufmachung ist offenbar ein Akt der Vergeltung für die Aufhebung der agrarischen Steuer-mogeleiten durch Prof. Desbriat.

Zweifellos haben beide Teile recht!

Truppenübungsplätze und Wertzuwachssteuer.

Bekanntlich hat der Militärstatistik zur Schaffung eines Truppenübungsplatzes bei Jossen in großem Umfange Gelände erworben. Pflügge Terrainspekulanten, die da wußten, wohin die Fahrt ging, sicherten sich Brizeiten in der Jossener Gegend eine große Zahl von Grundstücken zu sehr minimalen Preisen, um sie eventuell dem Reiche zu hohen Preisen aufzuhängen. Die Gemeinden in jener Gegend beschloßen in aller Eile die Einführung von Wertzuwachssteuern, um bei dieser Gelegenheit aus den ungeheueren Grundstücksteigerungen eine Einnahme für sich zu erzielen. Dabei mußten aber die Gemeinden die Erfahrung machen, daß die Genehmigung der Auf-sichtsbehörde so lange auf sich warten ließ, bis die Ankäufe bereits perfekt waren! Die Gemeinden hatten infolge der Langsamkeit der Erledigung durch die Regierung das Nachsehen und die Terrainspekulanten den Nutzen. Der „Kreuzztg.“ vom 15. d. Mis. werden zu diesem Kapitel von einem Dr. jur. A. v. Schwertin noch folgende Tatsachen mitgeteilt:

Im Jahre 1904 wurde ein großes Grundstück für 40 000 Mk. gekauft. Ein Herr aus Berlin kaufte dieses Grundstück im Jahre 1907 für 90 000 Mk. und verkaufte es noch einigen Monaten an den Fiskus um 221 000 Mk. Ein Herr aus Jossen kaufte für einen Verwandten etwa 400 Morgen, teils im Jahre 1904, teils im Jahre 1907 und zahlte dafür etwa 51 000 Mk. Er verkaufte das Grundstück an den Fiskus am 5. Juli 1909 um 240 000 Mk. Aufwendungen waren für das Grundstück im Laufe dieser Jahre im Betrage von annähernd 50 000 Mk. gemacht worden. Zwei Herren kauften am 27. September 1907 ein Gut von 840 Morgen für 200 000 Mk. Gebäude und lebendes Inventar dieses Gutes besaßen einen Wert von etwa 112 000 Mk. Der unbedebaute Boden hatte demnach einen Preis von etwa 100 Mk. für den Morgen. Die Käufer veräußerten von diesem Gute 820 Morgen an den Fiskus für 95 000 Mk., d. i. den Morgen für 116 Mk. Es wird wohl niemand behaupten können, daß der Sandboden, um den es sich hier nur handeln kann, sich im Laufe dieser wenigen Jahre um ein so Vielfaches seines Wertes hätte vermehren können, wenn nicht der unbedeutende Zuwachs durch Anlegung des Truppenübungsplatzes dazu gekommen wäre. Ebenso können diese Herren, von denen der Staat das Land schließlich kaufte, nicht als Arbeiter angesehen werden. Dieselben haben in der Voraussicht, daß das Land vom Fiskus gekauft werden würde, es vorher erworben, allerdings zu Preisen, bei denen sie, auch wenn die Objekte nicht an den Fiskus hätten verkauft werden können, niemals einen Schaden erlitten haben würden. Es ist den Käufern dieses Landes durchaus kein Vorwurf zu machen. Der einzige Vorwurf, der gemacht werden kann, ist der, daß die Wertzuwachssteuer nicht eingeführt wurde, um, sei es den Gemeinden, sei es dem Reich, sei es beiden zusammen, einen Teil wenigstens von dem unbedienten Wertzuwachs wieder zuzuführen.“

Des weiteren schreibt der Verfasser in bezug auf die auffällige Verzögerung bei der Einführung der Wertzuwachssteuer noch folgendes:

„Das „Telower Kreisblatt“ verachtet sich in seiner Nr. 290 vom 29. November unter der Rubrik „Nachrichten aus der Provinz“ gegen den Vorwurf, die Verschleppung der Grundwertungen verschuldet zu haben. Der Kreis habe ebenfalls eine neue Umlagssteuerordnung am 26. Mai beschlossen. Aber vom 26. Mai bis zum 20. November war die staatliche Genehmigung dieser neuen Umlagssteuerordnung im Ministerium des Innern noch nicht erfolgt. Die Verschleppung der Sache ist um so auffällender, als die Steuerordnung der Stadt Schöneberg in wenigen Tagen erledigt war.“

Der „Kreuzzeitung“ scheint es wünschenswert, daß diese Vorgänge in Landtage zur Sprache gebracht werden.

Wenn schon der „Kreuzzeitung“ der Schlenker unserer Aufsichtsbekörden zu toll ist, so will das schon etwas heißen!

Weitere Folgen der Tabaksteuer.

Die Firma Karl Julius Klein-Hamburg hat ihre Fabrik in Ahle bei Wands-Besitzungen wegen der neuen Tabaksteuer gänzlich geschlossen. 43 Arbeiter sind dadurch brotlos geworden. In ihrer Fabrik in Hfenstedt läßt die Firma Dieckmann & Hoberg Wunden vom 15. Dezember an sämtliche Arbeiter vorläufig 6 Wochen feiern. — In Dagen (Dippe) ist den Arbeitern der Ritz-Steneberg-Paratrup die Staatsunterstützung auf Ge-einer Denunziation, daß sie nicht infolge der Tabaksteuer ent-ließen, entzogen worden. Trotzdem die Firma Steneberg sofort diese Tatsache bestätigte, sind die Arbeiter schon 5 Wochen Unterstützung.

Zur mecklenburgischen Verfassungsfrage.

Die mecklenburgischen Liberalen wollen die durch Ablehnung Verfassungsentwurfs der mecklenburgischen Regierungen geführte Lage ändern und versuchen, im Reichstage wiederum die mecklenburgische Verfassungsfrage zur Sprache zu bringen. Es deshalb die Abg. Lind (natl.), Dr. Pochnide (fr. Vg.) und Graf v. Bethmer (fr. Vg.) mit Unterstützung der Nationalität und der freisinnigen Fraktionen folgende Interpellation im Re-ichstage eingebracht:

„Gedenkt der Herr Reichskanzler der Erwartung, welche stätlich der mecklenburgischen Verfassung der Bundesrat in Sitzung vom 26. Oktober 1878 den mecklenburgischen Regier-gegenüber ausgesprochen hat, nunmehr weitere Folge zu

nachdem die zwischen den mecklenburgischen Regierungen und den Ständen seit fast 80 Jahren resultatlos geführten Verfassungsverhandlungen kürzlich wiederum gescheitert sind und nachdem die mecklenburgischen Regierungen den Ständen auf dem diesjährigen Landtage erklärt haben, daß ihnen angesichts der Haltung der mecklenburgischen Ritterschaft weitere Verhandlungen zurzeit nicht mehr möglich seien, daß sie die Hoffnung nicht mehr aufrecht erhalten können, zu einer Verständigung zu gelangen, und daß sie bei Verhandlungen im Reichstage ihren bisherigen Standpunkt gegenüber einem Eingreifen des Reiches nicht aufrecht erhalten könnten?

Die beiden mecklenburgischen Regierungen werden also Gelegenheit haben, ihre Drohungen zu verwirklichen und im Reichstag für einen Eingriff des Reiches in die mecklenburgischen Verfassungsverhältnisse zu plädieren.

Deutsch-schwedischer Handelsvertrag.

Wie die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ meldet, ist am 14. d. M. durch einen in Berlin stattgefundenen Notenwechsel die Gültigkeit des am 31. Dezember 1910 ablaufenden deutsch-schwedischen Handelsvertrags bis zum 1. Dezember 1911 verlängert worden. Der Notenwechsel wird nach den Weihnachtsferien dem Bundesrat und Reichstag zur Beschlussfassung vorgelegt werden.

Die Fleischsteuerung im sächsischen Landtage.

Dresden, 15. Dezember. Die Zweite Kammer verhandelte in ihrer heutigen Sitzung über eine freisinnige Interpellation betreffend die Fleischsteuerung. Der Abgeordnete Koch begründete sie. Das wichtigste Mittel zur Abwendung der Fleischsteuerung sei die Öffnung der Grenzen, vor allem gegenüber Dänemark und Amerika, natürlich unter Beobachtung aller gebotenen veterinärpolizeilichen Maßregeln. Daneben bedürfte es einer Ermäßigung der Getreibeizölle und Herabsetzung der Futtermittelzölle. Der Minister Graf Bötticher von Eckardt lehnte mit scharf agrarischer Argumentation ab. Er machte besonders den Zwischenhandel für die Steuerung verantwortlich.

Kommunalwahlen.

Eine Niederlage des Zentrums.

Dortmund, 15. Dezember. Bei den gestern beendeten Stadtverordneten-Wahlwahlen wurden infolge der Parole der Sozialdemokraten: Gegen das Zentrum! die drei liberalen Kandidaten gegen die Zentrumskandidaten mit großer Mehrheit gewählt. Das Gesamtergebnis der diesjährigen Stadtverordnetenwahlen ist, daß aus den sechs Wahlkreisen diesmal drei liberale und drei sozialdemokratische Stadtverordnete in das Stadthaus eingehen, statt wie bisher zwei Liberale und vier Zentrumskandidaten. Der lokale Führer des Zentrums, der Verleger des Zentrumsblatts „Armonia“, Lensing, der seit 18 Jahren den dritten Wahlkreis vertrat, muß seinen Sitz an die Liberalen abtreten.

Wahlen in Württemberg.

In Reutlingen wurde neben zwei Nationalliberalen und einem Bürgerlichen auch ein Sozialdemokrat in den Gemeinderat gewählt.

In Baihingen a. F. wurden neben zwei Bürgerlichen Kandidaten zwei Sozialdemokraten, die ersten Vertreter unserer Partei, in den Gemeinderat gewählt.

In Wirkenfeld ging der sozialdemokratische Zettel, dem ein Gegenvorschlag garnicht erst gegenübergestellt wurde, glatt durch. Infolgedessen wurden zwei Sozialdemokraten und ein Bürgerlicher gewählt.

In Knittlingen wurde der seitherige sozialdemokratische Vertreter im Gemeinderat wiedergewählt.

In Dürrenmühl wurden zwei Sozialdemokraten neben einem Volksparteier und einem Unparteiischen gewählt.

In Großföffen gelang es, den Vorsitzenden der sozialdemokratischen Parteiorganisation mit der höchsten Stimmenzahl in den Gemeinderat zu wählen.

In Geislingen siegte das Kartell der „Einigen“, bestehend aus Sozialdemokratie und Liberalen über das Zentrum. Es wurden zwei Liberale, ein Unparteiischer und ein Sozialdemokrat gewählt.

In Lorch wurde neben vier Bürgerlichen ein Sozialdemokrat, der erste Vertreter der Partei, in den Gemeinderat gewählt.

In Schramberg war der Wahlkampf sehr heftig, die Verteilung betrug 91 Proz. Sozialdemokratie, Volkspartei und freisinniger Bürgerverein gingen auf der einen, Zentrum und Nationalliberale (!) auf der anderen Seite zusammen. Gewählt wurden je ein Vertreter der Sozialdemokratie, der Volkspartei, des Bürgervereins und des Zentrums.

In Hagensberg gelang es, einen Sozialdemokraten in den Gemeinderat zu wählen.

Eine dreiste Zumutung.

Gegen die Gültigkeit der Stadtverordnetenwahl in Gagnau, bei der bekanntlich sechs Sozialdemokraten gewählt wurden, ist von bürgerlicher Seite Einspruch erhoben worden, weil angeblich Nichtwahlberechtigte abgestimmt haben sollen. Die Protestler verlangen nicht mehr und nicht weniger, als daß die unterlegenen bürgerlichen Kandidaten als gewählt zu betrachten sind!

Fürstenempfang und Wahlkampfdemonstration.

In Braunschweig fand am Mittwoch die Vermählung des 52 Jahre alten Regenten Johann Albrecht mit der 24 Jahre alten Prinzessin von Stolberg-Köster statt. Am Dienstagmittag hielt die junge Braut mit großem Gepränge ihren Einzug. Die reichen Fabrikanten ließen ihre Arbeiter zum Teil feiern, ohne ihnen die Zeit zu entzweien. Sie hatten wohl erwartet, daß auch die Arbeiter in Patriotismus münden würden. Es kam aber anders. Wohl fanden sich Tausende von Arbeitern am Dienstagmittag in der Nähe des Schlosses ein; aber als die Galawagen mit den Hochzeitsgästen vorbeifuhren, ertönte ein kräftiges Hoch auf das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht sowie der Ruf: „Wieder mit dem Alltagswahlrecht!“ Erstamts schauten die Herrschaften auf ob dieses sonderbaren Empfanges durch die arbeitende Bevölkerung. Das Militär und die zahlreiche Polizei war der Demonstration der Arbeiter gegenüber völlig machtlos. Unter dem dröhnenden Gesänge der Marschkapelle zogen die Demonstranten schließlich ab. Später erfolgten einige Verhaftungen.

Anstandsregeln für braunschweigische Volksschullehrer.

Die Direktion des Lehrerseminars zu Wolfenbüttel hat an ihre Zöglinge eine Verfügung erlassen, die sich „Verhaltensmaßregeln und Ratschläge“ betitelt. Im Abschnitt 11 dieser vom Jahre 1908 datierenden Verfügung heißt es:

Es scheidet sich nicht, die Wohnung des Vorgesetzten mit brennender Zigarre zu betreten. Stehst Du vor einem Vorgesetzten, so darfst Du nicht die Hände an die Seiten stecken oder die Hände in der Hosentasche haben. Tretest Du bei Deinem Vorgesetzten in das Zimmer, so bleibe in der Nähe der Türe stehen, bis Du etwa aufgefodert wirst, näher zu treten. Fordert er Dich auf, Dich zu setzen, so setze gerade und lege oder stütze die Arme nicht etwa auf einen in der Nähe stehenden Tisch. Bei sogenannten steifen Wittern nimmt man den hohen Hut mit in das Zimmer, und zwar in der linken Hand. Wird Dir etwa von diesem Vorgesetzten die Freundlichkeit zuteil, daß er Dir den

Zutritt in sein Haus vergönnt, so mißbrauche diese Vergünstigung nicht. Wird in Deiner Gegenwart von Deinem Vorgesetzten oder von Deiner vorgesetzten Behörde schlechtes geredet, so stimme nicht ein. Die etwaigen Fehler derselben aufzudecken, ist nicht Deine Sache.

Die Verhaltensmaßregeln, die in den Abschnitten B: „Das Verhalten im Dienst“, C: „Das Verhalten im sonstigen Verkehr“ (folge keine Liebesleien an) und D: „Das Verhalten gegen die Seminardirektion“ niedergelegt sind, reihen sich der vorstehenden Probe würdig an. Die jungen zukünftigen Volksschullehrer und Erzieher, denen man solche Vorschriften setzt, werden so dazu gedrillt, die äußere Untertänigkeit als das höchste zu halten. Persönlichkeit und Inhalt nichts, Erbherei und Form alles, Uniform das höchste — das ist der Inbegriff preussischer Kulturgundzüge.

Vom Sauberdenton.

Die „Kölnische Volkszeitung“ beschuldigt in Nr. 1045 die liberale „Düsseldorfer Zeitung“ einer „schönen Fälschung“. Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ spricht in Nr. 1362 gegenüber der „Kölnischen Volkszeitung“ von „makroser Mut“, von „Dreistigkeit“, droht, sie der „schönen Lüge“ zu bezichtigen und fügt hinzu, daß schon bei einer früheren Gelegenheit einer ihrer Mitarbeiter von der „Kölnischen Volkszeitung“ „angepöbel“ worden sei.

Das hindert natürlich beide Blätter nicht, für sich die feinste Bildung in Anspruch zu nehmen und sich allwissentlich über die Roheit der sozialdemokratischen Presse aufzuregen.

Die Maßregelungen in Kattowitz.

Manern fort. Die Regierung in Oppeln hat zwei Mittelschullehrern in Kattowitz eröffnen lassen, daß sie demnächst veretzt werden, weil sie bei der Stadtverordnetenwahl für die polnischen Kandidaten gestimmt haben.

Das Zentrum, das diese Vorkommnisse im preussischen Landtage zur Sprache bringen wollte, hat nun doch eine Interpellation in dieser Sache im Reichstag eingebracht, die jedenfalls bald nach den Weihnachtsferien zur Verhandlung kommt. Auch die Polen werden eine Interpellation einbringen.

Die Tabakarbeiternot im badischen Landtag.

Die zweite badische Kammer verhandelte am Montagabend über den sozialdemokratischen Antrag, die Regierung zu ersuchen, sie möge sofort im Bundesrat beantragen, daß die zur Unterstützung der durch das Tabaksteuerergesetz geschädigten Arbeiter zu überweisenden Mittel erhöht werden und daß die Vorschriften in einer Weise geändert werden, die den bei Festsetzung und Auszahlung der Unterstufungen zutage tretenden Mißständen abhilft. Nach Verständigung mit den Antragstellern hat die Budgetkommission von dem zweiten Teil des Antrages abgesehen in Rücksicht auf neuere bessere Bestimmungen und den ersten Teil in der Abänderung empfohlen, daß die Regierung, falls sich die Mittel als unzureichend erweisen, rechtzeitig eine Erhöhung derselben betreiben solle. Regierung und Kammer haben sich damit einverstanden erklärt. In der zweitägigen Debatte, an der sich die sozialdemokratische Fraktion mit fünf Rednern beteiligte, wurden die schrecklichen Folgen des Tabaksteuerergesetzes für Baden eingehend beleuchtet. Von sozialdemokratischer Seite wurde dabei noch darauf hingewiesen, daß dieses Gesetz gerade vom badischen Finanzminister v. Hoesell empfohlen worden ist. Ministerialdirektor Moser verurteilte es gleich dem sozialdemokratischen Redner, daß unterstützungsbedürftigen Tabakarbeitern zugemutet worden ist, sich als Streikbrecher gebrauchen zu lassen oder auf die Unterstützung aus dem Gesetz zu verzichten.

Oesterreich.

Erneute Obstruktion.

Wien, 15. Dezember. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Nachdem die erste Lesung des Budgetprovisoriums glücklich erledigt war, sollte ein Gesetz, das die Regierung zum Abschluß von Handelsverträgen mit den Balkanstaaten ermächtigt, zur Beratung kommen. An dieses Gesetz knüpfen sich wichtige politische Interessen, da eine Besserung der gespannten Verhältnisse zu den Balkanstaaten an die Voraussetzung einer Besserung der handelspolitischen Beziehungen geknüpft ist. Die Erleichterung der Lebensmittel, besonders aber der Vieheinfuhr aus den Balkanstaaten ist zugleich ein Lebensinteresse der österreichischen Bevölkerung. Die tschechischen Agrarier sind aber anderer Meinung. Sie kümmern sich weder um die Interessen des noleidenden Volkes, noch um die politischen Interessen des Staates und haben beschlossen, die endlich eingestellte Obstruktion zu erneuern. Sie haben eine ganze Anzahl Dringlichkeitsanträge eingebracht, die heute verhandelt werden. Es wird aber der Versuch gemacht werden, diese frivole Obstruktion zu brechen. Die arbeitswilligen Parteien haben beschlossen, Schichtwechsel einzuführen, um die Beschlussfähigkeit des Hauses dauernd aufrechtzuerhalten. Man will die Sitzung Tag und Nacht ununterbrochen fortzusetzen. Es muß dem Volke klar gemacht werden, welche Parteien und aus welchen Gründen sie die Arbeiten des ersten Hauses des gleichen Wahlrechts fortgesetzt verhindern.

In der Sitzung kam es auch zu einem charakteristischen Zwischenfall. Als um 2 Uhr 30 Minuten nachmittags der Präsident die Sitzung auf eine Stunde unterbrechen wollte, um den Abgeordneten Gelegenheit zur Teilnahme an dem Leichenbegängnis des Grafen Harrach, eines volksfeindlichen, feudalen Herrenhändlers, zu geben, erklärte Genosse Seih, die gegenwärtige Geschäftsfrage dulde eine derartige Unterbrechung nicht; das Haus lehnte den Antrag des Präsidenten mit 179 gegen 96 Stimmen ab. In Begründung eines Dringlichkeitsantrages sprach der tschechische Agrarier Kotlarsz mehrere Stunden.

Steuerhinterziehungen.

Die Regierung hat in einer Robelle zum Personaleinkommensteuergesetz das Recht verlangt, die Bücher der Eingeschätzten einzusehen. Um die Notwendigkeit dieser Maßregel zu beweisen, erzählte der Finanzminister v. Winkler in seiner Rede eine Reihe erbaulicher Geschichten. In einem Falle hat ein Steuerzahler sein Einkommen im dreijährigen Durchschnitt auf 9000 Kronen angegeben und die Wahrheit seiner Angabe besonders betont. Als die Behörde aber nicht darauf einging, stellte er sofort einen Durchschnitt von 20 000 Kronen auf. Ein anderer hatte unter gleicher Versicherung seiner Wahrheitsliebe ein Einkommen von 765 000 Kronen angegeben, auf Verlangen des Amtes aber den Satz auf 1 180 000 Kronen erhöht! Wieder einer gab 30 000 Kronen an, bekannte sich aber nachher auf 336 000; ein vierter mußte von 87 000 auf 390 000 Kronen steigen! Ein armer Teufel rechnete sogar Verlust heraus. Glücklicherweise hatte er sich verrechnet und konnte danach über 200 000 Kronen Einkommen versteuern. „Eine wirklich ehrenhafte Firma“ hat freiwillig die Bücher hergegeben, aus denen eine zu geringe Einschätzung gleich um 1 300 000 Kronen herabging. Bei solcher Ehrlichkeit der armen Leute, die vom lieben Gott mit der schmerzlichen Würde großer Vermögen belegt worden sind, begreift es sich, daß die Staatseinkünfte niemals langem und immer mehr inbetrachte Steuern, d. h. Armutssteuern aufgebracht werden müssen.

Schweiz.

Wahlen.

Zürich, 13. Dezember. (Sig. Ver.) Im dritten Wahlkreis der Stadt Zürich wurden unsere Genossen Dr. Vassiger in den Kantonsrat, Gipser Bruhn und Schloffer Hochstraher in den Großen Stadtrat gewählt. Dagegen unterlag der sozialdemokratische Kandidat Nieder bei der Statthalterwahl im Bezirk Zürich mit 910 gegen 15 874 Stimmen, mit denen der bürgerliche Gegenkandidat gewählt wurde.

In Winterthur unterlag ebenfalls bei einer Erstwahl in den Großen Stadtrat mit 2140 gegen 2448 Stimmen der sozialdemokratische Kandidat, während aber gleichzeitig in der Gemeindeversammlung die Arbeiter die Mehrheit hatten und je vier Sozialdemokraten als Geschworene und als Mitglieder des Wahlbureaus wählten.

Spanien.

Die Gemeindevahlen.

Madrid, 15. Dezember. Das Ergebnis der Gemeindevahlen in Spanien stellt sich folgendermaßen: In 250 Gemeinden siegten die Liberalen, in 190 die Republikaner und Sozialisten, in 72 die Konservativen, in 34 die Katalonisten und in 18 die Katholiken.

England.

Gegen die Kriegsursucht.

London, 15. Dezember. Kriegsminister Haldane erklärte auf einer Versammlung in Cranen (Schottland) in Erwiderung auf eine Anfrage, er glaube nicht, daß Deutschland die geringste Absicht habe, über England herzufallen. Die Deutschen wünschten mit den Engländern in gutem Einvernehmen zu leben; der Fragesteller könne aber sicher sein, daß England sein Pulver trocken halten werde.

Rußland.

Von der politischen Polizei im Ausland.

Aus Petersburg wird uns geschrieben: Wie die „Ruschja Wjedomosti“ erfahren haben, ist der berühmte Harting wiederum nach Brüssel zurückgekehrt, nachdem er zuvor eine zweimonatige Inspektionsreise durch Italien und andere westeuropäische Länder gemacht hatte. In Brüssel hat er sich im besten Hotel niedergelassen und wohnt daselbst unter seinem Namen. Das Hauptquartier soll jedoch nach Rom überfiedeln, dem Domizil der Familie Hartings. Ueberhaupt wird jetzt eine vollständige Reorganisation der russischen Geheimpolizei im Auslande vorgenommen. Je nachdem es sich opportuner erweisen wird, soll die Zentrale in Belgien oder Luxemburg ihre Zelte aufschlagen und ihre Filialen in London, Paris, Genf und Rom besetzen. Von den Vorkäufen losgelöst, soll sie ganz unabhängig sein. Berlin wird mit einer selbstständigen Agentur beglückt, die ihre Filialen in Oesterreich und Skandinavien haben wird. So wird demnach ein ganzes Heer von russischen Spionen und Provokateuren über Europa losgelassen. Und dies nach den skandalösen Enthüllungen über Agent Harting, Schutshenko und ihresgleichen.

Aus der Partei.

Eine Sensationsnachricht.

Wir haben vor kurzer Zeit unter obestehender Aufschrift die Nachricht demontieren können, wonach Maxim Gorki aus der russischen sozialdemokratischen Partei ausgeschlossen worden wäre. Jetzt ersucht uns die offizielle Vertretung unserer russischen Genossen im Auslande um die Ausnahme folgender Erklärung in dieser Sache:

„In einem Teil der ausländischen und russischen Presse zirkulieren immer noch die von jemandem hartnäckig und weit verbreiteten Gerüchte über den Ausschluß des bekannten Schriftstellers Maxim Gorki aus unserer Partei. Angesichts dessen stellen wir hiermit fest, daß alle diese Nachrichten ausnahmslos und vollkommen auf Unwahrheit beruhen.

Als nicht minder falsch ist auch das Gerücht zu bezeichnen, wonach Gorki selbst durch ein Schreiben an das Zentralkomitee seinen Austritt aus der Partei erklärt haben soll.

Wir erlauben uns alle Zeitungen, die die falsche Nachricht übernommen haben, zu ersuchen, unsere obige Feststellung zum Abdruck zu bringen.

Mit Parteigruch

Das Auswärtige Bureau des Zentralkomitees der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands.“

Zum preussischen Parteitag.

Als Delegierte wurden in Breslau die Genossen Dorf, Kötter, Schlich und Wiener gewählt.

Ferri und die Partei.

Rom, 11. Dezember. (Sig. Ver.) Ferris Haltung während der Krise fängt an, immer weitere Parteiliche zu beschäftigen. Im „Gentele Avanti“, der populären Wochenschrift Morgarid, veröffentlicht Genosse Paoloni einen offenen Brief an Ferri, in dem er ihn bittet, seinen vielen Prophezeiungen über die politische Zukunft Italiens doch eine solche über die politische Zukunft Enrico Ferris hinzuzufügen. Paoloni meint, daß eine unlängst von Ferri gebrauchte Wendung: „wenn der König mir die Ehre gegeben hätte, mich zu fragen“, zu den allerpersönlichsten Urteilen über die Zukunft berechtigt. Auf alle Fälle sei es ja kein Unglück, wenn Ferri nach seinen verschiedenen Wandlungen noch eine neue durchmache. Er könnte ja dem „Verschlinger von Missionen“ (Vettolo, Marineminister) die Hand reichen und seiner Wege gehen. Auch die Partisektion von Suzzara, einer Stadt in Ferris Wahlkreis Gonzaga, hat eine Tagesordnung angenommen, die Ferris Haltung als nicht im Einklang mit dem Willen seiner Wähler stehend bezeichnet und ihn auffordert, einem Kongresse seines Wahlkreises Rechenschaft abzulegen. Gegenüber diesen Reueherungen ist ein Interdikt interessant, das Ferri dem römischen Korrespondenten des Mailänder „Corriere della Sera“ gemeldet hat. In diesem gibt er ganz offen zu, daß er sich nicht im Einklang mit der Partisektion befindet. Er erklärt, daß er früher wohl Gegner jeder Teilnahme der Sozialisten an der Regierung gewesen wäre; aber das nur, weil er das Proletariat noch nicht für reif gehalten hätte. Heute dagegen glaube er, daß die Stunde gekommen sei und die Arbeiterpartei Recht genug besäße, um in einem Reformabteit ihren Vertreter zu haben. Die Institutionen, die seinem Meinungswandel persönliche Motive unterstehen, weist er energisch zurück. Gegen den Vorschlag, ihn aus der Partisektion auszustoßen, bemerkt er, daß die Frage seiner Stellung zum Ministerialismus am richtigsten durch den nächsten Parteitag gelöst würde. Aus dieser Wendung geht hervor, daß Ferri sich zwar nicht mehr als revolutionärer Sozialist, aber doch als Sozialist fühlt, der in dem Parteitag die höchste Instanz sieht, um über seine Haltung zu urteilen.

Russische Zensur und deutsche Parteipresse.

Die russische Zensur hat es auch für das kommende Jahr für „nützlich“ erachtet, unter vielen anderen Zeitungen dem „Vorwärts“ und der „Leipziger Volkszeitung“ den Eingang nach Rußland versperrt zu halten.

Gewerkchaftliches.

Tendenzwissenschaftliches.

Unter diesem Titel bespricht Genosse R. Woldt in der letzten Nummer des „Korrespondenzblattes“ der General-Kommission der Gewerkschaften ein Buch, das vom „Zentralverein für das Wohl der arbeitenden Klassen“ herausgegeben wurde. Der Verfasser ist ein gewisser Dr. E. L. Heiß, der sich die Aufgabe gestellt hat, eine Untersuchung über die Entlohnungsmethoden in der Berliner Feinmechanik zu schreiben.

Ein solches Buch hätte, wie Woldt zunächst sehr eingehend dargelegt, eine sehr reizvolle Arbeit werden können. Gerade in der Feinmechanik hat die technisch-industrielle Entwicklung besonders interessante Erscheinungsformen hervorgebracht. Dieser Industriezweig war lange Zeit das ausschließlichste Gebiet der gelehrten Feinmechaniker. Die „weißen Westen“ wurden sie früher von ihren Kollegen in der Metallindustrie wegen ihres künstlerischen Stils genannt. Sie hatten meist eine sehr sorgfältige Lehre durchzumachen, denn die Arbeitsweise erforderte hier eine sehr fein entwickelte Handgeschicklichkeit. Die Messinstrumente, Mikroskope, Fernrohre, Laboratoriumsapparate waren noch nicht Fabrikware, sondern Einzelanfertigung. Die mechanischen Hilfsmittel, Drehbänke und Werkzeuge, konnten nur verhältnismäßig unvollkommen die Handarbeit unterstützen und ersetzen. Deshalb hat lange Zeit jene Berufsgruppe der gelehrten Präzisionsmechaniker eine gewisse Sonderstellung sich zu schaffen gewöhnt.

Aber auch hier ist die großbetriebliche Entwicklung eingedrungen und hat nachhaltige Veränderungen hervorgerufen. Aus den kleineren Firmen entwickelten sich einzelne Großunternehmen, die ihre Instrumente in Massenfabrikation herzustellen suchten. Arbeitsteilung und verfeinerte Anwendung von Maschinen zerlegten auch hier den Produktionsprozess in Teilsoperationen, drückten das erforderliche Maß von Handgeschicklichkeit herab und zogen billigere, ungelernete Arbeitskräfte in die Betriebe hinein. Diese Entwicklung hat sich besonders klar durchgesetzt in den feinmechanischen Abteilungen der Elektricitätsfirmen und in den Erzeugungsfabriken photographischer Bedarfsartikel. Ein tüchtiger Kenner der Verhältnisse hätte also hier ein lebensvolles Bild der Kämpfe zwischen Handarbeit und Maschinenarbeit schreiben können, hätte zu schildern gehabt, wie sich einige Firmen zur arbeitsteiligen Großbetriebsverfassung mit ausgebildeter Maschinenwirtschaft entwickelt haben, wie aber zugleich daneben verhältnismäßig lebensfähig der kleine handwerkliche Betrieb und der Mittelbetrieb auf der Grundlage vorherrschender Handarbeit sich behaupten konnte.

Statt dessen hat Heiß aus seiner Arbeit eine Tendenzschrift gemacht. Nicht nur sein statistischer Erhebungsmodus, nach dem er die Lohnverhältnisse in dieser Industrie feststellen will, ist im höchsten Grade anfechtbar, sondern der „wissenschaftliche“ Forscher Dr. Heiß hat sich dazu hergegeben, seine Schreibweise in den wichtigsten Partien des Buches vollständig den Intentionen der Unternehmer unterzuordnen.

So stellt Genosse Woldt fest, daß der Verfasser 260 Druckseiten seines Buches dem Direktorium der Siemens-Werke nach eigenem Geständnis des Verfassers zur „Durchsicht“ vor der Drucklegung unterbreitet hat, daß ferner die Grundlage der Darstellung über die elektrische Industrie eine ganz gewöhnliche Reklameschrift gewesen ist, die die Firma Siemens u. Halske für ihre „Geschäftsfreunde“ sich hat von einem ehemaligen Angestellten schreiben lassen.

Und ein solches Material soll eine selbständige Arbeit sein, das nennt sich noch wissenschaftlich unabhängige Forschung. Professor Ehrenberg aus Rostock, der von den Unternehmern vorgezeichnete Tendenzprophetie, wird an diesem gelehrigen Schüler seine Freude haben, der alle die Bedingungen erfüllt, die unsere Scharmacher von einer unternehmertrauen Tendenzwissenschaft verlangen.

So ist es denn auch nicht zu verwundern, daß Dr. Heiß in seinem Buch auch zu einem Angriff gegen die Arbeiterbewegung übergeht. Woldt bringt in seiner Beschreibung darüber sehr charakteristische Zitate, die uns die Objektivität des Verfassers und seiner Gewährsmänner in einem sehr fragwürdigen Licht erscheinen lassen. Hier wollen wir nur erwähnen, daß sich Heiß auch erlaubt, die Tatsachen über frühere Gewerkschaftskämpfe auf den Kopf zu stellen.

Die Darstellung über den damaligen Elektrostreit z. B. hätte ebenso auch ein Unternehmer geben können, sie wäre dann nicht einseitiger für die beteiligten Firmen ausgefallen. So wird auf Seite 440 des Buches verurteilt, an dem Jahresbericht für 1905 des Metallarbeiter-Verbandes, Verwaltungsstelle Berlin, Kritik zu üben, soweit sich dieser Bericht mit der damaligen Ausperrung beschäftigt. Wenn jetzt, vier Jahre nach der Ausperrung, auf dem etwas ungewöhnlichen Wege über Dr. Heiß, noch eine Rechtfertigung der damaligen Ausperrung verurteilt wird, so kommt dieses Bemühen reichlich spät. Außerdem stehen diese Feststellungen im Widerspruch zu den Erklärungen, die seinerzeit die Direktionsvertreter der Siemens-Werke und der A. E. W. selbst abgegeben haben. Danach wurde zugestanden, daß der Streit der Schraubendreher und der Lagerarbeiter nur der äußere Anlaß zur Ausperrung gewesen sei, der wirkliche Grund zu der Aktion der Unternehmer war vielmehr das Bestreben, durch einen Aderlaß die Kraft der in Frage kommenden Gewerkschaften gehörig lahmzulegen. Auf diese Weise hofften die beiden Firmen für längere Zeit Ruhe zu haben, hatten doch die Arbeiter eine Reihe von Forderungen gestellt, deren Erfüllung sich die Unternehmer zu entziehen suchten. Angesichts dieser doch ganz offenkundigen Tatsache läßt sich der gelehrte Herr Doktor einen so großen Wagemut aufbringen und gibt von dieser Angelegenheit eine Darstellung, deren Wortlaut, wir wiederholen diesen Vorwurf noch einmal, vermutlich ebenfalls den betreffenden Direktionen zur „Durchsicht“ vorgelegt hat.

Wir stimmen in dieser Beziehung Woldts Ausführungen vollständig zu, wenn er derartige Arbeiten als „Tendenzwissenschaft“ bezeichnet. Dr. E. L. Heiß sollte lieber einem anderen Erwerbe nachgehen und die Öffentlichkeit mit solchen Blättern verschonen.

Mit Rücksicht auf die im Obigen gekennzeichnete Schreibweise des Herrn Dr. Heiß ersuchen wir unsere Mitglieder, die in letzter Zeit mehrfach erfolgten Einladungen des Herrn Dr. Heiß nicht zu befolgen. Uebrigens dem Herrn jedwede Auslassung zu verweigern.
Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Verwaltung Berlin.

Berlin und Umgegend.

Zum Tarifvertrag in den Brauereien.

Der Brauereiarbeiterverband hatte am Dienstagabend die Maschinenisten, Heizer, Handwerker und deren Hilfsarbeiter im Gewerkschaftshaus versammelt, um sie über den Stand der Tarifverhandlungen zu unterrichten. Träger gab eine genaue Uebersicht über die Verhandlungen zwischen der Kommission derjenigen Maschinenisten, Heizer und Handwerker, die im Brauereiarbeiterverband organisiert sind, und den übrigen Kommissionen. Es fanden drei Sitzungen statt und man einigte sich auf eine Reihe von Forderungen, die einseitlich erhoben werden sollen. Die bis jetzt vorliegenden Beschlüsse unterliegen noch weiteren Beratungen. Eine Verhandlungskommission hat sich damit noch besonders zu beschäftigen, wenn der Gesamtvertrag aufgestellt wird. Diese Verhandlungskommission wird von den Kommissionen selbst gewählt und besteht aus 15 Mann. Dazu stellt der Brauereiarbeiterverband 9 Mann und die Kartellverbände stellen 6 Mann.

Die zwischen dem Brauereiarbeiterverband, dem Handwerker-Kommissionen und dem Verband der Maschinenisten und Heizer vereinbarten Forderungen zum Tarifvertrag lauten in bezug auf Lohn und Arbeitszeit: Für die Lohnwoche von 6 Tagen wird bezahlet an Handwerker 38 M., an Maschinenisten und Heizer 36 M., an Abschlepper und Kohlenstößer 33 M., an Handwerkerhelfer 30 M., wenn die letzteren aber die Stelle des Handwerkers einnehmen, erhalten sie auch den Lohn eines solchen. Für Kesselklopfen sind Anzüge zu liefern und ist dafür pro Stunde eine Mark zu zahlen. Die Arbeitszeit ist für Handwerker und deren Hilfsarbeiter 8 1/2 Stunden am Tage innerhalb 10 Stunden, 8 Stunden bei Nacht innerhalb 9 Stunden. Für Maschinenisten, Heizer, Abschlepper und Kohlenstößer soll die Arbeitszeit 8 Stunden täglich betragen in 3 Kolonnen und 6 Schichten pro Woche. — Für Heberarbeit soll an Sonntagen, an Feiertagen, bei Nachtarbeit 40 Pf. Zuschlag pro Stunde, an Wochentagen gewöhnlich 20 Pf. Zuschlag pro Stunde zu zahlen sein. — Weiter sind noch allgemeine Forderungen aufgestellt worden, die sich auf die Kündigung, das Freibleiben, den Sommerurlaub usw. beziehen.

Schuldner erläuterte die einzelnen Forderungen ebenfalls noch und stellte den Entwurf zur Diskussion. Ueber die Organisationsverhältnisse wurde folgendes bekanntgegeben: Von den 43 Brauereien, die zusammen 6704 Arbeiter beschäftigen, sind 3334 im Brauereiarbeiterverband und 1690 in den Kartellverbänden organisiert. Die Maschinenisten, Heizer und Handwerker in den 43 Brauereien sind in einer Zahl von 520 Mitglieder des Maschinenisten- und Heizerverbandes sowie der Handwerkerverbände, 235 gehören dem Brauereiarbeiterverband an und 224 sind noch unorganisiert. In den Schultheisbrauereien sind allein noch etwa 60 Maschinenisten und Heizer und Hilfsarbeiter unorganisiert.

Vertragsablauf in den Fräseereien, Habel- und Schneidewerken.

Die Aufseher und Hilfsarbeiter aus den Fräseerei-, Habel- und Schneidewerkbetrieben nahmen am Montag in einer stark besuchten Versammlung im Gewerkschaftshaus Stellung zu der Kündigung ihres Lohnvertrages seitens des „Vereins der Fräseereibesitzer“. Ueber die vom Transportarbeiterverband referierte über diese Angelegenheit. Er bemerkte unter anderem, daß das Tarifverhältnis sich als ein sehr zufriedenstellendes für die Parteien erwiesen habe. Beide Teile seien auch bestrebt gewesen, die Bestimmungen des Vertrages imanzuhalten. Wenn seitens des Arbeitgebervereins dennoch die Kündigung des Vertrages vorgenommen wurde, so sei dies wohl darauf zurückzuführen, daß dieser Verein dem Holzindustriellenverband angegliedert ist und sich somit nach dessen Beschlüssen zu richten habe. Das gebe auch schon daraus hervor, daß die Vertreter der Fräseereibesitzer bei der vorausgegangenen Unterredung erklärt hätten: „Wenn die kommenden Verhandlungen eventuell wieder zu einem Vertragsabschluss führen sollten, so könne dies nur unter der Voraussetzung geschehen, daß der Vertrag gleichlaufend mit dem für die Holzarbeiter auf 3 Jahre festgelegt würde.“

Angesichts der gegenwärtigen teuren Lebensverhältnisse und der intensiven und schweren Arbeitsleistung der Aufseher innerhalb dieser Betriebe, sei es wohl kaum denkbar, daß man ein Vertragsverhältnis auf 3 Jahre eingehen könne, ohne daß eine Erhöhung der Löhne erfolgen würde. Die Betriebsvertrauensleute hätten sich mit dieser Frage vor Sitzsitzungen der Versammlung beschäftigt und beschlossen, den Kollegen zu empfehlen, folgende Forderungen aufzustellen: Der Mindestlohn für brandenkundige Arbeiter, welcher nach dem jetzigen Tarif 28,50 M. beträgt, soll in Zukunft 31 M. pro Woche betragen. Für neuereinstellende brandenkundige Arbeiter soll als Anfangslohn anstatt bisher 24,50 M. 27 M. pro Woche gefordert werden mit der Maßgabe, daß nach einjähriger Beschäftigungsdauer der Lohn von 31 M. ebenfalls gezahlt wird. Für die erwachsenen Hilfsarbeiter soll ein Anfangslohn von 26 M. (bisher 24 M.) gefordert werden. Alle übrigen Bestimmungen des Vertrages sollen unverändert bestehen bleiben. Nach einer sehr lebhaften Debatte wurden die Vorschläge der Vertrauensleute angenommen und eine fünfgliedrige Lohnkommission einschließlich zweier Vertreter des Verbandes beauftragt, diese Forderungen den Unternehmern einzureichen sowie Verhandlungen darüber nachzuführen.

Deutsches Reich.

Sozialpolitische Anträge des Handlungsgesellenverbandes.

Der Vorstand genannten Verbandes hat beim Reichstag aufs neue Eingaben eingereicht, die sich auf die Arbeitslosenversicherung, die Arbeitsordnung und Lohnzahlung, die Renteinstellung der Handelsinspektion, den Achtuhrladenschluß und die Sonntagsruhe beziehen. Auch dem Reichsamt des Innern sind Eingaben in Sachen der Sonntagsruhe, ferner in Sachen der Handelsinspektion und der Versicherung der Privatangestellten zugegangen.

Porzellanarbeiter, Vorsicht! In der Porzellanfabrik der Firma Albert Ling in Georgental, Herzogtum Gotha, drohen Differenzen auszubrechen. Obgleich viele Arbeiter die Arbeitslöhne wesentlich geringer sehen als in anderen gleichartigen Fabriken, hat Ling für den 1. Januar — anscheinend als Neujahrsgruß für seine Arbeiter — eine weitere Lohnreduktion angekündigt. Die ganze Art und Weise, wie Ling seinen Betrieb führt oder führen läßt, wird ihm ja nicht zu besonderen Ueberraschungen kommen lassen; aber für die Vergehen anderer sollte er die Arbeiterklasse nicht bluten lassen. Auch die übrigen Zustände dieses Betriebes sind derart schlecht, wie man sie in keinem zweiten Betrieb antrifft. Die meisten Arbeiter, die in diesem Betriebe in Akkordlohn beschäftigt sind oder wurden, haben sich infolge der miserablen Betriebsbedingungen in nicht unbedeutende Schulden gestürzt. Ling glaubt vielleicht, aus der Gegend von Altwasser Arbeitswillige zu erlangen, doch wird er sich jedenfalls gehörig täuschen. Man meide jeden Zuzug.

Alle Arbeiterblätter werden um Abdruck gebeten.

Ein schöner Erfolg des Bergarbeiterverbandes.

Die Fortschritte des Verbandes bei den Wahlen zum Allgemeinen Knappschaftsverein, die besonders bei den vorgenannten Erfolg- und Neuwahlen, die seit den allgemeinen Wahlen stattgefunden haben, merktlich darauf hindeuten, daß die Kette des christlichen Gewerkschafts und die Bedenken immer mehr zurückgedrängt wurden, ließen den Vorstand des Knappschaftsvereins im Verein mit den fünf „christlichen“ Arbeitervertretern auf Mittel fassen, diesem Einhalt zu tun. Sie kamen darauf, eine Wähleränderung vorzunehmen. Es war zwar sehr schwer die Wahl in der Weise vor sich gegangen, daß die Namen zweier Kandidaten auf einen Stimmzettel geschrieben wurden. Auf diese Weise wurde der Kandidat, der die meisten Stimmen erhielt, zum Kettesten und der danach folgende zum Stellvertreter gewählt. Der Vorstand änderte nun mit Hilfe der fünf christlichen Arbeitervertreter den Wahlmodus dahin um, daß nur ein Name auf den Zettel geschrieben werden durfte. Wenn nun z. B. ein Kandidat des Verbandes 200 Stimmen erhielt und ein solcher des Gewerkschaftsvereins oder ein Fremdkandidat gar nur 60 Stimmen, was sehr oft

vorkommt, so war letzterer als Erfahrmann gewählt. Es besteht nun aber, was der Sache erst ihren Charakter gibt, ein Bestätigungsrecht des Vorstandes, das von einer vorgenommenen Prüfung über die Qualifikation der Gewählten abhängt. Die Anhänger des Verbandes beschützten mit Recht, und sie hatten schon hinreichend dahingehende Erfahrungen gesammelt, daß von diesem Bestätigungsrecht zu ihren Ungunsten recht oft Gebrauch gemacht werde. Sie setzten daraufhin alle Hebel in Bewegung und wandten sich schließlich beschwerdeführend an den Minister, der entschied, daß sowohl die frühere als auch die letzte Auslegung zulässig sei. Daraufhin sah sich der Vorstand genötigt, sich nochmals mit der Sache zu befassen. Es wurde nunmehr beschlossen, es bei dem früheren Verfahren zu belassen, wonach zwei Namen auf die Stimmzettel geschrieben oder vervielfältigt werden könnten. Die große Gefahr für die Kettesten und das Verwaltungsrecht der Bergarbeiter im Knappschaftsvereine ist durch das energische Vorgehen der Verbandsältesten abgewandt worden. Was die christlichen Arbeitervertreter durch ihr arbeiterschädigendes Verhalten gesündigt, und wofür sie die rechte Antwort bei jeder Wahl erhalten, sollte durch einen Wahlrechtsraub wieder ausgeglichen werden. Nun ist es den Knappen wieder zurückübergeben worden.

Vereinbarungen zur Vermeidung von Arbeiterentlassungen in der Brauindustrie Württembergs.

Mit dem Württembergischen Brauereiarbeiterverband wurde, da auch die bürgerliche Mehrheit im Landtag den sozialdemokratischen Antrag auf Unterstützung der infolge der Brauereiarbeiterentlassungen arbeitslos werdenden Brauereiarbeiter abgelehnt hatte, eine Vereinbarung getroffen. Diese hat Gültigkeit für die Orte Stuttgart, Böblingen, Ludwigsburg, Böblingen, Württemberg, Eßlingen, Böblingen und Göttingen und besagt, daß Arbeiterentlassungen bis 1. April 1910 nicht stattfinden sollen. Im Falle einer Verminderung des Bierabsatzes um mehr als 10 Proz. sollen über die Regelung einer für die Zeit nach dem 1. April 1910 notwendig werdenden Betriebsinsparierung (ob durch Arbeiterentlassungen oder Schichtwechsel) zwischen dem Württembergischen Brauereiarbeiterverband und dem Zentralverband Deutscher Brauereiarbeiter (Zweigverein Stuttgart) unter Hinzuziehung der Vereinigten Gewerkschaften Stuttgart weitere Vereinbarungen getroffen werden.

Ausland.

In den Buchdruckereien von Cairo streiken, wie uns von dort geschrieben wird, die Schriftsetzer. Mehrere Zeitungen konnten nicht erscheinen. Es dürften dies die ersten Lohnkämpfe sein im neuen Ägypten. Sie verkünden das Herannahen einer neuen wirtschaftlichen Epoche im Orient.

Aus der Geschichte einer deutschen Gewerkschaft in Amerika.

„Carpenters Union Nr. 309“, eine deutsche Schreinersektion in New York des amerikanischen Schreiner- und Tischlerverbandes, feierte im Oktober d. J. das Fest ihres 50jährigen Bestehens. Aus diesem Anlaß hat die Sektion eine umfangreiche Festschrift in deutscher und englischer Sprache herausgegeben, die neben Beiträgen bekannter Parteigenossen — die Sektion nennt sich eine „sozialistische“ Organisation — auch einen interessanten Auszug aus der Vereinsgeschichte enthält, aus dem wir einiges von besonderem Interesse entnehmen.

„Carpenters Union Nr. 309“ ist sicherlich eine der ältesten noch bestehenden Gewerkschaften. Sie wurde von eingewanderten Tischlern im Jahre 1859 gegründet, nachdem vorher eine 1846 ins Leben gerufene Tischler-Produktionsgenossenschaft, wie auch eine Organisation der Möbelarbeiter, die von 1850 bis 1857 bestand, wieder eingegangen waren. Schon 1859 zählte man in New York eine Reihe deutscher Gewerkschaftssektionen, die insgesamt 2500 Mitglieder und einen Kassenbestand von 14000 M. besaßen. Die Möbelarbeitersektion war 1850 auf dem 1. deutschen Arbeiterkongress in Philadelphia vertreten. Sie hatte damals 916 Mitglieder, doch verlief sich die Bewegung später. — 1859 kam überall neues Leben in die Gewerkschaften; auch die deutschen Schreiner gründeten wieder eine Organisation, der gleich 350 Mitglieder beitraten. Die Sektion der Schreiner hat im Laufe der Jahre manderlei Wandlungen und Kämpfe durchgemacht; sie gilt unter den Gewerkschaften anderer Richtung als Muster, sie hat auch stets für die Internationalität gewirkt.

Verfammlungen.

Zentralverband der Maschinenisten und Heizer. In der am Sonntagabend abgehaltenen Generalversammlung sprach Ingenieur Woldt über Neuerungen auf dem Gebiete der Elektricitätszentralen. Der Vortragende, dessen Ausführungen vorwiegend sachtechnische Angelegenheiten betrafen, zeigte zum Schluß, daß die wirtschaftliche Entwicklung der Elektricitätsindustrie eine treffende Festlegung der Marx'schen Lehre bietet: Die kleineren Betriebe sind verdrängt und ausgezogen worden durch die großen Firmen, welche jetzt das Gebiet beherrschen, eine Monopolstellung im Produktionsprozess einnehmen und ein Meer von Arbeitern in ihren Betrieben beschäftigen. Wie die Unternehmer nach Zusammenbruch, nach einer bis ins Äußerste gesteigerten Zentralfikation streben, so müssen auch die Arbeiter ihre Organisationen immer weiter ausbauen und stärken, um ihre Interessen dem Unternehmertum gegenüber vertreten zu können.

Wie der Vorsitzende mitteilte, soll im nächsten Jahre das Gebiet der sachtechnischen Vorträge besonders gepflegt werden, um den Kollegen Gelegenheit zur Fortbildung im Beruf zu geben, damit nicht diejenigen, welche der weiteren Ausbildung bedürfen, den Leuten in die Hände fallen, die ein Geschäft mit logenannanten Schulen machen nach Art der kürzlich im „Vorwärts“ gekennzeichneten Fahrstuhlführerschule.

Auf der Tagesordnung stand auch die Renovation der Ortsverwaltung. Ohne Debatte wählte die Versammlung die bisherigen Mitglieder der Ortsverwaltung sowie die Revisoren wieder.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Ein Spionageprozess in Frankreich.

Loul, 15. Dezember. (B. H.) Heute gelangte vor dem Schwurgericht der Spionageprozess gegen den Schriftsetzer Ansel und den Winger Marcel zur Verhandlung. Der erstere wird beschuldigt, Pläne und Zeichnungen über gewisse Festungswerke an letzteren ausgehändigt und versucht zu haben, Mitteilungen über das neue Maschinengewehr und über gewisse Befehle betr. das 20. Armee-Korps zu erhalten. Beide Angeklagte sind zu je 2 Jahren Gefängnis und 500 Frank Geldbuße verurteilt worden.

Wegen den Stahlkrust.

New York, 15. Dezember. (B. H.) Die Arbeiterführer des ganzen Landes sind in Pittsburg versammelt, um eine umfangreiche Agitation gegen den Stahlkrust einzuleiten, den sie der planmäßigen Sprengung der Gewerkschaften beschuldigen. Sie sehen Ausschüsse ein, um Last und die Führer des Kongresses aufzusuchen.

Ein schwerer Eisenbahnunglück.

Reidville (Northcarolina), 15. Dezember. (B. L. B.) Die vier letzten Wagen eines Passagierzuges der Southern Railway kürzten in der Nähe der hiesigen Station einen 50 Fuß hohen Damm hinunter. Zehn Passagiere sind tot und 33 wurden verletzt.
Gaul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsbll.

Reichstag.

12. Sitzung. Mittwoch, den 15. Dezember, vormittags 11 Uhr.

Am Bundesratsitz: Dr. Delbrück, Wermuth.

Auf der Tagesordnung steht die dritte Beratung des Nachtrags Etats für 1909.

Abg. Rosenkranz (Soz.):

Ich habe gestern bereits an den Herrn Staatssekretär die Frage gestellt, auf Grund welcher gesetzlichen Vorschriften der Bundesrat die Steuererträge für steuerpflichtige Waren ohne einen Beschluß des Reichstages heraufsetzt. Ich erhielt gestern keine Antwort, weil ich annehme, weil der Staatssekretär auf solche Fragen nicht vorbereitet war. Ich wiederhole deshalb heute die Anfrage. Der § 2 des Tabaksteuergesetzes lautet: „Tabakblätter, unbeschrieben und bearbeitet, unterliegen außer dem vorgezeichneten Zoll einem Zollzuschlag von 40 Proz. des Wertes. Als Wert gilt der Preis des Tabaks beim Übergang vom Verkäufer (Händler) an den Verarbeiter (Fabrikanten), wobei Abatt, Zinsvergütungen, Zahlungsabzüge und dergleichen unberücksichtigt bleiben.“ In den Ausführungsbestimmungen, die hierzu erlassen sind, heißt es im § 2, Absatz 1: „Der Zollzuschlag ist nach dem Preise zu berechnen, den bei Tabakblättern einschließlich der Abfälle der Verarbeiter (Fabrikant), bei den Zigarren der Einbringer (Verzoller) dem Verkäufer (Händler, Lieferer) 6 Monate nach dem Kaufabschluss zu zahlen hat.“ Und im § 3 Ziffer 2 wird zugefügt: „Ist die Zahlung des Kaufpreises früher als 6 Monate nach dem Kaufabschluss zu erfolgen, so ist für jeden Monat der Kürzung der Zahlungsfrist 1/3 Proz. des Kaufpreises zuzuschlagen.“ Dadurch erhöht sich für denjenigen Käufer, der gegen bare Zahlung kauft, der Wert um volle 3 Proz. Nach meiner Auffassung ist der Bundesrat nicht berechtigt, irgendwelche Steuererträge ohne Zustimmung des Reichstages zu erhöhen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Direktor im Reichshofamt Kühn: Wir haben mit den Tabakinteressen Rücksprache genommen und diese haben uns erklärt, daß sie im allgemeinen mit sechs Monaten Ziel kaufen, und deswegen haben wir den Preis sechs Monate nach dem Kaufabschluss zur Grundlage des Wertzolls genommen.

Abg. Rosenkranz (Soz.): Meines Wissens sind die Tabakinteressen kein Faktor der Gesetzgebung. Auf keinen Fall ist bei Paragrafen die Zollerhöhung um drei Prozent berechtigt und mit dem Gesetz in Einklang. Will der Bundesrat eine Erhöhung von Steuererträgen vornehmen, so ist er verpflichtet, dem Reichstage eine entsprechende Vorlage zu machen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Direktor im Reichshofamt Kühn: Selbstverständlich, hier aber handelt es sich nur um die Interpretation und Auslegung dessen, was das Gesetz will. (Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Stadthagen (Soz.): Falsche Auslegung eines Gesetzes kann zu sehr bedenklichen Folgen führen. Im Gesetz steht, daß ein Zoll von 40 Prozent des Wertes zu erheben ist und daß als Wert der Preis bei dem Übergang vom Verkäufer an den Verarbeiter gilt. In den Ausführungsbestimmungen ist nicht dieser Preis zugrunde gelegt, sondern derjenige, der sechs Monate später besteht. Es würde doch auch ungesetzlich sein, bei Erhebung des Getreidezolles nicht den Preis beim Eingange des Getreides zugrunde zu legen, sondern den Preis, den es sechs Monate später hat. Diese Ausführungsbestimmung ist also ungesetzlich. Der Bundesrat darf keineswegs bei der Ausführung von Gesetzen die Zollsätze erhöhen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Was er hier getan hat, könnte er ja bei jeder anderen Ware tun. Wenn andere Waren den Wertzoll noch nicht haben, so ist nicht ausgeschlossen, daß wir ihn noch bekommen, und eine solche willkürliche Erhöhung der Zollsätze durch den Bundesrat widerspricht durchaus dem Gesetz. (Lebhaftes Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Damit schließt die Diskussion. Der Nachtragsetat wird angenommen. Es folgt die Fortsetzung der Besprechung der Interpellationen desentrums und der Sozialdemokraten betreffend den Zwangsarbeitsnachweis des Rechenverbandes im Ruhrrevier.

Abg. Fuhrmann (natl.):

Der erregte Ton des Herrn Bömelburg war der Bedeutung der Sache nicht angemessen. Die Einrichtung des Arbeitsnachweises hängt vor allem zusammen mit dem enormen Stellenwechsel im Ruhrrevier. Mit den Löhnen hat dieser Stellenwechsel nichts zu tun. Die Durchschnittslöhne für gelehrte und ungelehrte Bergarbeiter im Ruhrrevier betragen 1902 3,82 M., sie stiegen auf 3,98 M., 4,08 M., 4,27 M., 4,57 M. und fielen im letzten Jahre auf 4,29 M., bei der sinkenden Konjunktur nur um eine geringe Verminderung. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.) Unter dem häufigen Wechsel der Arbeiter muß die Sicherheit des Betriebes unter allen Umständen leiden. Früher waren auch die Gewerkschaften der Meinung, daß paritätische Arbeitsnachweise nicht im Interesse der Arbeiter liegen. Diese Anschauung wandelte sich erst, als nach der alten Erfahrung, daß Druck Wegendruck erzeugt, die Unternehmer den einseitigen Nachweisen der Arbeiter ihre einseitigen Arbeitgebernachweise entgegensetzten. Herr Bömelburg sagte, der Arbeitsnachweis solle kein Kampfmittel, sondern eine neutrale Einrichtung sein. Aber die „Holzarbeiterzeitung“ schrieb erst vor kurzem: „Es ist notwendig, daß in Zukunft von den Berliner Kollegen wie den Zugereisten nur unser Arbeitsnachweis in der Gesamtsache benutzt wird. Nur dann ist es möglich, die Arbeitslosigkeit auf alle Kollegen gleichmäßig zu verteilen und wir werden eine Waffe in der Hand haben, mit der wir jederzeit den Unternehmern die Arbeitsbedingungen dekretieren können.“ (Hört! hört! rechts.) Unter diesen Umständen ist es allerdings verständlich, wenn die Sozialdemokraten für den paritätischen Arbeitsnachweis schwärmen. Immerhin bleibt auch unser Ziel der paritätische Arbeitsnachweis, wie das Herr Voller mann schon früher ausgeführt hat. Heute begegnen seiner Durchführung freilich noch große Schwierigkeiten. Es liegt die Gefahr der Bürokratisierung vor. In dem geplanten Nachweis im Ruhrrevier stehen wir eine Weisung der gegenwärtigen Zustände. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Schwere Vorwürfe sind erhoben worden gegen den Nachweis in Rammheim-Ludwigshafen. Mir ist gesagt worden, daß nicht alles, was darüber ausgeführt worden ist, zutrifft. Wirklich ausgesprochen hat bei einer Vermittlung von Tausenden von Arbeitern nur neun. Wenn allerdings Arbeiter wegen „Kleistendruck“, „Orzfehler“ usw. auf die schwarze Liste kommen, so müssen auch wir das mitleidigen. Der Nachweis im Ruhrrevier aber soll, wie der Herr Minister sagte, manche Mängel des Hamburger Systems nicht haben. Er hat die Hoffnung ausgesprochen, daß der Nachweis loyal gehandhabt werden wird. Ich teile diese Hoffnung, möchte aber doch die Mahnung an den Rechenverband richten, dies Instrument im lokalen und friedlichen Sinne zu handhaben. Die Herren vom Rechenverband mögen sich der großen Verantwortung bewußt sein, die sie mit der Errichtung dieses Nachweises übernehmen. An die Organisationen der Arbeiter aber richte ich die Bitte, mit klügeltem Blute die Dinge anzusehen, nicht Del ins Feuer zu gießen, sondern abzuwarten, wie der Nachweis gehandhabt werden wird. (Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Abg. Mang (fr. Sp.):

Von einem Frieden im Ruhrrevier ist leider keine Rede, sondern es herrscht schwüle Temperatur, und

unter solchen Umständen ist die Einführung eines solchen Nachweises ein gefährliches Experiment. (Sehr richtig! links.) Die Verhandlungen über die schwarzen Listen haben bewiesen, daß schwere Mißstände im Ruhrrevier bestehen. (Sehr richtig! links.) Wenn auch manchmal mit höchsten Waffen von den Arbeitern gekämpft wird, so dürfen wir Unternehmer doch dadurch nicht nervös werden. Wir müssen versuchen, den Arbeitern näher zu kommen, der Arbeiter ist doch kein Automat, dem man einfach sagt, Du hast dorthin zu gehen und Arbeit anzunehmen. Deshalb ist ein paritätischer Arbeitsnachweis vorzuziehen. Die Jurisdiction des Staatssekretärs ist bei seiner verantwortlichen Stellung ja begründet. Man soll mit anständigen Waffen kämpfen, hat sein Vorgänger, der jetzige Reichskanzler gesagt. In Rammheim-Ludwigshafen geschieht das nicht; Arbeiten mit Geheimzeichen, Achtung des Arbeiters wegen seiner politischen Gesinnung widerspricht den guten Sitten. (Lebhaftes Sehr richtig! links.) Sollten auch im Ruhrrevier bei dem neuen Arbeitsnachweis solche Ausschüsse sich zeigen, so haben wir zum Staatssekretär das Vertrauen, daß er zum Schutze der gesetzlich garantierten Koalitionsfreiheit die Klünse der Gesetzgebung in Bewegung setzen wird. Prinzipiell sind meine Freunde für paritätische Arbeitsnachweise, doch wollen wir nicht im Handumdrehen ein Monopol für das Reich zur Arbeitsvermittlung schaffen, wir hoffen vielmehr von der freiwilligen Betätigung unter Förderung des Staates einen vernünftigen Ausbau der Arbeitsnachweise. Deshalb freue ich mich, aus der gestrigen Antwort des Staatssekretärs zu entnehmen, daß das Arbeitskammergesetz und wieder vorgelegt werden soll. Zum Schluss bemerke ich noch, daß wir eine Revision der §§ 152 und 153 der Gewerbeordnung für notwendig halten. (Sehr richtig! links.) Wir werden dabei streng — darin stimme ich dem Staatssekretär zu — das gleiche Recht für Arbeitgeber und Arbeitnehmer wahren müssen; damit dienen wir dem sozialen Frieden am besten. (Bravo! bei den Freisinnigen.)

Abg. v. Dirksen (Rp.):

Wenn man Licht und Schatten gleich verteilen will, darf man doch nicht vergessen, welche Verheerung der Arbeiter im Ruhrkohlengebiet stattgefunden hat. Auch die Arbeiter haben an verschiedenen Orten Arbeitsnachweise errichtet, ohne die Arbeitgeber zu hören. Dasselbe Recht haben doch auch die Arbeitgeber. Die Erregung unter den Arbeitern und Sozialdemokraten über den Arbeitsnachweis des Rechenverbandes ist daher nicht recht begründet, zumal doch eine Reihe von Arbeitsnachweisen der Arbeitgeber gut funktionieren. Die dem Rechenverband untergeschobenen Motive bei der Gründung des Arbeitsnachweises hat er nicht gehabt und die beabsichtigten Folgen werden daher auch nicht eintreten. Die Sogungen des Arbeitsnachweises beweisen, daß die Rechenverwaltungen sich bemühen, allen berechtigten Wünschen der Arbeiter entgegenzukommen, und ausdrücklich ist von den Rechenverwaltungen erklärt worden, daß die Bestimmungen nicht rigoros gehandhabt werden sollen, so wird das Umhauern nach Arbeit auch vor erfolgter Kündigung nach wie vor möglich sein. Den maßlosen Angriffen der Arbeiter gegenüber gegen den Arbeitsnachweis berührt sehr angenehm die Objektivität im Schreiben des preussischen Handelsministers. Der wahre Grund der künstlichen Erregung ist jedenfalls der Wunsch, einen Vorstoß zu machen zur Erreichung der paritätischen Nachweise und ihrer Zentralisierung durch das Reich und damit der Erhöhung der Macht der Arbeitnehmer, besonders der gewerkschaftlichen Organisationen, das würde aber dem gewerkschaftlichen Frieden nicht dienen. (Sehr richtig! rechts.) Bei den paritätischen Arbeitsnachweisen steht die Parität nur auf dem Papier. Bei einigen werden sogar schwarze Listen geführt; so führt der Arbeitsnachweis der Buchdrucker eine Liste über die Gehilfen, die in Druckereien arbeiten, welche dem Tarife nicht angeschlossen sind. (Hört! hört! rechts.) Man kann es den Arbeitgebern also nicht verdenken, wenn sie sich gegen die paritätischen Arbeitsnachweise wehren. Meine Freunde stehen einem staatlichen Eingriff in die Arbeitsnachweise und dem Versuch ihrer Zentralisierung durchaus feindselig gegenüber. (Bravo! rechts.)

Abg. Kuleröski (Pole): Nach den Ausführungen des Herrn Vordemners muß man den Eindruck gewinnen: Kein Engel ist so unschuldig wie die Herren Unternehmer. (Sehr richtig! links.) Tatsache ist aber, daß das Streben der Unternehmer dahin geht, den Arbeitern über die Verpflichtungen des Arbeitsvertrages hinaus Fesseln anzulegen. Ich erinnere an die geradezu schreckliche Einrichtung der schwarzen Listen. Dies Kartierwerkzeug steht nun in verschlimmelter Auflage in dem Zwangsarbeitsnachweis wieder auf. Doch die Unternehmer ihr eigenes Nachweil über den grünen Alee loben, ist selbstverständlich. In der Tat aber ist der Hauptzweck des Nachweises die Lohnrückerei. Die Erregung der Arbeiter ist daher durchaus verständlich. Wenn diese Erregung schließlich zum Streik und so zu großen Störungen des Wirtschaftslebens führt, so tragen die Unternehmer die Verantwortung. Leider hat sich auch der Herr Staatssekretär zu einseitig auf den Standpunkt der Unternehmer gestellt. Wir wissen ja freilich, wie die großen Grubenherren mit den Ministern umspringen.

Abg. Behrend (wirtsch. Sp.):

Mit dem Wunsch nach einem Ruhen in der Sozialpolitik wird Herr v. Dirksen mit seinen engeren Freunden wohl allein stehen. Die 118 Initiativanträge, die uns zugegangen sind, beweisen, daß bei den übrigen Parteien ein solcher Wunsch keineswegs besteht und im Lande sind die Wünsche auf Ausbau der Sozialpolitik nachdrücklich noch viel mannigfaltiger. Die tiefgehende Erregung der Bergarbeiter ist nicht zu bestreiten. Die Bewirtschaftungsartikel des Rechenverbandes und einzelner Vorkensblätter sollten Sie darüber nicht hinwegtäuschen. Besonders groß ist die Erbitterung unter den altansässigen Bergarbeitern. Diese Erbitterung ist die Folge der vielen Entlassungen, die jene Arbeiter im Laufe der Entwicklung des Ruhrreviers erlebt haben. Vor allem befürchten die Arbeiter auch den Koalitionszwang in gelben Gewerkschaften. Nicht auf den Wortlaut der Bestimmungen kommt es an, sondern auf den Inhalt, die Absicht, die aus ihnen hervortritt. Man sagt, durch den Nachweis soll das Agentennetz beseitigt werden. Dabei sind die Agenten nicht etwa selbständige Vermittler, sondern Angestellte der Zeichen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Diese konnten die Unternehmer also ohne Nachweis beseitigen. Aber die Unternehmer wollten schon lange den Arbeitsnachweis in ihre Hand bekommen, das hat Herr Kirdorf, einer der Führer des Rechenverbandes, bereits 1905 ganz offen ausgesprochen, ebenso Herr Vucl. Der letztere wies darauf hin, daß mit dem Arbeitsnachweis sich daselbst noch besser erreichen lasse, was man mit geheimen Sperrern beabsichtige. Man hat also ursprünglich ganz anders mit dem Arbeitsnachweis beabsichtigt, als die Herren vom Rechenverband jetzt unter dem Eindruck der öffentlichen Kritik zugeben. Würden sie nur Ordnung schaffen und Arbeit vermitteln wollen, so müßten sie die Mithilfe der Arbeiter und die Kontrolle des Staates gern zugeben, sie hätten dann nichts zu fürchten, wenn sie nichts zu verheimlichen haben.

Soll man nun angesichts der Gefahren und Schäden, die entstehen können, zu gesetzgeberischen Maßnahmen greifen? Wer die Entwicklung der Arbeitsnachweise kennt, wird zugeben, daß wir über kurz oder lang zu gesetzgeberischen Maßnahmen auf diesem Gebiete kommen werden. Die Arbeiter, wenigstens die der nationalen Richtung, haben stets verlangt, daß der Arbeitsnachweis nicht Kampfmittel und nicht Kampfmittel im wirtschaftlichen Kampfe sei, und wir hätten gewünscht, daß der Staatssekretär sich auch auf diesen Standpunkt gestellt hätte. Weiter sagte der Staatssekretär, eine Beschränkung der Koalitionsfreiheit konnte nur in gleicher

Weise gegen Arbeitgeber und Arbeitnehmer vorgenommen werden; aber die Arbeiter verlangen gar keine Beschränkung der Koalitionsfreiheit, auch nicht der Unternehmer, vielmehr verlangen sie eine Sicherstellung der Koalitionsfreiheit (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten). Heute ist dem Arbeitgeber erlaubt, was den Arbeitnehmer ins Gefängnis bringt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Dem Ziel der Errichtung paritätischer Arbeitsnachweise könnten wir durch das Arbeitskammergesetz näherkommen. Der Staatssekretär wies ferner darauf hin, daß auch die Förderung der Tarifgemeinschaften die Bedingungen für die paritätischen Arbeitsnachweise vorbereite. Das Reich hat die Möglichkeit, diesen Weg zu betreten, man braucht nur bei der Vergebung von Lieferungen und Arbeiten solche Arbeitgeber auszusuchen, welche den Tarifen nicht angeschlossen sind. (Sehr wahr! bei der Wirtschaftlichen Vereinigung.)

Abg. Raumann (fr. Sp.):

Der Herr Staatssekretär hat sich an sich ganz korrekt auf den Standpunkt der Gewerbeordnung von 1869 gestellt. Diese Gewerbeordnung beruht auf dem Vertrag des einzelnen Arbeitgebers mit dem einzelnen Arbeiter, einer Grundlage, die nur noch auf den untersten Stufen des gewerblichen Lebens vorhanden ist. In der Fertigungsindustrie hat sich inzwischen eine Art tarifmäßige Selbstverwaltung ausgebildet. Und in der Kohlenindustrie, von der hier die Rede ist, gibt es überhaupt keinen einzelnen mehr. (Sehr richtig! links.) Das Kohlenrevier ist eine Art aristokratischer Republik, also ein Verfassungszustand, bei dem eine Minderheit reich begüterter und privilegierten den ganzen Apparat beherrscht. Unter dem Schutze der vorhandenen Gewerbeordnung wächst dort gedehnt und geschützt durch die Minister der Gegenwart ein neues Machtstern in die Höhe, Tribut fordernd von allen denen, mit denen sie in Berührung kommen. Unter einem „Einzelvertrag“ werden 102 200 Arbeiter aus dem Distrikt in dieses Gebiet verfrachtet. Die Redner der Rechten haben die Rechenverwalter unterstützt — das gehört so zur Gewohnheit der alten Kolonialverwaltung. (Sehr richtig! links.) Aber wer die Reden des Grafen König über das Kohlenrevier kennt, weiß, daß es auch eine andere Stimmung in diesen Kreisen gibt. Die Rechte hat offenbar eine Art geschichtlicher Bewunderung für diesen Vorgang der neuen Herrschaft. Genau dasselbe, was ihre Vorfahren einst taten, als sie die alten Bauern allmählich schloffenpflichtig und fronspflichtig machten, machen jetzt in sehr vergrößertem Maßstabe die Industriellen des Kohlengebietes von neuem. Aber das geschieht auf Kosten der Provinzen der Rechten. Denn 130 000 von den 162 000 sind aus den östlichen Provinzen herangeholt. Sie bilden nun das Rohmaterial der neuen Herrschaft, die das Herrschen noch nicht gelernt hat. (Sehr gut! links.) Rohmaterial ist es auch in dem Sinne, daß die Leute noch ein rohes Material sind, daraus entstehen auch die Uebelstände, welche Sie beklagen. Die Leute wissen noch nichts vom Vertrage, weil er ihnen polnisch nicht ausgefertigt wird und weil sie deutsch nicht verstehen. Sie laufen weg, weil ihnen vorher niemand klar gemacht hat, wie heiß es in den Gruben ist, weil der Arbeiter ihnen gesagt hat, wie gut sie es haben werden, und weil sie sich nun als die elendesten Menschen fühlen, die vor Schweiß, Elend und Schwäche nicht wissen, wohin. Und wenn sie dann von einer Grube zur anderen laufen, dann sagen Sie, diese Leute müßten erzogen werden. (Sehr wahr! links.) Das ist die Unordnung, von der Sie sprechen. Wie können Sie solche Menschenmassen aus anderen Provinzen zusammenbringen und dann verlangen, sie sollen sich einordnen in den Gang des Mechanismus! Das ist eine Verwaltungskatastrophe, zu deren Lösung Großherzigkeit und Genialität gehören, und auch wenn diese vorhanden wären, wüßte man nicht, ob sie gelöst würde. Man geht aber an sie heran ohne Großherzigkeit und ohne Genialität, mit einem bloßen Schematismus; durch Verwaltungsbeamte läßt man die Menschenfortiere vornehmen, denn das ist der Inhalt dieses Statuts. (Sehr richtig! links.) Der Herr Staatssekretär hält es für harmlos. Statuten dieser Art sind immer meistert. Wenn aber der Staat Vereine auflösen wollte, hat er sich noch nie an den Wortlaut der Statuten gehalten. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Der Staatssekretär sagte, er habe mit einem Herrn gesprochen, der dem Statut nahe steht. Herr Hue rief ihm die Frage dazu, warum er Arbeiter nicht befragt hat. Der Herr Staatssekretär hört sonst sehr gut, aber dies hat er nicht gehört, und ich bin neugierig, ob er uns sagen wird, warum er sich nur von den Unternehmern hat unterrichten lassen. (Sehr gut! links.) Ein König kann sich um die Einzelheiten in den unteren Regionen nicht kümmern, und wenn Sie einen Kohlenkönig fragen, so wird er auch nicht wissen, was im Namen des Königs unten geschieht. Er hat seine Geschäfte im In- und Auslande zu versehen, da unten sagt er, haben wir Beamte, die schon wissen, was zu tun ist. Im übrigen haben wir den besten Willen und wir haben ja auch ins Statut hineingeschrieben, es soll auf die Wünsche der Arbeiter eingegangen werden. (Sehr gut! links.) Was kann man also mehr verlangen. Der Arbeitsnachweis ist geradezu wie ein konfessioneller Redner sich ausdrückte, eine „Wohlfahrtsanstalt“. Auf die Wünsche der Arbeiter eingegangen, ist rein technisch betrachtet, eine Phrase. Die Wünsche der Arbeiter richten sich auf die Schächte mit den besseren Arbeitsbedingungen, und alle Arbeiter haben dieselben Wünsche. Wie soll denn die Verwaltung des Arbeitsnachweises diese Wünsche erfüllen? Sollen etwa erst alle besseren Schächte besetzt werden? Den Beamten möchte ich sehen, der diesen Wunsch in die Praxis umsetzt. (Sehr wahr! links.) Man würde ihm Karamaden, er solle paritätisch verfahren. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Also die Technik des Verfahrens schließt das Erfüllen der Wünsche der Arbeiter aus. Die Gewerbefreiheit wird tatsächlich durch diesen Nachweis ausgeschlossen. Der Arbeiter wird auf die Arbeitsstelle geschoben und es wird ihm nachher, wo er früher gewesen ist, er wird schloffenpflichtig. Wie man früher auf Grund des römischen Rechts den Bauer schloffenpflichtig gemacht hat, so jetzt den Grubenarbeiter mit Hilfe der Gewerbeordnung, auf Grund eines Arbeitsnachweises, gegen den niemand etwas haben kann, nach folgendem System: Je nachdem die Kontingenzierungskommission Arbeitskräfte bedarf, werden die Disprovinzen weiterhin nach Arbeitern abgeholt und die Arbeiter werden von dort nach dem Kohlengebiet gebracht und kommen von da als probeweise in die Schächte, wo sie Platz haben. Nachdem sie zum ersten Male gesundigt haben oder weggelaufen sind, oder sonst wie die Arbeitsstelle wechseln, geraten sie in die große Sortiermaschine. (Sehr gut! links.) und werden da als gut, mittel oder schlecht sortiert, und ein gewisser Prozentsatz fällt unwiderruflich unten aus der Maschine heraus, und wird nie wieder von ihr aufgenommen. Diese Ausgeschobenen werden der Staatsverwaltung am meisten zu schaffen machen. Lassen Sie sich von den Bürgermeistern in Ludwigshafen und Mannheim erzählen, was das Rammheimer System für die Rammheimer Kommunalverwaltung bedeutet. Die große Bergverwaltung hat Arbeitskräfte im Ueberfluß und um die großen Schächte herum werden Halben von Menschenmaterial angelegt, die ausgesondert werden und den Bergrevierverbänden zur Last fallen. Lassen Sie das System nur fünf Jahre arbeiten und Sie werden die Klagen der Armenverwaltungen in den Kommunen hören. Wenn jetzt schon das Rammheimer Buch 1300 Personen aussonderte, was wird einmal das Buch der Rechenverwaltungen aussondern. Was wird da für die ganze Gegend für eine Aufgabe für die Regierungen und Verwaltung entstehen. Dann wird vielleicht auch wieder gesagt werden, die Regierung könne nichts dagegen tun, weil nicht gegen die Gesetze verstoßen sei. Jemandmann machen aber solche Dinge an und werden für den Staat gefährlich. Es ist gesagt worden, gutgestimmte Arbeiter hätten sich mit diesem Arbeitsnachweissystem einverstanden erklärt. Ich zweifle nicht daran, daß man und einige solche gutgestimmte Arbeiter hier

pfändungen; aber schuld an dem Elend derer, die ausgepfändet werden, sind die Arbeitgeber. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Man loda die armen Leute mit Verpfändungen hin, als ob sie in ein Land kommen, wo Milch und Honig fließt. Aber zunächst bekommen sie sechs Monate keinen Lohn, müssen also mit Schulden anfangen. Gewiß gibt's auch einen Prozentsatz von solchen, die auf Betrug ausgehen, was wir ebenfalls streng beurteilen. Unter 850 000 Menschen finden sich natürlich auch einige rüddige Schafe, von denen aber nicht nur Kaufleute, sondern auch die eigenen Arbeitskollegen geschädigt werden. Das darf man aber hier nicht so aufbauen, als ob eine ungeheure Menge Betrüger unter den Vergarbeitern wären. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Sehr viel Klagen sind hier über den Belegschaftswechsel geführt worden. Den beklagen auch wir. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Auch die Gewerkschaften haben von ihm keinen Nutzen. Wenn Sie ihn aber einschränken wollen, so ändern Sie das Lohnsystem. Im Bergbau herrscht das Akkordsystem, das da Geduld erfordert. Der Beamte legt einseitig das Gedinge fest und wenn der Arbeiter es nicht annimmt, bleibt ihm nichts anderes übrig, als zu gehen, die Zeche zu wechseln. Eine große Zahl Arbeiter wird als kontraktbrüchig bezeichnet, wo eigentlich die Zeche sie kontraktbrüchig macht.

Hat der Beamte ein Gedinge gemacht und merkt, daß die Arbeiter leidlich verdienen, so legt er mitten im Monat das Gedinge herab, und wenn der Arbeiter es sich nicht will gefallen lassen, wird ihm gesagt, er soll zum Teufel gehen. Und geht er wirklich, so kommt er als kontraktbrüchig in die schwarze Liste. Den Beamten selbst kann man nicht einmal einen Vorwurf daraus machen, denn Sie haben ja gebüßt, wie einem Steiger mitgeteilt wird, wenn er das Gedinge nicht niedrig halten kann. Warum wehren sich denn die Grubenbesitzer so sehr gegen einen Lohnsatz? Die Arbeiterorganisationen haben sich ausdrücklich für ihn ausgesprochen, aber die Arbeitgeber tun so, als ob er nicht durchführbar ist. Doch werden wir nicht locker lassen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Herr Fuhrmann hat auch Lohnzahlen angeführt und gemeint, die Arbeiter hätten gar keine Ursache, die Zeche zu wechseln, weil sie erträgliche Löhne haben. Nun, im III. Quartal 1908 sind 126 Millionen 729 000 M. an Löhnen gezahlt, im III. Quartal 1909 nur 114 Millionen 843 000 M., also 12 Millionen weniger, obwohl in dieser Zeit 4055 Arbeiter mehr eingestellt wurden, also eine

ganze gewaltige Zurückführung der Löhne ist eingetreten. In agrarischen Kreisen tut man so, als ob die Löhne seit den 50iger Jahren um 80 bis 90 Prozent in die Höhe gegangen sind. In Wirklichkeit betragen die Löhne im II. Quartal 1909 nur 28 Pf. mehr, als im Jahre 1874. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Und nun bedenken Sie die Teuerung, die seit jener Zeit durch Ihre Schuld, durch Ihr Schutzsystem, Ihr künstliches Ausfuhrsystem eingetreten ist. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Tausende und Tausende von Arbeitern werden aus dem Ausland herangezogen, trotzdem im Inland Arbeiter genug vorhanden sind. Aber die ausländischen Arbeiter sind eben vorkontrahiert. Die „Vergarbeiter-Zig.“ hat erst vor kurzem wieder ein Schriftstück veröffentlicht, aus dem hervorgeht, daß die Regierung auswärtige Arbeiter sehr oft ausweist auf einseitige Angaben der Behördenverwaltung hin. Erst gestern ist mir wieder ein Brief über einen Fall aus dem Ruhrgebiet zugegangen, wonach ein ausländischer Arbeiter ausgewiesen ist, der gar keinen Kontraktbruch begangen, sondern ordnungsmäßig gekündigt hat. Er hat nur nicht, wie es bei der Ausweisung verlangt wurde, ein halbes Jahr auf derselben Zeche arbeiten wollen, Kontraktbruch ist das keinesfalls. Herr Fuhrmann hat partielle Arbeitsnachweise auch als sein Ziel hingestellt und heute hat der Staatssekretär sie auch als das seinige anerkannt. Nun möge er aber die Einbringung des Arbeitsammergesetzes nicht mehr auf die lange Bank schieben. Herr v. Dirsien hat hier im Januar das positive Versprechen abgegeben, daß kein Arbeiter mehr auf die schwarze Liste kommen soll, ohne daß er es erfährt. Dieses im Rahmen der Bergverwaltung von Herrn Dirsien abgegebene Versprechen ist nicht gehalten worden. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ich hätte ihn hören mögen, wenn er uns hätte nachweisen können, daß ein vor Jahresfrist abgegebenes Versprechen nicht gehalten ist. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Herr v. Dirsien hat ferner behauptet, der Hamburger Arbeitsnachweis habe bedeutend mehr Arbeitsstellen vermittelt als die übrigen Arbeitsnachweise. Diese Behauptung ist vollkommen falsch. Weiter hat Herr v. Dirsien dem preussischen Handelsminister und jetzigen Staatssekretär ein großes Lob gespendet. Dieses Lob aus dem Munde des Herrn v. Dirsien bringt ihn

kein Lob bei den Arbeitern
ein. (Lachen rechts.) Nicht nur bei unseren, sondern auch nicht bei den kritikalsozialen. Nun, vor vier Jahren bei Gelegenheit der Novelle zum preussischen Vergarbeitergesetz schrieb ein christlichsozialer Vergarbeiterblatt: „Weder ist es, die Rückständigkeit des konservativen Hirnfelds klar zu erkennen, als sich der Täuschung hingeben, als sei von ihnen etwas zu erwarten.“ (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Herr v. Dirsien sprach auch über den Terrorismus der Arbeiter, die mit Unorganisierten nicht zusammenarbeiten wollen. Aber wenn die Behördenverwaltungen sich zum Kartell zusammenschließen und einen Außerordentlich vollständig ruinieren, dann hat er nichts dagegen einzuwenden! (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Sie wundern sich, daß die Arbeiter allen Versicherungen hier großes Mißtrauen entgegenbringen. Auf der Zeche Kaiserstuhl sagte der Bergassessor im Arbeiterauslaß bei Besprechung des neuen Arbeitsnachweises: Das Umstauen nach Arbeit sei auch künftig vor der Abingung gestattet. Aber der Betriebsführer, der Beamte, der die Leute einzustellen hat, sagte zu ihm: „Herr Assessor, Sie sind wohl im Irrtum, und ist auf einer Konferenz das Gegenteil gesagt.“ (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Arbeiter sehen also in ihrem Mißtrauen keine Wesenheit, sondern haben allen Anlaß zum Mißtrauen. Der Staatssekretär war erstaunt darüber, daß die Arbeitervertreter hier für ein friedliches Zusammenarbeiten mit den Arbeitgebern gesprochen. Das kommt nur daher, weil er niemals mit Arbeitern sich darüber ausgesprochen hat. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wir haben auch von Anfang an auf dem Standpunkt des partiellen Arbeitsnachweises gestanden. Hätte der Staatssekretär die Eingaben der Arbeitervertreter gelesen, so hätte er gesehen, daß wir den preussischen Handelsminister stets geben haben, seinen Einfluß auszuüben, daß der partielle Arbeitsnachweis eingeführt werde. Auch an die Behördenverwaltungen sind wir trotz aller Zurückweisungen immer wieder in diesem Sinne herangetreten. Wenn es uns gelingt, den Streit zu verhindern, dann haben Sie das nur zu danken. Der Kampf um den Arbeitsnachweis wird und muß geführt werden, denn die Arbeiter werden sich

diese Zwangsjacke, dieses Sklavensystem
auf die Dauer nicht gefallen lassen. Aber der Kampf wird geführt werden, wie die Arbeiter es wollen, nicht wenn es den Arbeitgebern paßt. Wir können den Kampf nur jetzt verhindern, wir können ihn nicht überhaupt verhindern, weil das über das Menschennögliche hinausgeht. In dieser Frage stehen alle Arbeiter zusammen. Wenn die Unternehmer sich dabei auf die Maschinenwerke und auf Ausnahmefälle stützen, diese Stützen werden sie nicht retten. Die Arbeiter Konzepts haben sich nicht vor die Maschinenwerke gestellt, die Arbeiter des Ruhrbezirks werden es auch nicht tun. Die Regierung hat die Pflicht, hier einzugreifen. Tut sie es nicht, so trägt sie die moralische Verantwortung für die schweren Schädigungen, die dem Wirtschaftsleben dann zugefügt werden. Fahren Sie in dieser Politik der Unterdrückung fort, so schämen Sie im Ruhrrevier nur den Anarchismus groß. (Lebhafte Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär Dellbrück:

Ich bin dem Abg. Sachse dankbar für den objektiven und vornehmen Ton, mit dem er mich kritisiert hat. Dieser Ton steht angenehm ab von der Kritik des Abg. Raumann. (Lachen links.) Der Abg. Raumann hat mir vorgeworfen, ich hätte mich um das Wohl der Tausende und Zehntausende von Vergarbeitern nicht gekümmert, mir wäre das Schicksal dieser plebejischen Klasse gleichgültig. Ein derartiger Vorwurf ist mir in meiner langen Beamten- und öffentlichen Tätigkeit noch nicht gemacht worden. Der Vorwurf wiegt um so schwerer in dem Munde eines Mannes, dessen Kunst der Rede, Herrschaft der Rede allgemein bewundert wird. Ich überlasse diese Ausführungen des Abg. Raumann der Kritik des Hauses. (Beifall rechts.) Im übrigen habe ich kein Loblied auf die Behördenverwaltungen. Ueber die Vorgänge in Mannheim habe ich nichts gesagt. Ich habe aber die habituelle Regierung erlicht, Ermittlungen anzustellen. Das irgend ein Mitglied der Verbündeten Regierungen es billigen sollte, wenn gesetzliche Vorschriften zugunsten der Arbeiter mißbraucht werden, ist so ausgeschlossen, daß es keiner Vertenerung von meiner Seite bedarf. Wo gegen die Gewerbeordnung verstoßen wird, wird eingegriffen. Ich kann Herrn Due und seine Freunde nur bitten, zu mir zu kommen und mir die Wünsche vorzutragen. Ich werde dankbar alles entgegennehmen. Die Anordnungen bei der Grube Raddob sind getroffen worden, um die Sicherheit der mit den Aufbaumarbeiten betrauten Arbeiter nicht zu gefährden. Die Ursachen der Katastrophe sollten in keiner Weise verdunkelt werden. Ich habe ausdrücklich angeordnet, daß Verwundete der Belegschaft ausgezogen werden sollten. (Abg. Sachse: Es sind aber keine zugezogen worden.)

Ministerialdirektor im preussischen Handelsministerium Meißner: Die Grube Raddob hat unter Wasser gesetzt werden müssen. Auch wir wollen die Ursachen der Katastrophe aufklären, aber wir wollen nicht Arbeiterleben aufs Spiel setzen.

Abg. D. Raumann (Fr. Bg.): Meine Erinnerung ist die, daß die einzige Stelle in der gefirgten im übrigen amtlich und juristisch gehaltenen Rede des Staatssekretärs, an der er menschlich wärmere Töne fand, diejenige war, wo er von den Interessen der kapitalistischen Klassen sprach. (Sehr richtig! links.) Das fiel mir um so mehr auf, als die Dividenden der Bergwerksaktien sich dauernd in einem guten Zustande befinden, während die Löhne im Absteigen begriffen sind, und während die Lebenshaltung der betreffenden Arbeiterschaft durch den neuen Arbeitsnachweis sehr gefährdet ist. Nach der jetzigen Erklärung des Staatssekretärs schreibe ich meine Bemerkungen entsprechend ein. Um solchen habe ich niemals die hervorragenden Verdienste der deutschen Unternehmer verkannt. Eine vollständig endgültige Gewerbeordnung werden wir nie bekommen, wohl aber könnten die Erfahrungen der letzten 40 Jahre lobhaft werden. (Beifall links.)

Abg. Sachse (Soz.): Unter den Vergarbeitern herrscht heute noch die Ansicht, daß man die Grube Raddob geschlossen hat, um die Ursachen der Katastrophe zu verunsichern. Damit läßt die Bezeichnung.

Abg. Dr. Arends (persönlich): Herr Sachse hat einen Zwischenruf von mir so ausgelegt, als ob ich ein Ausnahmengesetz gefordert hätte. In der Tat bedeutete mein Zwischenruf gerade das Gegenteil und sollte belegen, daß nach unserer Auffassung die Konsequenz der Ausführungen des Herrn Raumann das Verlangen nach einem Ausnahmengesetz gegen die Arbeitgeber wäre. Ich nehme an, daß die Sozialdemokratie mit dieser Behauptung nicht weiter freiben wird, sonst wäre es eine Verleumdung. Ueber die Maschinenengewebe werden wir uns bei der betreffenden Interpellation nach Weisungen eingehend unterhalten. Ich werde dann nachweisen, welchen großen Unfug die Sozialdemokraten mit diesen Maschinenengeweben getrieben haben. (Lachen bei den Sozialdemokraten. Präsident Graf Stolberg: Das war nicht persönlich.) Hierauf vertagt sich das Haus.

Eingegangen sind zwei Interpellationen über die Rottowitzer Mahregelungen.

Nächste Sitzung: Dienstag, den 11. Januar 1910, 2 Uhr. (1. Interpellation über die medienburgische Verfassung. 2. Die oben genannten Interpellationen. 8. Novelle zum Gerichtsverfassungsgesetz, zur Strafprozessordnung usw.) Präsident Graf Stolberg: Ich wünsche Ihnen allen ein frohliches Weihnachtsfest (Bravo!) und schließt die Sitzung. Schluß 6 1/4 Uhr.

Aus Industrie und Handel.

Was der Geschäftsbericht enthüllt.

Wie der Geschäftsbericht der Siemens u. Halske A.-G. ausweist, ist der Gesamtumsatz im letzten Geschäftsjahre um 15 Proz. höher gewesen als im Jahre vorher. Der Bruttogewinn stieg in derselben Zeit von 11,07 Mill. Mark auf 11,43 Mill. Mark, der Reingewinn von 8,88 Mill. Mark auf 11,43 Mill. Mark, die Summe der abgezogenen Dividende von 5 995 000 M. auf 7 560 000 M. und die gezahlte Lohnsumme von 53,58 Mill. Mark auf 54,71 Mill. Mark; an Gratifikationen wurden diesmal 650 000 M. verteilt, gegen 600 000 M. im Vorjahre, und an Lantimen für den Aufsichtsrat 881 905 M. gegen 248 000 M. für 1907/08. Leider finden wir keine Angaben über die Zahl der beschäftigten Arbeiter. Somit ist nicht zu ersehen, ob auch eine Lohnzunahme pro Kopf eingetreten ist. Vielleicht entspricht die Steigerung der Lohnsumme nur einer Vermehrung des Personals, die sich aus dem erhöhten Umsatz ergibt. Jedenfalls kann man aber auch schon aus den vorliegenden Angaben feststellen, daß die Lohnzunahme hinter den Gewinnerhöhungen und dem vergrößerten Umsatz zurückgeblieben ist. Es ergeben sich nämlich folgende Steigerungen:

Jahresumsatz	15, — Proz.
Lohnkonto	2,11 „
Gratifikationen	8,83 „
Bruttogewinn	15,60 „
Reingewinn	18,08 „
Dividenden	26,10 „
Lantimen	34,39 „

Es fehlt nur noch die Frage, daß die Rentabilität der Industrie durch die Vegehrtheit der Arbeiter bedroht sei, die Sozialgesetzgebung unerwidrigliche Kosten verursache usw. nach bekannter Melodie. Diesmal wird den Aktionären, die sich mit 12 Proz. Dividende begnügen müssen, gegen 11 Proz. im Vorjahre, nur etwas über unzulängliche Preise vorgejammert. Von unzulänglichen Löhnen wird natürlich nichts erwähnt!

Getreideernte.

Die Bewegung der Getreidepreise hatte bisher private Ernteschätzungen als Grundlage. Diese Schätzungen sind durch die amtlichen Erntermittlungen beträchtlich übertroffen worden. Für Preußen veröffentlichten wir vor einigen Tagen die Zahlen, nun liegen die Angaben für das Reich, nach Feststellungen des statistischen Amtes vor. Danach ergeben sich Mengen, die z. B. bei Roggen um fast 14 Proz. über eine Schätzung aus Frankreich im September hinausgehen. Eine Vergleichung mit den vorjährigen Ziffern gibt folgendes Bild:

	1908	1909
Getreideernte, insgesamt	3 767 767	3 755 717
Wassereernte	10 736 874	11 843 415
Roggen	7 604 893	9 125 810
Gerste	3 059 885	3 495 618
Zusammen	25 269 359	27 725 594

Die Kartoffelernte des Deutschen Reiches beträgt 46 706 252 Tonnen gegen 48 342 726 Tonnen respektive 45 638 299 Tonnen in

den beiden Vorjahren; von dem diesjährigen Ertrage waren 5 Proz. erkrankt, in den Vorjahren 4 Proz. respektive 6,4 Proz. Hier ergab eine Ernte von 8 858 696 Tonnen gegen 11 606 945 Tonnen respektive 9 098 298 Tonnen und Luzerne erbrachte 1 352 898 Tonnen gegen 1 580 143 Tonnen respektive 1 401 868 Tonnen. Wiesen erbrachten eine Erntemenge von 23 140 927 Tonnen gegen 27 078 097 Tonnen respektive 24 911 988 Tonnen.

Der Ertrag des Winterweizens in Deutschland stellt sich auf 2 Tonnen pro Hektar gegen 2 Tonnen resp. 1,87 Tonnen in den beiden Vorjahren. Sommerweizen ergab sogar einen Ertrag von 2,37 Tonnen gegen 2,03 Tonnen resp. 2,48 Tonnen; es ist dies der zweitgrößte Ertrag, der je erzielt wurde. Bei Roggen erreichte der Hektarertrag sogar eine Höhe, wie sie niemals vorher konstatiert wurde; es wurden nämlich auf dem Hektar 1,88 Tonnen Winterroggen geerntet gegen 1,77 Tonnen resp. 1,62 Tonnen. Sommerroggen erbrachte 1,27 Tonnen gegen 1,16 resp. 1,25. Bei Hafer stellt sich der Hektarertrag auf 2,12 Tonnen gegen 1,80 resp. 2,09. Kartoffeln ergaben 14,05 gegen 14,07 resp. 13,81. Gerste 2,12 gegen 1,88 resp. 2,09. — Nach diesen Resultaten müßte man mit einem ansehnlichen Preisfall rechnen können. Ob er eintritt, muß allerdings erst noch abgewartet werden.

Des Kaisers Nebenbeschäftigung.

Nach einer Mitteilung des „V. Z.“ soll der Kaiser fünf Aktien der Städtischen Lagerbierbrauerei in Hannover besitzen. Stimmt das, dann hat Wilhelm II. das Geld zum angelegt. Die Brauerei ist das Eigentum der Brauereigilde der königlichen Haupt- und Residenzstadt Hannover. Die Brauereigilde besteht aus den Besitzern der 317 Hausstellen der Altstadt Hannover, an denen früher (bis 1868) das ausschließliche Braurecht bestatete. Das Kapital (der Vermögensanteil der 317 Brauhäuser) beträgt 700 000 M. Die höchste Dividende, die in dem Zeitraum von 1890/91 bis 1907/08 ausgeschüttet wurde, betrug 1800 M. In den letzten neun Jahren wurden auf 700 000 M. Kapital pro Jahr 317 000 M. oder pro „Hausstelle“ 1000 M. gezahlt. Für 1908/09 gelangen 850 M. pro „Hausstelle“ zur Ausschüttung. Soweit die kaiserliche Privatkapitale bei anderen Aktiengesellschaften beteiligt ist, entzieht sich der öffentlichen Kenntnis, doch wird, bemerkt das Blatt weiter, vermutet, daß der Kaiser Anteilhaber der Reichsbank ist. Wenigstens figuriert in der Liste der Anteilhaber der Reichsbank der Geheimen Regierungsrat im Ministerium des königlichen Hauses Müller, der gleichzeitig Direktor der Verwaltung des königlichen Haushaltes ist, und es ist anzunehmen, daß dieser des Besitzes des Kaisers an Aktien der Reichsbank vertritt.

Steigerung des Kohlenverbrauches. Der rechnermäßige Abschluß des Rheinisch-Westfälischen Kohlen-Syndikats betrug im November 1909 bei 24 1/2 (Vorjahr 24) Arbeitstagen 5 493 140 (5 138 703) Tonnen oder arbeitstäglich 227 653 (214 032) Tonnen. Der auf die Beteiligung anzurechnende Koks- und Brikettabsatz hat betragen an Koks im November 1909 bei 30 (30) Arbeitstagen insgesamt 815 781 (796 900) Tonnen oder arbeitstäglich 27 193 (24 565) Tonnen; an Briketts bei 24 1/2 (24) Arbeitstagen insgesamt 251 092 (227 209) Tonnen oder arbeitstäglich 10 405 (9467) Tonnen.

Schweinefleischpreise.

Die Zusammenstellungen der „Statistischen Korrespondenz“ über die von 50 Markorten ermittelten Durchschnittspreise ergeben folgende Resultate:

	Preis im Kleinhandel per Kilogramm in Pfennig	
	Oktober	November
Schweinefleisch von der Keule	184	186
	vom Oug	172
Schweinefleisch Kopf und Bein	93	95
	Schinken	169
Speck	277	278
	Speck	189

Im Durchschnitt beträgt die Steigerung 2 Pf. per Kilogramm.

Aus der Frauenbewegung.

Der „Post“-Schreden.

In allen Schattierungen versucht die konserervative Presse dem deutschen Weib den Teufel (in Gestalt einer herannahenden Frauenherrschaftsperiode) an die Wand zu malen; in allen Tonarten jetzt ist über diesen, das Deutschtum bedrohenden Schreden. Kürzlich empfahl die „Deutsche Tageszeitung“ die brutale Faust des Mannes zur Befämpfung der zunehmenden Frauenemancipation. An dem unheilvollen Feminismus sei, meinte das Probwucherorgan, nur das Ausschließen der Kräfte schuld! Daß die Frauen sich nicht mehr willig knechten und einfach beiseite schieben lassen wollen, das erfüllt die bisherigen unumkehrlichen Nachhader mit Born und Unbehagen. Die Regierung soll dem Treiben des anmähenden Frauengeschlechts ein Ende bereiten, sie soll retten vor der Schredenesherrschaft, die den Untergang des Deutschtums heraufbeschwört! Also feuern und schießen kürzlich die harten „Post“-leute. Sie entschliefen sich bei dem Gedanken der Gleichberechtigung der Frauen mit den Männern. Daß bei der Mädchenschulreform durch die Zulassung der Frauen zu allen Hochschulfächern und zur Leitung öffentlicher Schulen „fogor“ gleichgebildete Männer einer Frau amtlich unterstellt würden, erfüllt sie mit solchem Entsetzen, daß sie, gleich im Rausch, an den preussischen Staat und die deutsche Regierung die erste mahrende Frage richten, ob sie die Frauenherrschaft einzuführen gedenken? Warnend rufen sie der Regierung zu: „Zurück vom falschen Wege!“ Mit dem bisherigen Zugewandnis an die Frauen sei schon ein entscheidender Schritt auf dem Wege zur völligen Gleichberechtigung getan! Natürlich plädieren die „Post“ auch für eine Ablehnung der Skodifikation. Sie will die Zulassung der Mädchen zu den höheren Anstalten selbst da, wo den Mädchen jede andere Gelegenheit zu höherer Ausbildung fehlt, verboten wissen. Man sollte sich lieber schämen, daß für die Mütter und zugleich Erziehinnen ihrer Kinder das Maß an Bildungsmöglichkeit und Wissen bisher so eingegrenzt war, daß den meisten Anaben ihre Mütter bald „viel zu dumm“ waren, als daß sie irgend etwas mit ihnen besprechen könnten. Den Frauen sollte man dankbar sein, daß sie selbst die Initiative dazu ergreifen, um das alte Uebel zu beseitigen. Gehe und Einrichtungen in Staat und Kommune Franken an Einseitigkeit und lassen häufig den schärferen, tieferen Einblick, den Frauen in sozialen Dingen den Männern voraus haben, vermessen. Männer empören sich, einer gleichgebildeten ledigen Schuldorfschülerin unterstellt zu sein; aber wenn Hunderte von Frauen einem ledigen Manne unterstellt sind, und von ihm in jeder Weise ausgebeutet werden, da empört sich ihr stolzes Männerherz absolut nicht! Im Gegenteil, es empört sie nur, wenn die Frauen es wagen, sich darob zu empören! Aber vor solcher Empörung macht die Entwicklung, das schärfste Maß der wirtschaftlichen Notwendigkeiten nicht halt. Die Frauenarbeit erregt sich immer mehr Positionen. Und an den alten Säulen ihrer Kredit- und Wehrlosigkeit rütteln vernehmbar die neuen Verhältnisse. Daran werden Rückgriffe nichts ändern. Nun suchen sie ein Hornadel, dem sie die Verantwortung für die Schicksalswendung zusprechen können. Da wird dem „gleichgültigen Bürgertum“, dem „Bildungsstumpen“ die Schuld in die Schuhe geschoben, daß es der Regierung nicht entgegenkam bei Zugewandnissen an die Frauenbewegung. Unter weiter vernimmt man: „Wie das deutsche Volk es durch seine Saumlässigkeit und Gleichgültigkeit fertiggebracht hat, bei gewaltigen finanziellen Opfern die Sozialdemokratie soweit erstarken zu lassen, daß sie zu einer großen, fetigen Gefahr für den Staat herangewachsen ist, so wird es binnen kurzem auch den traurigen Ruhm genießen, die gründlichste Frauenemancipation ins Werk gesetzt bzw. zugelassen zu haben. Dem Druck der organisierten Frauenbewegung und ihrer Helfer hat es seinen Gegenzug entgegenzusetzen, und so mühen schließlich alle Dämme brechen!“ Da diese Epistel das englische Herz anscheinend nicht erleichtert hat, faßt die „Post“ sich also weiter aus: „... so wären wir rettungslos der Frauenherrschaft ausgeliefert.“ Was da als Herrschaft deklariert wird, ist in Wirklichkeit nichts anderes als

Gerechtigkeit. Die Frauen verlangen eine Ordnung, unter der für Mann und Frau gleiches Recht besteht! Solche Gesellschaftsordnung bedeutet den Aufstieg des Volkes zu einer höheren Kultur. Dagegen stürmen die Scharfmacher aller Fakultäten an! Aber je mehr die Reaktionen toben, um so mehr werden hoffentlich die Frauen aufgerüttelt, reihen sie sich ein in das Heer der Fortschrittstürmenden. Hingin in die Gewerkschaften und in die politische Organisation der Sozialdemokratie! Das werde, als rechte Antwort auf die „Rost“-Scharfmacherei, die tausendfältig bedrückte Parole!

Streichende Telephonistinnen. Die Telephonistinnen in Pittsburg streiken. Die Ursache dazu bildete eine Verfügung des Perionenchefs, der den Damen das Tragen von Pöckchen und heißen Kleidern untersagte. Die Antwort der Damen war ein Kollektivschreiben an den Abteilungschef, in dem dieser gebeten wurde, eine andere Krawatte anzulegen, da den Damen die Farbe seiner Krawatte absolut nicht zusagte. Die Antwort war eine Reduzierung der Gehälter, da die Damen sich aber damit nicht einverstanden erklärten, traten sie nach vorheriger Verständigung der Telephonistinnen in den Ausstand.

Die Türkinnen und die Reaktion.

Die türkische Zeitung „Schuraji Nemmet“ macht interessante Mitteilungen über die Mittel der reaktionären Bewegung vom 31. März dieses Jahres. Ein Führer dieser Bewegung, der Jäger-Soldat Dami Tschawusch, hat erzählt, die Straßensoldaten hätten sie zu den Frauen höherer Stände geführt; von diesen seien sie sehr freundlich und frei aufgenommen und eines schönen Tages habe ein reaktionäres Programm vorgelesen, das man im Namen der verteilten „Liebe“ beschwor. „Schuraji Nemmet“ bemerkt dazu: Diese Heldinnen, die solche verächtliche Taten begangen haben, offenbar furchtlos geworden dadurch, daß damals ihre Tat nicht in die Öffentlichkeit drang und sie unbestraft blieben, haben wiederum angefangen, ans Herz zu geben. Diese Frauen haben jetzt, um dasselbe Ziel zu erreichen, Beziehungen zu den Soldaten hergestellt und suchen sie für ihre Sache zu gewinnen. Wie das Blatt weiter bemerkt, werden von Frauen geheime Versammlungen abgehalten. Die Regierung wird aufgefordert, dieser Bewegung Aufmerksamkeit zu schenken.

Lesende.

Steglich. In diesem Monat ist kein Lesabend.

Soziales.

Zum berufsgenossenschaftlichen Heilverfahren. Kürzlich fand, wie uns mitgeteilt wird, unter dem Vorsitz des Präsidenten Dr. Kaufmann eine Besprechung der Vertreter

der gewerblichen Berufsgenossenschaften und zahlreicher ärztlicher Sachverständiger über die Frage der Durchführung des berufsgenossenschaftlichen Heilverfahrens statt. Insbesondere wurde über die bisher auf diesem Gebiete gemachten Erfahrungen erörtert, bei welchen Krankheiten und Unfällen die Heibernahme des Heilverfahrens durch die Berufsgenossenschaften vor dem Ablauf der 13. Woche nach Eintritt der Krankheit sich empfehle, und wie die Berufsgenossenschaften sich die für einen möglichst frühzeitigen Eingriff in die Behandlung geeigneten Handhaben beschaffen könnten. Nach mehrstündiger Verhandlung wurde eine aus Mitgliedern des Reichsversicherungsamtes, Vertretern der Berufsgenossenschaften und ärztlichen Sachverständigen bestehende Kommission bestellt, die den Entwurf für eine den Genossenschaften als Direktive dienende Anweisung auszuarbeiten soll. Dieser Entwurf soll später im Reichsversicherungsamte einer neuen eingehenden Beratung unterworfen werden. Es herrscht Einstimmigkeit darüber, daß auf diesem für die möglichste Erhaltung der Arbeitsfähigkeit der Versicherten wie für die finanzielle Entlastung gleich bedeutungsvollen Gebiet sich den Versicherungsträgern ein reiches Arbeitsfeld öffne.

Weshalb werden in die Kommission nicht auch Arbeiter berufen?

Hat ein Kassamitglied Anspruch auf zahnärztliche Hilfe?

Diese Frage ist, dem Gesetz entsprechend, vom Landgericht zu Duisburg in einer jetzt zugestellten Entscheidung vom 16. Oktober 1909 bejaht worden.

Die Ortskrankenkasse zu Emmerich hatte nur einen Zahnarzt, nicht aber einen Zahnarzt angestellt. Die Kasse wurde zur Zahlung der durch Behandlung ihrer Mitglieder beim Zahnarzt B. entstandenen Kostenrechnung verurteilt. In den Gründen führt die Entscheidung aus: Die Bestimmung des Kassentatuts, daß die Inanspruchnahme eines Spezialarztes nur auf Anweisung des Kassenzarztes erfolgen dürfe, könne auf den Zahnarzt nicht zutreffen. Einer solchen Auffassung ständen schwerwiegende Bedenken entgegen. Jedenfalls habe die Kasse Behandlung durch einen approbierten Arzt jeder Art, also auch einen Zahnarzt zu gewähren. Die Mitglieder brauchen sich nicht an einen nicht approbierten Heilfänger beweisen zu lassen, insbesondere auch nicht an einen Zahntechniker. Bei dieser gesetzlichen Pflicht der Kasse handle es sich um eine Verpflichtung, deren rechtzeitige Erfüllung im öffentlichen Interesse liegt. (§§ 679, 683 des Bürgerlichen Gesetzbuches.) In ihrer Erfüllung handelte der Zahnarzt B. als Geschäftsführer ohne Auftrag, und ein entgegengekehrter Wille kommt nicht in Betracht. Die Kasse erfüllte diese ihre Pflicht nicht, indem sie seine Vorzüge für eine derartige Behandlung durch Anstellung eines Zahnarztes traf. Falls ein Zahnarzt nicht angestellt, haben die Mitglieder ohne weiteres das Recht, einen Zahnarzt aufzusuchen,

und der Zahnarzt könne eine angemessene Vergütung seiner Tätigkeit fordern. Die Ueberweisung durch den Kassenzarzt, falls das Kassentatut den Mitgliedern solche Bedingung auferlege, sei ungerechtfertigt.

Ämtliche Seelenverläufer.

In Ostböhmen reisen zurzeit zwei Leute herum, die eine nennt sich Direktor, der andere Agent der Feldarbeiterzentrale. Diese Herren suchen Agenten zur Anwerbung von Arbeitern für Deutschland. Mit den Agenten soll folgender Vertrag abgeschlossen werden:

„Zwischen der Deutschen Feldarbeiterzentrale, Berlin S.W. 11, Hafenplatz 4, vertreten durch den Grenzamtsleiter Herrn R. Scherck-Friedland (Bezirk Breslau), und dem Agenten Herrn . . . aus . . . Bezirk . . . wird folgender Vertrag abgeschlossen:

1. Der Agent verpflichtet sich, für das Grenzamt Friedland die erforderlichen Landwirtschafts- und Industriearbeiter in der angegebenen Zusammensetzung und an den vom Grenzamt angezeigten Tagen pünktlich zu liefern.
 2. Die Deutsche Feldarbeiterzentrale bezw. das Grenzamt Friedland (Bezirk Breslau) zahlt dem Agenten . . . für Leutebeschaffung pro Kopf . . . Provision.
 3. Der Agent verpflichtet sich, bei Kontraktbruch innerhalb 6 Wochen provisionsfreien Ersatz zu stellen.
- Hiermit wird obiger Vertrag geschlossen und gesteuert.
Der Grenzleiter. Der Agent.“

Auf dem Vertragsformular, das uns im Original vorliegt, befindet sich links unten der Stempel: Grenzamt der Deutschen Feldarbeiterzentrale, Friedland (Bezirk Breslau).

Hiermit ist abermals zu erwiesen, daß nicht nur die Deutsche Feldarbeiterzentrale, sondern auch die Grenzämter, die nach den Verfügungen des preussischen Ministers des Innern als ämtliche Stellen für die Prüfung der Legitimationen der ausländischen Arbeiter eingesetzt sind, genau so wie private Agenten Seelenverläufer sind, da sie — genau wie die Privatagenten — pro Kopf der angeworbenen Leute eine Provision festsetzen und im Falle des Kontraktbruchs die Gratianachlieferung neuer Ware dem Agenten auferlegen. Gegen diesen ämtlichen Stellenvermittlungsmißbrauch ist im Interesse der angeworbenen Ausländer, mit denen die bekannten gegen Recht und Gesetz verstoßenden Kontrakte formularmäßig vereinbart werden und die nach der preussischen Praxis entgegen den Staatsverträgen nahezu rechtslos in Preußen sind, ein reichsgerichtlicher Schutz dringend erforderlich.

Sozialdemokratischer Wahlverein
des
2. Berl. Reichstagswahlkreises.
(Bezirk 149).
Am Montag, den 13. Dezember, verstarb nach langen schweren Leiden unser Genosse, der Gastwirt
Heinrich Mickan
Schönleinstr. 18.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute, Donnerstag, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Heilig Kreuz-Kirchhofes, Mariendorf, aus statt.
211/20 Der Vorstand.

Deutscher
Transportarbeiter-Verband.
Ortsverwaltung Groß-Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Hausdiener
Karl Abendroth
am Montag, den 13. Dezember, im Alter von 43 Jahren an Nierenleiden verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet morgen Freitag, den 17. Dezember, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Petri-Kirchhofes in der Fledenstraße aus statt.

Sozialdemokratischer Wahlverein
für den
4. Berl. Reichstags-Wahlkreis.
Strolauer Viertel.
Bezirk Nr. 334.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Arbeiter
Gottlieb Wald
Koppenstr. 61
gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag, den 17. Dezember, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Petri-Kirchhofes in Fledenstraße aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
221/13 Der Vorstand.

Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher usw.
Hilflose Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege
Julian Pannewitz
(Nigdorf)
am 13. Dezember an Bleivergiftung verstorben ist. 130/4
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag den 17. Dezember, nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Nigdorfer Friedhofes, Mariendorfer Weg aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Die Ortsverwaltung.

Orts-Krankenkasse
Weißensee
Bekanntmachung.
Gemäß § 66 der Kassensatzung geben wir hiermit die nachstehenden Bestimmungen in der Zusammenfassung des Vorstandes bekannt:
Neugewählt ist in der am 29. November er. stattgefundenen Generalversammlung an Stelle des am 31. Dezember d. J. durch Ablauf der Amtsdauer auscheidenden Tischlermeisters Paul Rehlow (Arbeitgeber) der hier, Ledbeckstr. 119 wohnhafte Bädermeister Richard Kluge.
Wiedergewählt sind die durch Ablauf der Amtsdauer auscheidenden und gemäß § 63 Abs. 1 der Kassensatzung durch das Los zum Auscheiden bestimmten Herren
Kurt Fuhrmann (Arbeitnehmer) und
Fritz Ebert (Arbeitnehmer).
Die Amtsdauer der Gewählten beginnt am 1. Januar 1910 und endigt am 31. Dezember 1912.
Weißensee, den 14. Dezember 1909
Der Vorstand
der
Ortskrankenkasse für den Gemeindegemeindebezirk Weißensee.
J. U. Fuhrmann, Vorsitzender.

Selten günstig
Kaufgelegenheit
für **Weihnachten.**
Eine Partee **Echter Plüsch-**
Teppiche

Sozialdemokratischer Wahlverein
für den
4. Berliner Reichstagswahlkreis
Kopenicker Viertel.
Bezirk Nr. 185, Teil I.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Dreher
Karl Gladosch
Weidemarsstraße 14
gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 16. Dezember, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Thomas-Kirchhofes in Nigdorfer Hermannstraße, aus statt.
221/10
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Nachruf.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Hausdiener
Heinrich Augat
am Donnerstag, den 9. Dezember, im Alter von 42 Jahren an Lungenleiden verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
71,00 Die Verwaltung.

Nachruf.
Für die letzte Ehre, welche meinem lieben Vorne, meinem guten Vater von allen Verwandten, Freunden und Bekannten, besonders dem 6. Wahlkreis (Bezirk Nr. 653) und dem freien Gastwirts-Verbande bewiesen wurde, sagen hiermit unseren innigsten Dank.
Helene Wohlgenuth
nebst Kindern. 283/5

Nachruf.
Für die Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unseres guten Sohnes und Onkels
Paul Franke
sagen wir allen Bekannten und Verwandten, besonders den Kollegen der Firma Veler, dem Sozialdemokratischen Wahlverein des 4. Berliner Reichstagswahlkreises, dem Sparverein „Freundschaft“ unseren herzlichsten Dank.
3555/2
Die trauernden Hinterbliebenen.

Orts-Krankenkasse
Weißensee
Bekanntmachung.
Gemäß § 66 der Kassensatzung geben wir hiermit die nachstehenden Bestimmungen in der Zusammenfassung des Vorstandes bekannt:
Neugewählt ist in der am 29. November er. stattgefundenen Generalversammlung an Stelle des am 31. Dezember d. J. durch Ablauf der Amtsdauer auscheidenden Tischlermeisters Paul Rehlow (Arbeitgeber) der hier, Ledbeckstr. 119 wohnhafte Bädermeister Richard Kluge.
Wiedergewählt sind die durch Ablauf der Amtsdauer auscheidenden und gemäß § 63 Abs. 1 der Kassensatzung durch das Los zum Auscheiden bestimmten Herren
Kurt Fuhrmann (Arbeitnehmer) und
Fritz Ebert (Arbeitnehmer).
Die Amtsdauer der Gewählten beginnt am 1. Januar 1910 und endigt am 31. Dezember 1912.
Weißensee, den 14. Dezember 1909
Der Vorstand
der
Ortskrankenkasse für den Gemeindegemeindebezirk Weißensee.
J. U. Fuhrmann, Vorsitzender.

prima Qualität (kein Axminster!)
Wundervolle Muster-Auswahl.
Größe ca. Mk. Wert
180/200 cm 14.⁷⁵ (20.00)
160/230 cm 21.⁵⁰ (30.00)
200/300 cm 34.⁵⁰ (44.00)
250/350 cm 53.⁵⁰ (70.00)
Nach anwärts per Nachnahme.

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands.
Zweigverein Berlin.
Sektion d. Gips- u. Zementbranche.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Radlspanner
Karl Weber
am 13. Dezember im Alter von 45 Jahren an Herz-Kreislauferkrankung gestorben ist.
Die Beerdigung findet am Freitag, den 17. Dezember, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Heilig-Kreuz-Kirchhofes in Mariendorf, aus statt.
67/74
Ehre ihrem Andenken!
Um rege Beteiligung ersucht
Der Sektionsvorstand.

Nachruf.
Für die letzte Ehre, welche meinem lieben Vorne, meinem guten Vater von allen Verwandten, Freunden und Bekannten, besonders dem 6. Wahlkreis (Bezirk Nr. 653) und dem freien Gastwirts-Verbande bewiesen wurde, sagen hiermit unseren innigsten Dank.
Helene Wohlgenuth
nebst Kindern. 283/5

Nachruf.
Für die Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unseres guten Sohnes und Onkels
Paul Franke
sagen wir allen Bekannten und Verwandten, besonders den Kollegen der Firma Veler, dem Sozialdemokratischen Wahlverein des 4. Berliner Reichstagswahlkreises, dem Sparverein „Freundschaft“ unseren herzlichsten Dank.
3555/2
Die trauernden Hinterbliebenen.

Nachruf.
Für die Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unseres guten Sohnes und Onkels
Paul Franke
sagen wir allen Bekannten und Verwandten, besonders den Kollegen der Firma Veler, dem Sozialdemokratischen Wahlverein des 4. Berliner Reichstagswahlkreises, dem Sparverein „Freundschaft“ unseren herzlichsten Dank.
3555/2
Die trauernden Hinterbliebenen.

Orts-Krankenkasse
Weißensee
Bekanntmachung.
Gemäß § 66 der Kassensatzung geben wir hiermit die nachstehenden Bestimmungen in der Zusammenfassung des Vorstandes bekannt:
Neugewählt ist in der am 29. November er. stattgefundenen Generalversammlung an Stelle des am 31. Dezember d. J. durch Ablauf der Amtsdauer auscheidenden Tischlermeisters Paul Rehlow (Arbeitgeber) der hier, Ledbeckstr. 119 wohnhafte Bädermeister Richard Kluge.
Wiedergewählt sind die durch Ablauf der Amtsdauer auscheidenden und gemäß § 63 Abs. 1 der Kassensatzung durch das Los zum Auscheiden bestimmten Herren
Kurt Fuhrmann (Arbeitnehmer) und
Fritz Ebert (Arbeitnehmer).
Die Amtsdauer der Gewählten beginnt am 1. Januar 1910 und endigt am 31. Dezember 1912.
Weißensee, den 14. Dezember 1909
Der Vorstand
der
Ortskrankenkasse für den Gemeindegemeindebezirk Weißensee.
J. U. Fuhrmann, Vorsitzender.

Teppich-Spezial-Haus
Emil Lefèvre
Berlin Süd. Seit 1882
nur **Oranienstr. 158.**
Habe nirgends Filialen!
Weihnachts-Extralist u. Katalog
enorm billiger Geschenkartikel (600 Abbild.) gratis u. franko.
Auch Sonntags bis Weihnachten geöffnet.

Blumen- und Kranzbinderei
von **Robert Meyer,**
nur **Mariannen-Straße 2.**

Nachruf.
Für die letzte Ehre, welche meinem lieben Vorne, meinem guten Vater von allen Verwandten, Freunden und Bekannten, besonders dem 6. Wahlkreis (Bezirk Nr. 653) und dem freien Gastwirts-Verbande bewiesen wurde, sagen hiermit unseren innigsten Dank.
Helene Wohlgenuth
nebst Kindern. 283/5

Nachruf.
Für die Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unseres guten Sohnes und Onkels
Paul Franke
sagen wir allen Bekannten und Verwandten, besonders den Kollegen der Firma Veler, dem Sozialdemokratischen Wahlverein des 4. Berliner Reichstagswahlkreises, dem Sparverein „Freundschaft“ unseren herzlichsten Dank.
3555/2
Die trauernden Hinterbliebenen.

Nachruf.
Für die Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unseres guten Sohnes und Onkels
Paul Franke
sagen wir allen Bekannten und Verwandten, besonders den Kollegen der Firma Veler, dem Sozialdemokratischen Wahlverein des 4. Berliner Reichstagswahlkreises, dem Sparverein „Freundschaft“ unseren herzlichsten Dank.
3555/2
Die trauernden Hinterbliebenen.

Orts-Krankenkasse
Weißensee
Bekanntmachung.
Gemäß § 66 der Kassensatzung geben wir hiermit die nachstehenden Bestimmungen in der Zusammenfassung des Vorstandes bekannt:
Neugewählt ist in der am 29. November er. stattgefundenen Generalversammlung an Stelle des am 31. Dezember d. J. durch Ablauf der Amtsdauer auscheidenden Tischlermeisters Paul Rehlow (Arbeitgeber) der hier, Ledbeckstr. 119 wohnhafte Bädermeister Richard Kluge.
Wiedergewählt sind die durch Ablauf der Amtsdauer auscheidenden und gemäß § 63 Abs. 1 der Kassensatzung durch das Los zum Auscheiden bestimmten Herren
Kurt Fuhrmann (Arbeitnehmer) und
Fritz Ebert (Arbeitnehmer).
Die Amtsdauer der Gewählten beginnt am 1. Januar 1910 und endigt am 31. Dezember 1912.
Weißensee, den 14. Dezember 1909
Der Vorstand
der
Ortskrankenkasse für den Gemeindegemeindebezirk Weißensee.
J. U. Fuhrmann, Vorsitzender.

Jugendchriften
sind in reichster Auswahl nach dem Verzeichnis des Bildungs-Ausschusses zu haben in der
Expedition des „Vorwärts“
Berlin SW, 68, Lindenstr. 69 (Radew.).

Die Generalversammlung des zweiten Wahlkreises.

Am Dienstag fand im Saale der Volkbrauerei am Tempelhofer Berg die Fortsetzung der Generalversammlung vom 7. Dezember statt. Die beiden Präfektionskommissionsmitglieder des Kreises, die ihr Amt niedergelegt hatten, gaben Bericht von der Präfektionskommission.

Zer Genosse Weberus berichtete über die Zeit vom April bis Ende September dieses Jahres, in der neun Sitzungen stattgefunden haben. In seinen einleitenden Worten bemerkte der Redner, daß im zweiten Kreise Bestrebungen hervortraten, gewisse Vorgänge zu verurteilen, und daß deswegen den Parteigenossen um so mehr Gelegenheit gegeben werden müsse, an der Präfektionskommission oder ihren Mitgliedern Kritik zu üben. An der prinzipiellen Haltung des „Vorwärts“ habe die Präfektionskommission während jener Zeit nichts zu monieren gehabt. Das Organ sei im Sinne der Mehrheit der Parteigenossen Berlins redigiert worden. Dagegen habe die Präfektionskommission sich öfter mit der Redaktion wegen der tatsächlichen Haltung des „Vorwärts“ auseinandergesetzt. In der Polemik mit Parteigenossen sei die Redaktion nicht immer glücklich gewesen. Als der Genosse Eduard Bernstein zu Charlottenburg im Februar dieses Jahres seinen Vortrag über Programmrevision gehalten hatte, der „Vorwärts“ statt eines Berichtes eine Notiz gegen Bernstein gebracht hatte, da habe die Präfektionskommission ausgesprochen, daß die Parteigenossen über alle wichtigen Fragen in der Partei unterrichtet werden müßten. Ein großer Teil der Provinzpresse habe ausführlich über Bernsteins Vortrag berichtet. Nehulich und geradezu unverständlich sei die Redaktion mit einer Erklärung des Genossen Heine verfahren. Die Präfektionskommission habe dem Genossen Heine in seiner Beschwerde Recht gegeben und die Redaktion veranlaßt, seine Erklärung unberührt aufzunehmen. Der Redner berichtete dann über einige andere Beschwerden. Ferner erwähnte der Redner den Beschluß zur Anstellung eines ständigen Arbeitersekretärs, der tagsüber Auskunft in Rechtsfragen erteilen soll, damit die abendlichen juristischen Sprechstunden entlastet, die Mängel dieser Einrichtung sowie wie möglich beseitigt werden. Nachdem der Redner noch über einige Personalveränderungen Auskunft gegeben hatte, schloß er mit den Worten, daß, wenn jetzt einzelnes an dem „Vorwärts“ auszuföhren sei nach Meinung der Genossen, dies hauptsächlich auf den glücklichen Umstand zurückzuführen sei, daß die Zahl der kritischen Leser sich ständig vermehre. Alle Genossen sollten nur immer bestrebt sein, dem „Vorwärts“ neue Abonnenten zuzuföhren.

Genosse Schneider berichtete sodann über die zwei letzten Präfektionskommissionssitzungen, an denen die beiden Kommissionsmitglieder noch teilgenommen haben, sowie über die Vorgänge, die damit zusammenhängen. In jenen beiden Sitzungen hatten sie durchaus die Meinung der Redaktion geteilt. Der Redner berichtete ausführlich über die Vorgeschichte der Differenzen, die in den Sitzungen zur Sprache gekommen sind, über die Parteitagartikel in den „Sozialistischen Monatsheften“, durch die man versucht habe, die Berliner Parteibewegung und den „Vorwärts“ herunterzureißen, kurz vor dem Parteitag, um womöglich eine ausgiebige Antwort des „Vorwärts“ zu verhindern, dann die „Vorwärts“-Artikel von Karski, mit denen der Redner sich durchaus einverstanden erklärte, ferner die bekannte Parteitagrede des Genossen Richard Fischer, den „Stant“ überschriebenen Artikel des „Vorwärts“, die Beschwerden des Genossen David-Jahn über Streikungen an seinen Stimmungsbildern vom Parteitag usw. Wie aus den Ausführungen des Redners hervorging, ist der Grund der Annahiederlegung der beiden Präfektionskommissionsmitglieder hauptsächlich der, daß in der Generalversammlung vom 28. September die Genossen im zweiten Kreise sich ohne weiteres mit der Haltung der Delegierten des Kreises auf dem Parteitage einverstanden erklärt hatten, an der Rede Fischers keine Kritik geübt wurde. Sie, die Präfektionskommissionsmitglieder des Kreises, hätten das Gefühl gehabt, daß man dem

Genossen Fischer durch die Resolution Deckung verschaffen wollte. Ihnen aber habe daran gelegen, daß der Kreis nicht als politische Wetterfahne dastehen sollte. Sie hätten ihre abweichende Auffassung danach in der Präfektionskommission nicht mehr vertreten können und als Marionetten hätten sie nicht an den Sitzungen teilnehmen wollen. Der Redner machte es dem Genossen Wels zum Vorwurf, daß er auf dem letzten Parteitag die Redaktion nicht gegenüber Fischer in Schutz nahm. Wels habe seine Ansichten wohl geändert usw. Ebenso meinte der Redner, daß Genosse Grunwald in der Bezirksführerkonferenz eine eigenartige Rolle gespielt habe. Zum Schluß erklärte der Redner, daß er und Weberus zurückgetreten seien, um keinen zu verärgern. Eine Wiederwahl würden sie im Interesse des Friedens nicht annehmen. Sie seien zufrieden, wenn nun ruhig und einmütig im Kreise weitergearbeitet werde.

An die Berichte schloß sich eine lange Debatte, die erst gegen 1/2 Uhr ihr Ende erreichte. Genosse Jacobeb hält die Gründe, die Schneider für die Annahiederlegung vorführte, nicht für die maßgebenden. Weil der Parteitag die Angelegenheit Fischer kontra „Vorwärts“ für erledigt erklärte, habe auch der zweite Kreis geglaubt, sich nicht mehr damit befassen zu sollen. Das seien nichtige Vorgänge. (Widerspruch aus der Versammlung.) Ja, nachdem sie der Parteitag für erledigt erklärte, seien sie nichtig.

Genosse Frihe bemerkte, daß die Delegierten des Kreises sich darüber einig waren, jene Angelegenheit nicht in der Berichterstattung vom Parteitag zu erwähnen. Sie hätten gewünscht, daß derartige Stant nicht noch mehr ausgetreten werde.

Genosse Müller, Parteisekretär, meinte, daß die Meinungsverschiedenheiten über die Stellung zur Erbschaftsteuer, die belamlich den Ausgangspunkt der Streitfrage bildeten, zu Unrecht auf die Frage von Revisionismus und Radikalismus ausgepielt würden. Nach dieser Schablone könne man jene Frage nicht erledigen. Sie sei keine prinzipielle, nicht einmal eine parteitaktische Frage. Der Redner nimmt Wels gegenüber den gegen diesen Genossen gerichteten Angriffen in Schutz und erklärt ferner, Schneiders Ausführungen hätten ihn nicht davon überzeugt, daß die beiden Präfektionskommissionsmitglieder gezwungen waren, ihr Amt niederzulegen.

Genosse Schimmelpfennig hält es für schwer, sich ein endgültiges Urteil zu bilden. Die Präfektionskommissionsmitglieder hätten vielleicht nicht so voreilig sein sollen. Ob die Resolution vom 28. September eine Festlegung der Meinung über die Angelegenheit Fischer kontra „Vorwärts“ sei, darüber könne man zweierlei Meinung sein. Wenn man nach der Resolution Grunwald von der Bezirksführerkonferenz ohne weiteres über die Sache im Kreise zur Tagesordnung hätte übergeben wollen, so heiße das die Genossen wie kleine Kinder behandeln.

Genosse Wurm hebt zunächst hervor, daß die Genossen Schneider und Weberus von der Versammlung ohne weiteres als Kandidaten zur Präfektionskommission aufgestellt und gewählt werden könnten und im Falle ihrer Wahl annehmen müßten. Er führt weiter aus, daß es sich bei der Erbschaftsteuer um eine prinzipielle Frage gehandelt habe, und tritt in dieser Hinsicht dem Genossen Müller entschieden entgegen. Der Redner bringt folgende Resolution in Vorschlag:

„Die Generalversammlung erklärt sich mit der Tätigkeit der Präfektionskommissionsmitglieder Weberus und Schneider einverstanden und bedauert, daß sie ihr Amt niedergelegt haben.“

Genosse Kläh schließt sich den Ausführungen Wurms an und wendet sich gegen die Müller's.

Genosse Clarius wendet sich gegen Wurm. Er betont auch, daß die Bezirksführer keineswegs empfohlen hätten, die beiden Präfektionskommissionsmitglieder nicht wiederzuwählen. Der größte Stant sei aber der „Stantartikel“ gewesen.

Genosse Wendel meinte, daß die Sache sich doch wesentlich anders zugezogen habe, als Schneider sie darstellt.

Genosse Ströbel führte im Sinne Wurms aus, daß es sich bei der Erbschaftsteuer um eine ganz prinzipielle Frage

handelt. Auch der Parteitag habe sie als solche aufgefaßt. Redner verzichtete, auf die Streitfrage selbst einzugehen, erinnerte aber an die Worte Singers auf dem Parteitage, der im Zusammenhang mit der Erbschaftsteuerfrage sagte: „Wir müssen prinzipielle Politik treiben.“

Genosse Richard Fischer bemerkte in längeren Ausführungen unter anderem, daß Singer und Debel in der Erbschaftsteuerfrage entgegengesetzter Meinung waren. Wer da sage, man müsse unter allen Umständen für die Erbschaftsteuer stimmen, sei ein ebenso großer Esel wie der, der sage, man müsse unter allen Umständen dagegen stimmen. Ob er, Redner, in der dritten Sitzung dafür gestimmt hätte, könne er heute noch nicht sagen. Der „Vorwärts“ habe die Frage anfänglich, in seinem Artikel vom 20. Juni, nicht als prinzipiell aufgefaßt und sei erst später auf den Gedanken gekommen, habe somit eine Frontänderung vorgenommen. Man habe ihn, Redner, fälschlicherweise der Schulmeisteri beschuldigt, und den Vorwurf müsse er zurückweisen. Letztens liegt es ihm vollständig fern, sich bei jeder Gelegenheit hinter seinen Wahlkreis zu verziehen. Wenn jemand aus der Resolution vom 28. September herauslesen wollte, daß damit die Meinung des Kreises in der Sache Fischer kontra „Vorwärts“ festgelegt werden sollte, müsse man schon Gedankenleser sein. Daran habe niemand gedacht, daß die Resolution über diese Sache entscheiden sollte.

Nach Fischers Rede stellte Jacobeb den Antrag auf Vertagung der Versammlung, da die Angelegenheit der vorgeschrittenen Zeit wegen nicht mehr erledigt werden könne. Genosse Häuser beantragte Schluß der Debatte. Gegen diesen Antrag wandte sich Ströbel. Nach der fulminanten Anklagerede Fischers müsse auf jeden Fall den Vertretern der Redaktion Gelegenheit zur Rechtfertigung gegeben werden. — Der Antrag auf

Debatteeschluß wurde jedoch angenommen.

Es folgten sodann verschiedene persönliche Bemerkungen und sachliche Richtigstellungen. Der Vorsitzende, Genosse Schwemke, verurteilte die Zeitung des Kreises gegen den Vorwurf, Vertuschungsversuche gemacht zu haben. Es sei von manchen Mitgliedern dem Vorstand schon gesagt worden, daß er im Gegenteil über allgubiel Dinge Mitteilungen mache.

Genosse Stadthagen bemerkte, eine Frontänderung des „Vorwärts“ liege nicht vor; der „Vorwärts“ habe schon vor dem 28. Juni dieselbe Stellung zur Erbschaftsteuerfrage eingenommen habe wie später anlässlich des Parteitages. Wenn der „Vorwärts“ in der Zwischenzeit seine Stellung zu der Frage nicht mehr zum Ausdruck gebracht habe, so sei das auf Wunsch der Reichstagsfraktion geschieden, damit die Fraktion in tatsächlicher Richtung freie Hand habe. — Ebenso wies Genosse Ströbel den Vorwurf der Frontänderung des „Vorwärts“ in der Erbschaftsteuerfrage entschieden zurück. — Nach weiteren persönlichen Bemerkungen der Genossen Schneider und Weberus wurde über die Resolution Wurm abgestimmt. Sie wurde abgelehnt. Die Abstimmung ergab, daß 100 der Anwesenden dafür, 181 dagegen stimmten.

Darauf folgte die Wahl der Präfektionskommissionsmitglieder. Gewählt wurden die Genossen Max Grunwald und Ferdinand Ewald.

Als Kandidatin für die Delegiertenwahl zum Parteitag in der auf Freitag einberufenen Frauenversammlung nominierte die Generalversammlung einstimmig die Genossin Paader.

Eine „Kellnerfachschule“ in gerichtlicher Beleuchtung.

„Generaldirektor der Ersten internationalen Gastwirtschaften, Kellner-, Jock- und Handelschule Europas“ nennt sich ein ehemaliger Kellner Otto Sailer. Die „Fachschule“ mit der hochtrabenden Firmenbezeichnung befindet in Breslau. Der „Generaldirektor“ erließ marktschreierische Inserate und Prospekte, in denen

Humor und Satire.

Aflockforschungen. Es ist die Behauptung in die Welt gesetzt worden, der badiſche Zentrumsabgeordnete Seubert habe durch ein Aflock in ein Damenbad hineingekuckt. Es haben sich wirklich Zeugen gefunden, die dies bezeugen können! Um die Sache vollständig aufzuklären, haben sämtliche Mitglieder der badiſchen Zentrumsfraktion an Ort und Stelle eine Untersuchung abgehalten, die folgenden Tatbestand ergeben hat: 1. Es hat sich ergeben, daß Seubert niemals durch das Aflock gekuckt hat. 2. Es hat sich ergeben, daß Seubert, als er durch das Aflock aufsteig, geisteskrank und daher unzurechnungsfähig war. 3. Es hat sich ergeben, daß das Aflock, durch das Seubert gekuckt hat, von innen mit Blech verschlagen war, so daß man in das Damenbad nicht hineinschauen konnte. 4. Es hat sich ergeben, daß man durch das Aflock nur in denjenigen Teil des Damenbades hineinschauen konnte, in dem vielmehr nur Wäsche hing. 5. Es hat sich ergeben, daß die durch das Aflock sichtbareren Wadenden mit unzurechnungsfähigen Wadenzugängen besetzt waren. 6. Es hat sich ergeben, daß die durch das Aflock sichtbaren entblößten Wadenden sämtlich über 50 Jahre alt waren. 7. Es hat sich endlich ergeben, daß die durch das Aflock sichtbareren jugendlichen Damen den Wadentel umgelegt hatten und sich weigerten (obwohl dies zur vollständigen Aufklärung des Sachverhalts erwünscht gewesen wäre), ihn niederzulegen. (Brids in der „Jugend“.)

Notizen.

— Einen Katalog künstlerischer Wandbilder in 175 farbigen Miniaturwiedergaben hat H. Volz'scher Verlag in Leipzig herausgegeben. Bei jedem Bilde ist Größe, Preis (von 1—6 M.) angegeben; ein besonderer „Bildwähler“ ermöglicht die Wirkung im Raum zu erproben. Der Katalog, der die ganze Steinmusik des Verlags umfaßt, empfiehlt sich besonders für Kunstfreunde, die keine Gelegenheit haben, die Originale zu sehen. Der Preis von 40 Pf. wird beim Ankauf von Bildern zurückvergütet.

— Ein neues Schiller-Bildnis. Im Verlage von Paul Singer in Stuttgart ist ein Bildnis Friedrich Schillers als Gemalt in vier Farben nach einem für „Den Wahren Jacob“ gemalten Bilde von Hans G. Jenzsch erschienen. (Auf seinem Partikulardruckarton. Format 25x33 Zentimeter. Ladenpreis 60 Pf.; wenn direkt vom Verlage bezogen, für Verpackung und Porto 20 Pf. extra.)

— Mehrlingsgeburten in Deutschland. Im Jahre 1907 kamen in Deutschland nach Ausweis des Statistischen Jahrbuches für das Deutsche Reich vom Jahre 1909 im ganzen 25 972 Zwillinggeburten vor und zwar kam in 9558 Fällen ein Mädchen zur Welt, in 8345 Fällen zwei Knaben, in 7709 Fällen zwei Mädchen. — Drillinggeburten gab es 232 und zwar 59 mal drei Knaben, 61 mal drei Mädchen, 52 mal zwei Knaben und ein Mädchen, 60 mal einen Knaben und zwei Mädchen. — Im Jahre vorher gab es auch eine Vierlingsgeburt mit vier Mädchen.

— Der Vortragsmann. Wenn jemand von Namen und Rang seinen Beruf oder sein Geschäft aufgeben muß, oder wenn es nicht recht mehr geht, so fängt er an, Vorträge zu halten. Clemenceau, der Expremierminister will es jetzt auch so machen; im nächsten Sommer wird er eine große Vortragstour nach Südamerika unternehmen. Er soll in Brasilien, Argentinien und Uruguay Vorträge halten und dafür nahezu 100 000 M. Honorar beziehen. — Ob wohl Herr v. Bethmann auch einmal engagiert werden wird?

Kleines Feuilleton.

Riesengasometer. Die Katastrophe auf der neuen Hamburger Gasanstalt legt die Frage nahe, ob mit der Errichtung großer Gasometer überhaupt besondere Gefahren verbunden sind. Während früher die Gasbehälter auch der bedeutendsten Anstalten nicht über bescheidene Größen hinausgingen, sind seit etwa 25 Jahren wahre Riesengasometer gebaut worden und immer mehr in die Mode gekommen. Die größten Berliner Gasometer fassen auch heute noch nicht über 80 000 Kubikmeter, und es sind schon ganz kolossale Gebäude zu ihrer Aufnahme nötig. In England und besonders in London aber sind seit den achtziger Jahren viele Gasbehälter weit über 100 000 Kubikmeter groß errichtet worden. Sie sind unergleichlich billiger zu bauen und erfordern einfachere Bedienung und Ueberwachung, als eine Reihe von kleineren. Daher ihre Beliebtheit. Der größte bestehende Gasometer dürfte ein sechsstöckiger, das heißt aus sechs teleskopförmig ineinander schiebbaren Glockenringen bestehender Behälter in East Greenwich sein, der 90 Meter Durchmesser und etwa 65 Meter Höhe in gefülltem Zustande besitzt. Alle diese englischen Riesengasometer haben keine Häuser, sie sind unbedeckt und bestehen ganz aus Eisen sind also unverwundlich. Nun ist bei der Hamburger Katastrophe von einer Explosion gesprochen worden. Das dürfte auf unzutreffender Verwechslung beruhen. Gasbehälter „explodieren“ nicht, auch wenn sie bersten. Das überzeugende Experiment, das der Erfinder der Gasbeleuchtung seinen zweifelnden Zeitgenossen vorführte, war, daß er die Wand des Behälters mit der Spitzhade durchschlug und das ausströmende Gas mit einer Fackel entzündete. Wenn die Gasglocke von einem Gebäude umgeben ist, so können sich bei Unachtsamkeit und undüchtigem Verhalten in dem Gebäude explosive Mischungen bilden. Aber die Hamburger Behälter scheinen, wie die englischen, frei gestanden zu haben. Wenn benachbarte Häuser so nahe liegen, daß die ausströmende Gase bei defektem Behälter sie teilweise erfüllen, so ist auch in ihnen eine Explosion möglich, die sich dann als Zerstörung auf den Gasometer fortpflanzen kann, dieser selbst aber kann immer nur leerbrennen und die nächststehenden Personen durch Stichflammen bedrohen. Am einen solchen Zusammenhang scheint es sich in Hamburg zu handeln. Es ist aber unrichtig, dann von einer Explosion der Gasometer zu sprechen und damit weitere Kreise in Schrecken zu setzen. Aber man sollte die Hamburger Katastrophe allerdings zum Anlaß nehmen, nicht andere Gebäude allzu nahe an Gasbehälter zu bauen, um sie vor der Gefahr einer Anfüllung mit Gas bei schadhafte werdendem Behälter zu bewahren.

Vom Puppentheater. Puppentheater! Bei diesem Worte sehen wir den Knaben Wolfgang Goethe vor seinen Kammeraden die ersten Dramen aufzuführen. Wie lieb war dem Dichter Goethe die Erinnerung an sein Puppentheater. Ein beredtes Zeugnis dafür ist die herrliche Szene aus Wilhelm Meisters Lehrjahre. Nun ist es ja wohl sicher, daß Goethe auch ohne Puppentheater Meister Goethe geworden wäre und es würde lächerlich sein, zu behaupten, daß das Puppentheater ihn dazu gemacht hätte. Aber eines ist sicher, das Puppentheater hat auch ihm wie vielen anderen Kindern Stunden reiner Freude gewährt. Das allein würde fast genügen, um dem Puppentheater in der Reihe der Spielwaren seinen Platz zu sichern. Ist doch die Hauptforderung eines Spielzeuges, daß es dem Kinde Freude macht. Der Wert des

Puppentheaters für die Entwicklung des Kindes ist aber viel größer; ja man kann sagen, daß er gar nicht abgeschätzt werden kann, da sich sein Einfluß bis in die frühesten Jahre geltend machen kann. Noch eines verleiht dem Puppentheater seinen eigenen Reiz: es ist für alle Altersstufen der Kindheit geeignet. Dem vier- und sechs-jährigen Kinde wird von der Mutter noch „vorgespield“, das achtjährige spielt schon allein und gewinnt bald die erforderliche Geschicklichkeit, die verschiedenen Personen reden und handeln zu lassen. Sehr schnell begnügt sich das Kind nicht mehr damit, die allbekannten Märchen darzustellen, es beginnt selbst Handlungen zu erfinden, die es dann auf dem Puppentheater zur Darstellung bringt. Das Kind ist zum Dichter geworden. Bis vor wenigen Jahren war das Puppentheater fast in Vergessenheit geraten. Erst die große Kunstszenebewegung hat es aus seinem langen Schlummer zu neuem Leben erweckt. Gleichzeitig mit dieser „Auferstehung“ sind eine wenn auch noch kleine Anzahl von Puppenpuppentheatern entstanden, von denen das bekannteste wohl das von Johann Vanda: „Puppenpuppe“ ist, das im Verlage von Janssen, Hamburg, erschienen ist.

Puppentheater gibt es in den verschiedensten Arten und Preislagen. Vom Rühnener Künstler-Marionettentheater bis hinunter zum Modellierbogen für 25 Pf., aus dem das Kind selber sein Theater herstellen kann. Der Weihnachtsmann steht vor der Tür; möge er vielen Kindern die Freude machen, ein Puppentheater mitzubringen.

Eine Selbstcharakteristik der russischen Polizei. Aus Petersburg wird uns geschrieben: Also war es dieser Tage in dem vom Volksdeparterement herausgegebenen „Vollzeigeboten“ zu lesen: „Unsere Polizei ist in völliger Verachtung zur Gesellschaft und zum einfachen Volke sowie in voller Entfremdung von den Interessen und Bedürfnissen des Volkes erzogen. Fast sämtliche Handlungen der Polizei tragen den Charakter absoluter Ignorierung der Privatrechte und Privatinteressen. Die Kommunikationswege werden meistens nur vor der Durchreise von Vorposten ausgebeßert. Verbrecher werden derart gelockt, daß die Bevölkerung unter den Massenandrangungen und Massenverhaftungen moralisch und physisch mehr zu leiden hat, als selbst unter den schwersten Verbrechen. Die Sammlung „freiwilliger Gaben“ wird auf Verlangen der Vorposten in einer Weise betrieben, daß sie in eine Erpressung ausartet, so daß das Volk selbst den guten Zweck verabsäumt. Die Ordnung und der Anstand bei öffentlichen Veranstaltungen werden mit einem solchen Eifer „geachtet“, daß das Publikum nichts zu sehen bekommt, indem es möglichst weit vom Schauplatz zurückgedrängt wird.“ Der Wert dieser Charakteristik der Polizei ist wegen ihrer Quelle ganz besonders hervorzuheben. Also selbst in der Polizei fängt man an, vor sich ein Grauen zu bekommen. Naturgemäß ist dieser Selbstspiegel nur sehr lächerlich. Ist doch dabei nicht einmal von jener grandiosen und unheimlichen Bestechlichkeit die Rede, die die Polizei ebenso wie alle anderen Verwaltungsgorgane zerfrisst, hört man doch soeben gar nichts von dem Provolationsystem, welches die gesamte russische Polizei in einen Abgrund des Verberchens und des Gaunertums hinabstürzt. Allein auch die oben skizzierte Selbstcharakteristik spricht genug für sich und zeigt trotz aller aller Zähmheit, wohin das russische Ministerkabinet steuert.

er verspricht, in seiner „Schule“ würden Leute jeden Alters und Standes in kurzer Zeit als erstklassige Kellner ausgebildet und erhalten dann Stellen zugewiesen mit einem Monatsverdienst von 150—400 M. Natürlich fanden sich nahe Leute genug, die, durch die marktschreierische Kellner Baileys verleitet, sein „Institut“ gegen gute Bezahlung in Anspruch nahmen. Die Hoffnungen, welche viele derartige Leute auf den „Hochunterricht“ des „Generaldirektors“ setzten, wurden arg enttäuscht. Klagen über Baileys wurden laut und kamen auch vor die Breslauer Polizei. Diese ließ die „Erste internationale Gastwirtschaft“, Kellner-, Fach- und Handelschule“ revidieren. Die Folge der Revision war, daß der Regierungspräsident zu Breslau dem „Generaldirektor“ Baileys den weiteren Betrieb der „Hochschule“ untersagte, weil sie in keiner Hinsicht das zu leisten geeignet war, was in den Prospekten versprochen wird. Darauf wandte sich Baileys nach Berlin und versuchte, hier sein Treiben fortzusetzen. Er eröffnete in der Neuen Friedstraße wieder eine Kellnerschule. Das Polizeipräsidium hat die Genehmigung zum Betriebe der Schule unterlag, ihn aber bis 31. März nächsten Jahres gestattet, damit Baileys die eingegangenen Verpflichtungen lösen könne. Inzwischen hat Baileys in Niddorf eine „Hochschule“ der gleichen Art eingerichtet, wozu er aber bis jetzt noch nicht die behördliche Genehmigung hat.

Es ist selbstverständlich, daß sich die Organisationen der Gastwirtschaftlichen mit dem Treiben des „Generaldirektors“ Baileys beschäftigten. Die Kellnerorganisation der verschiedenen Nischen sind einig in der Verurteilung der Baileyschen „Unterrichtsmethode“. Der „Gastwirtschaftliche“, das Organ des Verbandes der Gastwirtschaftlichen, brachte eine lange Reihe von Zuschriften und Mitteilungen solcher Leute, die mit Baileys und seiner „Unterrichtsanstalt“ üble Erfahrungen gemacht hatten. Zwei Artikel des „Gastwirtschaftlichen“, die sich mit Baileys „Hochschule“ beschäftigten, veranlaßten den „Generaldirektor“, den Redakteur des genannten Blattes, Genossen Hugo Boehsch wegen Beleidigung zu verklagen. In erster Instanz wurden alle Angaben des „Gastwirtschaftlichen“ im wesentlichen als wahr erwiesen. Weil aber Boehsch auf Grund dieser wahrheitsgemäßen Angaben die Baileysche Hochschule als ein Schwindelunternehmen und sein Treiben als schwindelhaft bezeichnet hatte, verurteilte ihn das Schöffengericht wegen formaler Beleidigung in zwei Fällen zu 50 M. Geldstrafe.

Infolge der von Boehsch eingeleiteten Verurteilung beschäftigte die Angelegenheit am Dienstag die 2. Strafkammer des Landgerichts I. Der Angeklagte, den Rechtsanwalt Wolfgang Heine verteidigte, führte einen umfangreichen Wahrheitsbeweis. Auch der Kläger führte einige Zeugen ins Feld, welche für die Realität seines Unternehmens Zeugnis ablegen sollten. Diese Zeugen sind Baileys Wirtschaftlerin und zwei seiner Schüler. Einer derselben, ein junger Mann, der aus einem nicht bekannten Grunde seine Offizierslaufbahn verlassen hat und seit dem 1. Dezember dieses Jahres bei Baileys Geschäftsführer lernt, bezeichnete den Unterricht als gut. Ein anderer, ein früherer Landwirt mit Gymnasialbildung, will eine gute Ausbildung als Kellner bei Baileys erhalten haben. Der Oberkellner eines Schulweis-Restaurants in Potsdam, wo dieser einstige Hochschüler als Auskultant eingestuft wurde, bezeichnet ihn dagegen als völlig unbrauchbar. — Andererseits traten eine lange Reihe von Zeugen auf, welche bekundeten, daß Baileys ihnen gegenüber nicht das gehalten habe, was er in seinen Anpreisungen versprochen. Im allgemeinen gab die Weisenaufnahme, welche fast fünf Stunden währte, folgendes Bild:

Die schwingelnden Prospekte Baileys stellen einen Unterrichtsplan auf, der 30 Punkte umfaßt. Sie versprechen, Leute ohne jede Vorkenntnisse in zwei, höchstens drei Monaten zu erstklassigen Kellnern auszubilden und ihnen Stellen zugewiesen mit einem Monatsverdienst von 150—400 M. Die Schüler mußten den Kursus mit 90 M. Lehrgeld bezahlen und hatten außerdem noch 120 M. für Kost und Logis zu entrichten. Die Einrichtung der „Schule“ und das vorhandene Unterrichtsmaterial wird als durchaus unzureichend bezeichnet. Stellen, am allerwenigsten solche mit dem versprochenen hohen Verdienst, haben die Zeugen durch Baileys nicht erhalten. Soweit ihnen Stellen zugewiesen wurden, waren sie äußerst minderwertig und vorübergehend. In den meisten Fällen wurde die Stellenvermittlung durch einen Mann besorgt, der die Kellnerkandidaten einem gemeinlichmännlichen Stellenermittler zuführte und sich für diese „Vermittlung“ in jedem Falle 5—10 M. von den „Kandidaten“ zahlte, die dem Vermittler selbst außerdem noch die nicht unbeträchtlichen Gebühren zuwenden mußten. Durch die Aussicht auf gute Stellen wußte Baileys den einen oder anderen seiner Schüler zu überreden, ihm Dank- und Anerkennungsschreiben auszustellen, die Baileys als Kellner benutzte. Die „Ausgezeichneten“ erhielten kostenfrei ein einfaches Zeugnis. Gegen Zahlung von 3 M. konnte man aber ein besser ausgestattetes Zeugnis erhalten, welches als „Diplom“ bezeichnet wurde.

Bundschäft war der „Generaldirektor“ Baileys der einzige Lehrer an seiner „Hochschule“. Wie sein Auftreten vor Gericht bewies, steht er mit der deutschen Sprache in einem ständigen Kampf. Das hinderte ihn aber nicht, den Hochunterricht zu erteilen. Der sich nach dem Prospekt unter anderem auch auf deutsche Korrespondenz erstreckt. Später suchte Baileys durch Zeitungsinserte Lehrer, Geschäftsführer und Buchhalter für sein Unternehmen. Mehrere Leute, die auf Grund solcher Inserate Stellung bei Baileys annahmen, sagten als Zeugen: Das erste sei immer gewesen, daß Baileys von ihnen eine Kaution von 1000 M. verlangte, die sie auch ganz oder zum Teil hingaben. In den Anstellungsverträgen, welche ahnungslos unterschrieben wurden, war aber das an Baileys gezahlte Geld nicht als Kaution, sondern als Geschäftskautions bezeichnet, den sie nach ihrem Meist bald wieder erfolglos Austritt vergebens zurückerlangten. Als es war Baileys Wohnort, den Zeuten, die nach ihrem Austritt ihr Geld zurückerlangten, mit einer Schadenersatzklage in Höhe von 4000 M. zu drohen! Mehrere dieser Zeugen haben ihr Geld bis jetzt nur teilweise zurückerhalten. Ein Mann, den Baileys als Buchhalter einstellte, mußte 500 M. Kaution stellen, angeblich für Vebuchbücher, die der Buchhalter zu verwahren hatte. Derartige Bücher waren aber gar nicht vorhanden; sie wurden vielmehr durch den Buchhalter von der Buchhaltung bezogen und an die Schüler vertrieben. Allem Anschein nach hat noch ein zweiter Angehörter Baileys für diese nicht vorhandenen Bücher 500 M. Kaution erlegen müssen. Der hier in Rede stehende Buchhalter hat sich bei seinem Austritt durch Baileys Drohung mit einer Schadenersatzklage bewegen lassen, die Ausgabe der 500 M. betragenden Kaution zu quittieren, obwohl er in Wirklichkeit nur 100 M. zurückerhalten hat.

Der als Sachverständiger vernommene Leiter der städtischen Fach- und Fortbildungsschule für Kellner und Köche, Herr Baumann, gab sein Gutachten dahin ab, daß bei der anscheinend sehr mangelhaften Einrichtung der Baileyschen Hochschule, bei der kurzen Verweilzeit und der Verschiedenartigkeit der Schüler eine sachgemäße Ausbildung gar nicht erwartet werden könne.

Unter Hinweis auf das Ergebnis der Weisenaufnahme beantragte Rechtsanwalt Heine die Freisprechung des Angeklagten, da sich dessen Angaben als wahr erwiesen hätten. Der Angeklagte als Redakteur und Vorsitzender des Gastwirtschaftlichenverbandes berechnete Interessen wahrgenommen habe und das Unternehmen des Klägers mit einem guten deutschen Wort gar nicht anders denn als Schwindelunternehmen bezeichnet werden könne.

Nachdem der Verteidiger des Klägers, Leopold Meyer, Befreiung beantragt hatte, wies Boehsch unter anderem darauf hin, daß er berechnete Interessen wahrgenommen habe nicht nur als Redakteur eines Fachblattes und Vorsitzender des Verbandes, sondern auch weil er seit früher Kellner war und, falls er auf seinen sechzigsten Posten nicht wiedergewählt werde, wieder in die Lage kommen könnte, als Kellner zu arbeiten. Die Berufungsinstanz hätten ein Interesse daran, sich zu überzeugen, daß die, ohne die erforderlichen Kenntnisse zu besitzen, in den Beruf herüberkommen.

Das Gericht hob das Urteil erster Instanz auf, sprach den Angeklagten in einem Falle frei, verurteilte ihn nur wegen eines Falles formaler Beleidigung zu 10 M. und legte jeder Partei die Hälfte der gerichtlichen Kosten auf.

In der vom Vorsitzenden, Landgerichtsdirektor Neuenfeld, gegebenen Urteilsbegründung wird unter anderem ausgeführt: Es

sei festgestellt worden, daß die Hochschule des Klägers mit unzureichendem Material betrieben worden sei und den Schülern nur die notwendigen Auserweilungen, nicht aber eine genügende Fachbildung beigebracht worden seien. Der Kläger habe nicht gehalten, was er in seinen Anpreisungen versprochen. Erstklassige Kellner mit einem Monatsverdienst von 150—400 M. habe der Kläger nicht ausgebildet. Das sei auch nach dem Gutachten des Sachverständigen in der Schule des Klägers nicht möglich. Der Kläger habe auch versucht, seine Schüler anzuborgen, was ihm allerdings nicht gelungen sei. Er habe auch von Zeuten, die er anstellen wollte, in erster Linie Geld zu bekommen versucht, um sich selbst über Wasser zu halten. Es komme nicht darauf an, daß der Wahrheitsbeweis bis in alle Einzelheiten erbracht werde. Der Angeklagte liege unter dem Schutze des § 193. Zwar nicht als Redakteur eines Fachblattes, aber als Vorsitzender des Gastwirtschaftlichenverbandes habe er berechnete Interessen, die ihn selbst nahe angehen, wahrgenommen. Von diesem Gesichtspunkt aus habe der Angeklagte seiner Ueberzeugung gemäß die Schule des Klägers als ein Schwindelunternehmen bezeichnen können. Das Wort Schwindel sei nach einem Urteil des Kammergerichts kein Schimpfwort, sondern ein Wort der Kritik. Dasselbe treffe darauf zu, daß der Angeklagte das Verhalten des Klägers seinen Angestellten gegenüber als Kautions-schwindel bezeichnete. Wenn auch nicht erwiesen sei, daß der Kläger Kautions-schwindel getrieben habe, so habe der Angeklagte nach den ihm gewordenen Mitteilungen doch annehmen können, daß der Kläger Sachen mache, die man unter Umständen als Kautions-schwindel ansehen könne. Es müsse dem Angeklagten zugute gehalten werden, daß die Art, wie der Kläger sein Geschäft betrieb, zu außerordentlich scharfer Kritik herausfordere. Da nach Ansicht des Gerichts zwei Kennzeichen des Artikels über den Klagen der berechtigten Kritik hinausgingen und die Absicht der Beleidigung erkennen ließen, so habe dieserhalb Befreiung eintreten müssen, die aber aus den angeführten Gründen erheblich geringer sein müsse als die in erster Instanz ausgesprochenen.

Der Totschlag im Scheunenviertel.

In der gestrigen Weisenaufnahme wurde auf kurze Zeit die Öffentlichkeit ausgeschlossen. Rechtsanwalt Behn stellte unter Beweis, daß die Zeugin Mödler, bei welcher die Grabowskischen Eheleute gewohnt hatten, in gewissen Kreisen den Spitznamen „Die rote Henne“ geführt hat. Wie die Verteidigung behauptet, wären in der Wohnung der H. in der Rüdertstraße wiederholt Mordanschläge vorgenommen, die gewissen pervertierten Neigungen gedient hätten. Diese „Schlachtfeste“ wären auf Wunsch des Bräutigams der H. vorgenommen worden. Die Zeugin Mödler soll die behaupteten Tatsachen während des Ausschlusses der Öffentlichkeit als richtig zugegeben haben. — Die Verteidigung wußte hierdurch den Beweis führen, daß die Annahme eines Lustmordes durch irgendeine völlig unbekannt Person nicht so ohne weiteres von der Hand zu weisen sei.

Gegenstand der Weisenaufnahme war ferner nochmals jener Widerpruch, in den sich Grabowski in seinem Alibibeweis nach Ansicht der Anklagebehörde verwickelt hat. Die Zeugin Ehefrau des Kriminalwachmeisters Barthel bekundete, daß sie bestimmt nicht am Mittwoch, sondern am Donnerstag mit ihrem Ehemann durch die Lintenstrasse gegangen sei. Der Angeklagte behauptet bekanntlich, daß er die Wachen Eheleute schon am Mittwoch getroffen habe, da er sich am Donnerstag den ganzen Tag über in der Wohnung des Schlächtermeisters Jaremba befunden habe. Ueber diesen Punkt werden mehrere Bekannte des Kriminalwachmeisters vernommen, die fast übereinstimmend bekunden, daß der fragliche Tag bestimmt ein Donnerstag gewesen war. Im Gegensatz hierzu steht die Bekundung des Schlächtermeisters Jaremba, auf den sich der Angeklagte bei seinem Alibibeweis hauptsächlich beruft. Der Zeuge bekundet, daß Grabowski schon vom frühen Abend an sich in seiner (des J.) Wohnung aufhalten und auch dort geschlafen habe. Der Zeuge erklärt es auf wiederholten Vorhalt für unmöglich, daß der Angeklagte des Nachts die Wohnung verlassen haben konnte, ohne daß er etwas davon gemerkt hätte. Dies wurde auch von einer Zeugin in Rede bestätigt, die in jener Nacht in demselben Zimmer geschlafen hatte. Der Angeklagte habe ruhig schlafend um 6 Uhr morgens auf dem Sofa gelegen und habe nach dem Erwachen keine Spur einer Erregung oder ein sonst irgendwie verdächtiges Wesen zur Schau getragen.

Kriminalinspektor Braun schilberte die Lokaltaten in dem Jarembaschen Geschäft und kam zu dem Schlusse, es sei sehr leicht möglich, aus dem Schlafzimmer des J. auf die Straße hinauszukommen, zumal der Laden nicht durch eine Tür, sondern nur durch ein eisernes Gitter verschlossen werde, welches sich leicht entfernen lasse. Der nach vieler Mühe ausfindig gemachte und telefonisch in Frankfurt a. M. gefundene Geliebte der Zeugin Mödler, Sprachlehrer Jettwitz, bekundet, daß er den Angeklagten Grabowski in der Nacht vom Freitag zum Sonnabend gegen 12 Uhr in einem Hausflur der Rüdertstraße habe stehen sehen.

Mehrere Zeugen wurden darüber vernommen, ob es möglich sei, daß G. die Wohnung des Schlächtermeisters Jaremba, bei welchem sich bekanntlich der Angeklagte in der Rüdertstraße aufhalten haben will, heimlich verlassen konnte oder nicht. Der Kriminalinspektor Heßlin und mehrere Kriminalinspektoren, welche nach dieser Richtung hin Experimente angestellt hatten, bekundeten, daß es sehr leicht sei, aus dem Laden über das Türgitter hinweg auf die Straße zu gelangen, da die über dem Gitter befindliche Jalousie sich ganz leicht und geräuschlos hochheben lasse.

Der darauf vernommene Zeuge Musiker Kalkste bezeugt, daß der Angeklagte fast täglich von seiner Frau Geld verlangt habe, um spielen zu können. Wenn diese ihm das Geld verweigerte, so habe der Angeklagte gedroht, Kleidungsstücke zu verkaufen und dies auch häufig getan. Später habe Grabowski dann wieder Geld verlangt, um die verkauften Kleidungsstücke wieder einzulösen. — Auf Befragen der Rechtsanwältin Morris und Behn erklärt die als Zeugin geladene Verkäuferin Friede, daß bei dem feinerzeit von den Kriminalbeamten in dem Jarembaschen Geschäft vorgenommenen Verhören vier Männer dazu notwendig gewesen wären, um die Jalousie hochzuheben. Die Verteidigung folgert daraus, daß der Angeklagte demnach unmöglich die Wohnung des Jaremba verlassen haben könnte. Wenn dies festgestellt werde, so könne der Angeklagte als Täter überhaupt nicht in Frage kommen. Die Verteidiger stellen deshalb den Antrag, den in dieser Sache als Vertreter der Anklage fungierenden Staatsanwaltschaftsrat Merckbener, der feinerzeit als Mitglied der Gerichtskommission diesen Verhören beigewohnt hatte, als Zeugen zu vernehmen. Staatsanwaltschaftsrat Merckbener erklärt, daß er erst der Genehmigung des Oberstaatsanwalts bedürfe, ehe er in der Lage sei, eine Aussage über seine feinerzeit gemachten Wahrnehmungen machen zu können.

Eine Frau Kalkste bekundet folgendes: Die Frau Grabowski, für die sie geschneidert habe, sei eines Nachts in düstiger Toilette bei ihr erschienen und habe sie um Aufnahme gebeten, da sie von ihrem Mann in der schlimmsten Weise mißhandelt worden sei. Der Körper der Frau G. sei über und über mit blauen und braunen Flecken und ausgeplagten Eriemen bedeckt gewesen. Als sie (Zeugin) am nächsten Tage zu dem Angeklagten ging und ihm vorwirft wegen dieser Mißhandlungen machte, sei Grabowski auf sie mit einem Stuhl losgegangen. Die Frau habe ihr auch wiederholt erzählt, daß ihr Mann ihr häufig mit einem Messer zu Leibe gegangen sei und ihr gedroht habe, ihr ein spitzes Messer, einen sogenannten „Knodenspußler“ zwischen die Rippen zu jagen.

Nach Vernehmung der jetzt 15jährigen Stieftochter des Angeklagten, die erklärt, daß sie mit Grabowski nicht verwandt sei und ferner bekundet, daß ihre Mutter häufig von ihrem Stiefvater geschlagen worden sei, wenn sie ihm kein Geld geben wollte, wurde die Verhandlung abgebrochen und auf Sonnabend 2 1/2 Uhr verlagert. — Die Vertagung bis zum Sonnabend ist deshalb notwendig geworden, weil morgen (Donnerstag) der Prozeß gegen die Handlungsgelhilfen Emil Kuhlbrodt und Wilhelm Kasper wegen ver-

suchten schweren Raubes zur Verhandlung kommen soll und eine Zurückstellung dieser Strafsache aus verschiedenen Gründen nicht angängig erschien.

Soziales.

Ein internationaler Kongreß für Schulgesundheitspflege

Im August nächsten Jahres in Paris stattfinden. Die Kongreßberatungen werden in folgenden 10 Sektionen stattfinden: 1. Schulgebäude und Schulmobliken. 2. Hygiene der Internate. 3. Vertikale Schulaufsicht und persönliche Gesundheitspflege; die praktische Berechtigung ihrer Einführung. 4. Physische Erziehung und Förderung persönlicher Gesundheitspflege. 5. Vorbeugungsmassregeln gegen ansteckende Krankheiten in der Schule; aus dem Schulbetrieb herrührende Krankheiten. 6. Die Hygiene außerhalb der Schule; Freiluftschulen, Ferienkolonien. 7. Der Lehrkörper, seine Hygiene, seine Beziehungen zu Familie und Schülern. 8. Hygienische Unterweisungen für Lehrer, Schüler und Familien. 9. Beziehungen der Lehrmethoden zur Schulhygiene. 10. Sonderschulen für anormale Kinder.

Arbeiterklub für Zinkhütten.

Durch §§ 9 und 10 der Bundesratsverordnung vom 6. Februar 1909 ist eine Beschäftigung von Arbeiterinnen mit der Bedienung von Destillationsöfen der Zinkhüttenbetriebe und die Beschäftigung von jugendlichen Arbeitern in Destillationsräumen verboten und die Beschäftigung von Arbeiterinnen in Destillationsräumen beschränkt. Diese Verbote haben nur bis zum 1. Januar 1910 Gültigkeit. Ihre Gültigkeit ist jetzt durch Bundesratsbeschlusse bis zum 1. Januar 1911 verlängert.

Gerichts-Zeitung.

Ungebühr?

In einem am Dienstag vor dem Potsdamer Schöffengericht verhandelten Prozeß gebrauchte der angeklagte Chauffeur Julius Lehmann aus Berlin, der in Wannsee wegen Schnellfahrens aufgeschriebe worden ist, bezüglich des Strafbeschlusses den Ausdruck: Die Anzeigen werden ja fabriktionsmäßig hergestellt. Der Vorsitzende Assessor Knape wandte sich an den Amtsanwalt v. Dehnb, der nun wegen Ungebühr vor Gericht eine sofort vollstreckbare Haftstrafe von einem Tag beantragte, die das Gericht auch verhängte. Das Gericht führte aus: Der Ausdruck „fabrikationsmäßig“ enthält die gegen den Zeugen Gendarm Danisch gerichtete Beschuldigung, er mache fahrlässig falsche Aussagen und nehme es mit seiner Eidespflicht nicht zu ernst. Darin müsse eine Ungebührlichkeit gegenüber dem Gericht erblickt werden!

Die Strafe wurde sofort vollstreckt. Sie ist durch Beschwerde, über die das Kammergericht zu entscheiden hat, anfechtbar. Hoffentlich wird der Beschwerdeweg beschritten, wiewohl die Vollstreckung dadurch ja nicht aufgehoben werden kann, denn die Verhängung einer Ungebührstrafe und gar einer Freiheitsstrafe durch solche Auslegung einer durchaus in Wahrnehmung berechtigter Interessen getanen Äußerung enthält einen schweren Eingriff in das Verteidigungsrecht des Angeklagten. Doch Strafbeschlüsse „fabrikationsmäßig“ — bezeichnender würde man sagen „formularmäßig“ — hergestellt werden, ist eine Tatsache, die nichts beledigendes an sich trägt und deren Wahrheit schon durch einen Blick auf die Strafbeschlusformulare bewiesen wird. Schlechterdings unerfindlich ist, wie durch die Behauptung dieser Tatsache der Gendarm, der den Strafbeschlusse ja gar nicht herstellt — das ist Aufgabe des Amtsvorstehers — beleidigt sein kann. Hätte aber auch der Angeklagte durch Klarlegung seiner Ansicht den Gendarmen etwa beleidigt, so ist das noch keineswegs eine „Ungebühr vor Gericht“. Der Angeklagte muß durchaus berechtigt sein, darzulegen, weshalb weder des Amtsvorstehers Behauptung noch die des Gendarmen seiner Ansicht nach der Wahrheit entspricht. Und es zeugt von einem außerordentlichen Mangel psychologischer Kenntnis, wenn das Gericht und der Amtsanwalt annehmen, der Hinweis auf die häufige, gleichmäßige, fabriktionsmäßige, formularmäßige Erstellung von Anzeigen und Anfertigung von Strafbeschlüssen lege dem Richter nicht die besondere Pflicht auf, zu prüfen, ob die Anzeige und das mit bestem Gewissen abgegebene Zeugnis eines Gendarmen der Wahrheit entspricht. Der psychologisch gebildete oder erfahrene Richter muß wissen, daß gerade Anzeigen und eidliche Bekundungen über Vorgänge insbesondere dann häufig nicht der Wahrheit entsprechen, wenn der Anzeigende und Schwörende über ähnliche Vorgänge oft gleichmäßige Anzeige erstattet hat. Mit der Wirklichkeit verbindet sich in solchen Fällen unendlich oft die Erinnerung an andere, ähnliche Beobachtungen und verzerrt im Bewußtsein des Zeugen das wahre Bild. Wenn wie im Falle des zu Unrecht mit Ordnungstrafe belegten Chauffeurs die Grundlage der Anzeige weniger eine Tatsache als ein Urteil, nämlich das Urteil, ob der Chauffeur zu schnell gefahren ist, ist die Gefahr einer Differenz zwischen Wahrheit und Glauben des Anzeigenden eine besonders hohe.

Auch die Chauffeurs haben einen Anspruch auf Gerechtigkeit. Und von diesem Gesichtspunkt aus wäre „fabrikationsmäßige“ Herstellung von Anzeigen nicht durch das unkontrollierbare, ungewissenhaftige Spähungsvermögen eines Gendarmen, sondern durch Schnelligkeitsmesser zu fordern. Mit Recht würde ein Gericht jede Anklage wegen Zuschellfahrens gegen Chauffeurs zurückweisen, die nicht auf solcher „fabrikationsmäßigen“ Grundlage beruht. Der Potsdamer Richter sollte dankbar sein, wenn jedes seiner Urteile offen auf solchen „fabrikationsmäßigen“ objektiven Grundlagen beruhen würde, denn dann käme sein Urteil der Gerechtigkeit weit näher, als wenn er die in dem Bericht minder geläufigen Worte des Angeklagten gekleidete Witze, objektiv die Grundlagen der Anklage zu betrachten, als — Ungebühr behandelte. Oder ist es gar Ungebühr, von einem Amtsgericht objektive Prüfung zu erwarten?

Grube Luise und Marianne.

In dem seit dem 1. Dezember verhandelten Prozeß gegen Echtermeier und Genossen wurde gestern das Urteil durch den Vorsitzenden, Landgerichtsdirektor Geibel, wie folgt verkündet:

Es sei vielleicht kein Zufall, daß sich die Angeklagten — mit Ausnahme von Weihenberg — schon von Kassel her kennen. Charakteristisch sei das Zustandekommen des „Bankgeschäfts“ Grunsfeld u. Co., dessen Mitinhaber, der „Mittergutsbesitzer“ Friedmann, von den ganzen Geschäften nichts wußte und eigentlich nur immer in die Erscheinung trat, wenn es sich um den Offenbarungseid handelte. Herr Friedmann sei ein willenlose Puppe gewesen, eine vorgeschobene Person, die es dem Schwieger-sohn Echtermeiers, der nichts besitzen durfte, ermöglichen sollte, Geschäfte zu machen. Welcher Art die Geschäfte waren, zeigt die Gründung der Plantagegesellschaft und dann der Sausin-Gesellschaft, wegen deren ein Strafverfahren noch schwebt. Die Firma Grunsfeld u. Co. hat reguläre Bankgeschäfte nicht gemacht, sie zog es vor, die Gewerkschaften Marianne und Luise zu gründen und dann die viel erdrierten Transaktionen mit den Obligationen zu machen. Der Gerichtshof ist keinen Augenblick darüber im Zweifel gewesen, daß die Angeklagten gar nicht die Absicht hatten, die Grube Marianne und die angegliederten Gruben bergbaulich auszubauen; es war ihnen nur darum zu tun, eine Grundlage für die Ausgabe von Obligationen zu erhalten. Es kommt nicht darauf

an, welchen Wert diese Gruben gehabt haben: für die Ausgabe der Obligationen war es notwendig, daß die Gruben auch betrieben und ausgebeutet wurden, denn nur dann konnten die Angeklagten Geld verdienen, und nur wenn sie Geld verdienten, konnte eine Dividende für die Obligationeninhaber ermöglicht werden. Aber auf eine solche Zinszahlung kam es den Angeklagten Schiermeyer und Grunzfeld nicht an; sie wollten nur die Möglichkeit erhalten, Mariann-Obligationen auszugeben und diese Obligationen in sehr schlauser Weise durch Vermittelung der Angeklagten Käufer und König, denen die Wertlosigkeit der Obligationen bekannt sein mußte, gegen unbare Werte an den Mann zu bringen. — Ähnlich liegen die Verhältnisse bei der Sache Luitz. Auch hier kommt es auf den Wert nicht an, auch hier hatten die Angeklagten nicht die Absicht, die Grube in Betrieb zu setzen, sie wollten 1.500.000 M. Obligationen schaffen und waren gar nicht imstande, die Zinsen für die Obligationen herauszuwirtschaften. Die Gründung der sogenannten „Berlinerischen Treuhandgesellschaft“ war in der Tat nur eine Farce. Das Gericht ist keinen Augenblick im Zweifel gewesen, daß sie nur ad hoc gegründet worden ist und den Leuten Sand in die Augen streuen sollte. Der Geschäftsführer Dr. Karl Bauer hat seine Obliegenheiten in dieser Treuhandgesellschaft sehr vernachlässigt, er hat zweifellos sehr leichtfertig und pflichtwidrig gehandelt. Der Gerichtshof hat sich aber nicht bei der Ansicht des Staatsanwalts angeschlossen, daß Dr. Bauer auch ehrenrührig gehandelt habe. Durch die Personalverschiebungen haben es die Angeklagten zumeist gebracht, daß das Publikum über den Zusammenhang zwischen der Treuhandgesellschaft und den beiden Gewerkschaften, sowie dem Bankgeschäft Grunzfeld u. Co. vollständig im Unklaren gehalten wurde und durch die Auskünfte über die Obligationen das Gefühl der Sicherheit erhielten. Tatsächlich waren letztere wertlos und zahlreiche Personen sind dadurch geschädigt worden, daß sie auf die günstige Auskunft der scheinbar objektiven Firma Grunzfeld u. Co. hin Obligationen kauften oder gegen unbare Werte annahmen. Die überaus verzwickten Anleihebedingungen, auf die sich die Angeklagten berufen, sind von den meisten nicht gelesen oder nicht verstanden worden. Durch allerlei Scheinmanöver haben die Angeklagten bzw. nur der Angeklagte Schiermeyer versucht, eine Situation zu schaffen, die die Vermutung zulassen sollte, daß ein entsprechender Gegenwert für die Obliga-

tionen vorhanden sei. — Auch in bezug auf das viel erörterte Grundstück bei Croffen hat das Gericht für festgestellt erachtet, daß Schiermeyer und Käufer sich des Betruges schuldig gemacht haben. Beide wußten, daß das Grundstück nicht entfernt den Wert der Hypothek von 4000 M. hatte, die Schiermeyer auf das Grundstück nahm. Diese wertlose Hypothek ist durch Vermittelung Käufers dem Gombiha für ein Automobil hingegeben worden. In 12 Fällen der Anklage hat das Gericht einen Betrug nicht für vorliegend erachtet, im übrigen aber eine fortgesetzte Handlung angenommen. Eine strafbare Tätigkeit des Angeklagten Weisenberg hat nicht festgestellt werden können. Nach Ansicht des Gerichtshofes ist er nur das Werkzeug des Angeklagten König gewesen. Bei ihm und bei der Frau Bieg ist der Gerichtshof zur Freisprechung gekommen. Das Urteil ergreift dahin: Es werden verurteilt Grunzfeld zu zwei Jahren Gefängnis, Schiermeyer zu fünf Jahren Gefängnis und fünf Jahren Ehrverlust, Käufer zu ein Jahr sechs Monaten Gefängnis, König zu neun Monaten Gefängnis. Den Angeklagten Grunzfeld, Schiermeyer und Käufer werden drei Monate Untersuchungshaft angedroht. Die Angeklagten Weisenberg und Frau Bieg werden freigesprochen.

Für die Haftentlassung Grunzfelds hat Justizrat Bruner eine Kaution von 20.000 M. für Käufer bei Rechtsanwalt Dr. Klee eine Kaution von 5000 M. an. Das Gericht lehnte die Anträge auf Haftentlassung ab.

Ein Zusammenstoß mit Schulzenten führte den Roschinitzen Gradowski am Mittwoch auf die Anklagebank des Schöffengerichts Berlin-Mitte. Der unter Anklage stehende Vorgang, der sich in einer Juninacht in der Elbinger Straße abspielte, wird von den Beteiligten in völlig gegensätzlicher Weise dargestellt. Der Angeklagte Gradowski behauptet, er sei in Begleitung von zwei Freunden per Rad von einem Ausfluge heimgekehrt. In der Elbinger Straße, wo zwei radfahrende Schulleute standen, habe er einen seiner Freunde vermißt, er sei umgekehrt, um den Freund zu suchen. Da sei einer der Schulleute ohne Veranlassung auf ihn losgestürzt, habe ihn vom Rade gerissen, gemißhandelt und schließlich zur Wache sistiert. Die bei dem Vorgange beteiligt gewesen Schulleute Seifert und Heim sagen dagegen, der Angeklagte habe, als er an ihnen vorbeifuhr, höhnische Bemerkungen zu ihnen ge-

macht. Sie hätten die Absicht geäußert, den Angeklagten festzustellen, hätten aber davon Abstand genommen, da sie ihn auf ihren Rädern, die nicht so schnell fahren könnten wie das Rad des Angeklagten, nicht einholen konnten. Als der Angeklagte gleich darauf zurückgekommen sei und die Schulleute ausgelacht habe, sei einer derselben auf ihn zugerannt, habe ihn festgehalten und die Vorzeigung der Radfahrerkarte verlangt. Der Angeklagte habe geschrien und geläutert, sich auch geweigert, bis an eine Laterne mitzugehen, wo die Schulleute die Karte lesen wollten. Unter diesen Umständen habe der Angeklagte zur Feststellung seiner Persönlichkeit sistiert werden müssen. Auf der Wache habe er auch geläutert und geschrien wie ein Kind, und dann habe er, um die Beamten zu verhöhnen, die Melodie gepfiffen: „Du bist verrückt mein Kind.“ — Ein unbeteiligter Zeuge, der den Vorgang auf der Straße nur zum Teil mit angesehen hat, hat den Einbruch empfunden, daß die Schulleute keinen Anlaß zur Sistierung hatten, da ja der Angeklagte seine Radfahrerkarte vorgezeigt. Dieser Zeuge gab auch an, er habe gehört, daß einer der Schulleute, als die Radfahrer an ihnen vorbeipassierten, sagte: Das sind wohl Rote? Als der Angeklagte zurückkam, habe einer der Schulleute zu dem anderen gesagt: Den Hund greife ich mir. — Die Schulleute behaupteten demgegenüber, sie hätten solche Äußerungen nicht gemacht, sie hätten nur gesagt, die mühten wir uns eigentlich holen. — Das Gericht schenkte den Angaben der Schulleute vollen Glauben und verurteilte den Angeklagten wegen groben Unfugs zu 20 M. Geldstrafe.

Den eigenen Sohn aus Fahrlässigkeit erschossen

hat der Wilhelm Offer, der dafür vom Landgericht Bielefeld am 16. Juni zu 2 Wochen Gefängnis verurteilt worden ist. Er hat den Krieg mitgemacht und wohnte bei seinem Sohne, der ein Jagdgewehr besaß. Wenn ein Velekan gestorben war, pflegte der Angeklagte damit am Grab zu schießen. Dies wollte er auch am 30. März 1909 tun. Er holte das Gewehr heraus und machte sich damit zu schaffen. Während er eben seinen Sohn fragte, ob er eine Patrone habe, ging, ehe er eine Antwort erhalten konnte, der Schuß los und traf den Sohn im Unterleibe. Im Krankenhaus ist dann der Sohn gestorben. Das Reichsgericht verwarf am Dienstag die Revision des verurteilten Vaters.

Kein Augenblickserfolg ist es, den unsere

JOSETTI VERA

CIGARETTEN

errungen haben, keine oberflächlichen Sympathien sind es, die sie in Raucherkreisen genießen. Sie wurden von jeher schon als erstklassige Marke geschätzt, aber ihr Ruf als solche ist vermöge ihres einzigartigen Charakters in letzter Zeit so fortgesetzt in immer weitere Kreise gedrungen, daß sie heute bereits als die von allen Kennern meistbegehrteste Marke angesprochen werden können.

Josetti Vera m. a. M. 10 St. 30 Pf.



Das Weihnachts- W Geschenke

Thermos hält kalt und heiss ohne Feuer — ohne Eis.

Original-Thermos Gefässe

Flaschen, Kannen, Krüge, Speisegefässe in den verschiedensten Preislagen u. Ausstattungen

Besonders preiswert:

Thermos-Simplex-Flasche
NEU! 1/2 Liter Inhalt, à M. 6.— NEU!

Überall zu haben.
Fabrikate ohne die Aufschrift „THERMOS“ weisen man unbedingt zurück.



Prompte Lieferung bis
Weihnachten

Vornehme, geschmackvolle

Maß- Anfertigung

□□□

Niedrige Preise
Neuzeitige Stoffe
Hochmoderne Fassons
Vollendet guter Sitz

Anzüge nach Maß

90.—, 80.—, 70.—, 65.— Mk.
56.—, 52.—, 42.—, 36.— Mk.

Paletots a. Ulster n. Maß

92.—, 84.—, 72.—, 60.— Mk.
52.—, 45.—, 39.—, 33.— Mk.

Beinkleider nach Maß

24.—, 21.—, 18.—, 16.— Mk.
15.—, 14.—, 12.—, 9.— Mk.

Baer Sohn

Spezialhaus größten Maßstabes, gegründet 1891.

Chausseestraße 29-30 11 Brückenstraße 11
Gr. Frankfurterstr. 20 Schöneberg, Hauptstr. 10

Der Hauptkatalog No. 38 u. der Lierre-Katalog Nr. 38 kostenlos u. portofrei.
Nächsten Sonntag bis 8 Uhr abends geöffnet.



Sonneberger Spielwaren

angefertigt von den organisierten thüringischen Parteigenossen.

Ausstellung im Gewerkschaftshause

Engelauer 15, Hof parterre geradezu, Saal 11, vom

Sonntag, den 5. Dezember ab täglich von nachmittags 3 Uhr an.

Der Verkauf dauert von Montag, den 6. bis Sonntag, den 19. d. Mts., ohne Zwischenhandel, die Preise sind von den thüringischen Genossen selbst festgesetzt. Die Berliner Parteigenossinnen haben den Vertrieb übernommen und laden zur Besichtigung und Kauf ein.

Besonders empfehlenswerte Einkaufsquelle für Vereine zu Festbescherungen und Verlosungen.

W. WERTHEIM G. m. b. H.

POTSDAMER STRASSE
10/11, 13



FRIEDRICH-STRASSE 110/112
PASSAGE-KAUFHAUS

Donnerstag
Freitag
Sonnabend

Besonders preiswerte Lebensmittel

soweit
der Vorrat
reicht:

WURST- UND FLEISCHWAREN

Holstein. Zervelatwurst Pfd. 1.15	Mettwurst (Braunschweiger Art) . Pfd. 90 Pf.	Rotwurst I u. II . . . Pfd. 70 und 45 Pf.
Holsteiner Salami Pfd. 1.20	Nußschinken Pfd. 1.15	Fleischwurst Pfd. 90 Pf.
Zervelatwurst in Fettdarm . . Pfd. 1.25	Schinkenspeck Pfd. 1.00	Sülzwurst Pfd. 65 Pf.
Plockwurst Pfd. 1.10	Leberwurst (Hallesche Art) . . Pfd. 95 Pf.	Ost-preuß. Landschink. 10-15 Pfd. schwer Pfd. 1.10
Teewurst Pfd. 1.15	Landleberwurst Pfd. 90 Pf.	Gänsebrüste (geräuchert) . . . Pfd. 1.50

FRISCHES FLEISCH von Prima-Mastvieh

Schweinefleisch	Ochsenfleisch
Schinken im ganzen und geteilt . . Pfd. 75 Pf.	Schmorfleisch ob. Knoch. Pfd. 1.00 mit Knochen Pfd. 90 Pf.
Schulterblatt . Pfd. 75 bis 80 Pf.	Kamm Pfd. 75 bis 80 Pf.
Kamm Pfd. 85 Pf.	Schabefleisch Pfd. 1.00
Bauch Pfd. 75 Pf.	Fehlrippe Pfd. 80 Pf.
Rückenfett Pfd. 80 Pf.	Frische Rinderzungen Pfd. 1.00
Pökel-Dickbeine . . . Pfd. 75 Pf.	Pök.-Ochsenbrust Pfd. 90 bis 1.00

MEHL, ROSINEN, MANDELN

Feinstes Budapest Mehl in 5 u. 10 Pfund-Beuteln, Pfd. 30 Pf.	Ia Rosinen Pfd. 40 50 Pf.
Feinstes Kaiser-Auszug-Mehl in 5 u. 10 Pfund-Beuteln, Pfd. 23 Pf.	Ia Korinthen Pfd. 28 36 Pf.
Weizenmehl 000 in 5 u. 10 Pfund-Beuteln, Pfd. 19 Pf.	Zitronat Pfd. 55 Pf.
Ia süße Mandeln Pfd. 1.15 1.30 1.45	Feinstes selbsttätiges Backmehl Paket 30 Pf.
Ia bittere Mandeln Pfd. 1.25 1.40	Vanillinzucker Paket ca. 1/4 Pfd. 35 Pf.
Ia Sultaninen . . Pfd. 45 50 60 Pf.	Backpulver . . Paket ca. 1/4 Pfd. 38 Pf.

Kasseler Rippespeer . . Pfund 80 bis 90 Pf.
Kasseler Filetstück Pfund 1.00

Marmeladen in Töpfen Pflaumen, Kirschen, Johannis- beeren, Erdbeeren, Himbeeren, } Typ Aprikosen } 34 Pf.	Marmeladen nach engl. Art in Luxus-Dosen, ca. 3 Pfund Erdbeeren, Himbeeren, Aprikos., } Kirsch., Johannisb., Gem. Früchte } 1.25 Pflaumen Dose 95 Pf.
---	---

Ia Schellfische . . . Pfd. 20 25 Pf.	Bratgänse Pfd. 62 67 Pf.	Lebende Karpfen . Pfd. 80 90 Pf.
Ia Kabeljau Pfd. 20 25 Pf.	Oderbrucher Fettgänse Pfd. 73 Pf.	Lebende Hechte . . Pfd. 95 Pf. 1.05
Ia geräucherter Lachs im Ausschnitt Pfd. 1.00	Ia Ungar. Milchmast-Geflügel als: Brathühner, Suppenhühner, Enten, Poulards, Kapauner, Gänse, Puten	Lebende Aale Pfd. 1.30
		Lebende Schleie Pfd. 1.30
		Lebende Forellen Pfd. 2.75 bis 3.00

Hirsch	Ragout	Blatt	Rücken	Keule
	Pfund 25	50	80	90 Pf.

Reh	Blatt	Keule	Rücken
	Stück 1.40 bis 2.00	4.50 bis 6.50	7.00 bis 9.00

Mandarinen in Holzkoffern 1.10 1.20
Apfelsinen . . . Dtz. 25 40 90 Pf.
Ital. Äpfel Pfd. 10 Pf.

Tiroler Tafel-Äpfel (Kalterer Böhmer) in Präsent-Kistchen Kiste 3.00
--

Franz. Walnüsse Pfd. 36 Pf.
Para-Nüsse Pfd. 36 Pf.
Haselnüsse lange Pfd. 36 Pf.

NUR POTSDAMER STRASSE:

Große Auswahl in feiner kalter Küche tafelfertig zum Mitnehmen.	Gefüllte Tomaten 40 Pf. Zungenröllchen 40 Pf. Geflügel-Galantine m. Gl. 60 Pf. Hummer-Mayonnaise m. Gl. 1.10
	Lachsrollchen . . 40 Pf. Wachtel-Chauds-froids 50 Pf. Gefüllte Artischocken . . 40 Pf. Wildschwein-Roulade m. Gl. 60 Pf.

Im Frühstücksraum täglich von 1/2 12 - 2 Uhr: Warmes Tagesgericht

Pelz-Stola-Verkauf



zu hervorragend billigen Preisen!
Eigene Kürschnerei.
en gros **Riesenhafte Auswahl** detail
über **1000** Stolas von 3 Mark an
Colliers von 1,50 M. an
Echte Skunks-Stola 1,80 Meter lang von 25 M. an

Eile zu Weile

Dresdener Str. 119, Oranien-Platz.
Eckhaus
genau auf die Nr. 119 u. Firma
Bitte „Eile zu Weile“ zu achten.
Jedermann erhält die im Fenster ausgestellten Gegenstände sofort für den bezeichneten Preis.

29 13

Gardinen: Feinl. 1 Mark 80 Pf. bis zu den elegantesten.
Storen: Stid 90 Pf.
Tüllbettedecken: Stid 1 Mark 75 Pf.
Gros und Detail.
Gardinenhaus Bernhard Schwarz
früher Wallstr. 29
jetzt Wallstr. 13.
Wirtschaftsbücher für 1910
mit nächstem Inhalt
bis zum Fest gratis.



Goldisan
bester Ersatz für echten Goldschmuck, starke 14 karätige Goldauflage, 10jährige urkundl. Garantie für gutes Tragen, sonst verbürgter Umtausch. Elegante Original-Etuis. Billige Preise. Erhältlich in Goldwarenhandlungen.
Reinickendorf, Schweizer Viertel, im neuen Zentrum
in nächster Nähe des Schillerparks und des Schillersees vorzüglich gelegene billige 3-, 2- und 1-Zimmerwohnungen im Vorder- oder Gartenhaus, mit auch ohne Bad, Ballon pp. sofort vermietbar in den Neubauten der Schiller-Stromenade, Oranien-Strasse, Mülli-Strasse, Holländer- und Thuner-Strasse

SINGER Nähmaschinen

die
Nüchlichsten Weihnachtsgeschenke



Die SINGER Nähmaschinen haben sich als die Besten bewährt.
Die SINGER Nähmaschinen sind in Wirklichkeit die Billigsten.

Singer Co. Nähmaschinen A.-G.
BERLIN, Leipziger Straße 92.
Läden in den verschiedenen Stadtteilen.

Partei-Angelegenheiten.

Groß-Vichtersfelde. Heute abend 8 1/2 Uhr bei Wahrensdorf, Käsestraße 22, öffentliche Versammlung. Referent Schriftsteller Friedrich Stampfer. Der Bildungsausschuß.

Berliner Nachrichten.

Ueber das Verhältnis der Großen Berliner zur Stadt Berlin will der „Lokal-Anzeiger“ einiges erhört haben: Am Dienstag hätten die Mitglieder der Verkehrsdeputation ihren Fraktionskollegen über das Verhältnis zwischen Stadt und Große Berliner nähere Mitteilungen gemacht; dazu schreibt er:

Die Verhandlungen selbst wurden streng vertraulich geführt. Man hat die Geheimhaltung so weit getrieben, daß die Mitglieder der Verkehrsdeputation die formulierten Anträge der Großen Berliner Straßenbahn nur mündlich ihren Fraktionsgenossen übermitteln durften. Der Vorschlag, sie gedruckt den einzelnen Stadtverordneten zur besseren Einsicht zu unterbreiten, war abgelehnt worden. Soweit wir nun erfahren haben, gehen zwei Dinge nebeneinander her: die Einigung auf Grund einer Erhöhung des Tarifs und Verlängerung der Konzession und die Verstaatlichung der Straßenbahn. Ueber die Stellung der einzelnen Fraktionen zu dieser letzten Frage hören wir, daß in der freien Fraktion wenig Neigung vorhanden war, darauf näher einzugehen. In der Alten und in der Neuen Linken waren die Meinungen geteilt, doch soll auch hier die Mehrheit bei den von der „Großen“ gestellten Bedingungen gegen einen Anlauf sich ausgesprochen haben, da die Aktien so veräußert, zu zweihundert übernommen werden sollen. Von der Sozialdemokratie ist ja bekannt, daß sie prinzipiell für die Uebernahme aller Betriebsbetriebe in die Kommunalverwaltung ist. Allgemein wurde es dagegen als geboten erachtet, Bestimmungen zu unterstehen, die Aussicht haben, zu einer Einigung zwischen Stadt und Straßenbahn zu führen. Es wurde als wesentlich anerkannt, daß endlich wieder einmal die Gesamtheit der Stadtverordnetenversammlung Gelegenheit hatte, sich über die Möglichkeit eines Friedensschlusses zu äußern und dazu Stellung zu nehmen. Beschlüsse wurden gestern nicht gefaßt. Man hatte nur zur Klärung eine Generaldiskussion über die Frage und die Vorschläge herbeiführen wollen. Die weitere Entwicklung der Angelegenheit wird, so hören wir noch, von einem früheren Entgegenkommen der Straßenbahn erwartet. Man soll sich von dem, was die Große zu bieten bereit war, wenig befriedigt erklärt haben.

Die „Vossische Zeitung“ weiß folgendes zu berichten: In den Fraktionen der Stadtverordnetenversammlung haben gestern vertrauliche Beratungen über Pläne zu einer Einigung zwischen der Stadt und der Großen Berliner Straßenbahn stattgefunden. Es ist leicht und ungefährlich, wie es dieser Tage mehrfach geschehen ist, die Vermutung auszusprechen, zu den mehreren Projekten, um die es sich handelt, gehöre der Ankauf des Unternehmens für 200 Proz. des Aktienkapitals. Das ist ein Plan, der schon zwei Jahre alt ist. Der Oberbürgermeister Kirschner hat im Mai 1908 erklärt, daß er 100 Proz. geboten habe und auch die jetzt für zu hoch halte. Ein Ankauf zu 200 Proz. oder einem ähnlichen Preis ist völlig ausgeschlossen. Inwiefern sich eine andere Lösung des schwierigen Problems anbietet, läßt sich unseren Informationen nach zurzeit noch nicht mit Sicherheit erkennen. Gänzlich verfehrt erscheint die Geheimnisträumerei, die in dieser Sache beliebt wird. Es gibt kein Geheimnis, wenn 250 Menschen darum wissen. Natürlich war der Inhalt der Pläne vielen Stadtverordneten und manchen Zeitungen längst bekannt, ehe sie gestern den Stadtverordnetenfraktionen mitgeteilt wurden — ohne daß man den Fraktionsmitgliedern die grobartigen geheimen Schriftsätze in Abschrift zustellen dürfte. Weßhalb schreit man die Öffentlichkeit? Die Stadtverordnetenversammlung oder die Bürgerschaft soll und kann doch nicht überumpelt werden und die öffentliche Meinung wird es sich nicht nehmen lassen, ihr Wort mitzuspochen.

Wir teilen die Meinung der „Vossischen Zeitung“, daß die Bürgerschaft nicht überumpelt werden darf und Gelegenheit haben muß, ihre Ansicht über das Verhältnis zwischen Stadt und Straßenbahn zu sagen. Das kann aber doch nur geschehen, wenn irgend welche greifbaren Unterlagen hierzu vorhanden sind. Die Rechtslage zwischen Stadt und Straßenbahn ist so, daß im Jahre 1919 der Bahnkörper auf die Stadt ohne weiteres übergehen muß, wenn auch die Große sich hinter dem Rücken der Stadt Berlin eine Konzession bis zum Jahre 1949 erschlichen hat. Mit dieser Konzession kann die Große aber nichts anfangen, wenn sie nicht mehr die Möglichkeit hat, die Straßen der Stadt zu benutzen. Und diese Möglichkeit hat die Straßenbahn nach dem klaren Recht nicht, trotz aller Vergünstigungen, die ihr von den Aufsichtsbehörden zuteil geworden sind und noch werden.

Die Schuldeputation beschloß in ihrer Sitzung am 15. Dezember die Höchstzulage für die Klassen von 60 auf 65 herabzusetzen unter Aufhebung der Teilungen in diesen Klassen, die sich nicht bewährt haben.

Die Buchhandlung unserer Expedition ist diese Woche bis 8 Uhr abends, am kommenden Sonntag von 12 Uhr mittags ab geöffnet.

Linienverlängerung bei der Straßenbahn. Die Große Berliner Straßenbahn beabsichtigt die wichtige Linie 66 (Lichtenberg-Wilmersdorf) teilweise zu verlängern. Sie soll außerhalb des Fahrplans zu bestimmten Zeiten bis zum Friedrich-Wilhelm-Platz in Friedenau durchgeführt werden. Die Verlängerung erfolgt bei den Jagen, die werktags von Lichtenberg von 5⁰⁰ früh bis 7⁰⁰ abends und fünfzig von Friedenau von 9⁰⁰ morgens bis 9⁰⁰ abends abgehen. Sonntags werden die Jage durchgeführt, die von Lichtenberg von 1⁰⁰, von Friedenau von 2⁰⁰ an bis zum Schluß des Betriebes abgehen. Die Renierung beginnt am nächsten Sonnabend, den 18. Dezember, und gilt zunächst als ein Versuch. Für den Verkehr vom Kaiserplatz wird bei Bedarf der Betrieb durch Anhängenwagen verstärkt.

Die Heilsarmee tritt im Berliner Leben immer auffälliger hervor. Kürzlich hat sie an Stelle des nach dem Auslande vertriehenen Dr. Nitzsch einen neuen „Kommandeur“ erhalten. Dieser Herr wurde auf dem Anhalter Bahnhof mit imilitären militärischen Ehren empfangen und in einem langen Festzuge, in dem Fähnchen und Musikbänder vertreten waren, durch lebhafteste Berliner Gegenden nach den Gernontafeln in der Chausseestraße geleitet. In ganz ähnlicher Weise machen sich neuerdings in der Öffentlichkeit auch katholische Vereine bemerkbar, sobald bei ihnen privatim etwas Besonderes los ist. Wenn aber ein Häuflein Sozialdemokraten irgend einen bekannten Genossen, dessen Entlassung aus dem Gefängnis wegen Verhinderung oder dergleichen bevorsteht, an der Gefängnisporte erwartet, um den Wiedereintritt in die geraubte Freiheit würdig zu begrüßen, oder wenn organisierte jugendliche Arbeiter eine Landpartie machen, wird die Polizei aufgeboten, die sich dann rechtliche Mühe gibt, den Staat wieder mal zu retten und die Heimbegleitung des Entlassenen oder das unschuldige Vergnügen der Arbeiterjugend zu verhindern.

Was man von der Heilsarmee bei uns hat, wird vielleicht erst mal in einer späteren Zeit offenbar werden, wenn diese die Köpfe verwirrende Seite in Deutschland ihr wahres Gesicht zeigt. Ihre außerordentliche Verfolgung auf Berliner Boden wird in weitestem Kreise als Unfug empfunden. Die verschiedenen Gastwirtvereinigungen haben neuerdings beschlossen, den Verkäufern des „Arbeitsloos“ fortan keinen Zutritt mehr zu gestatten, da sich das Restaurationspublikum von den frömmelnden Hausierern belästigt fühlt.

Schaufensterbrecher sind in einem Lokale der Frankfurterstraße verhaftet worden. Die Kriminalpolizei mit einer ganzen Bande ermittelt haben, die als „Schaufensterkaluven“ sich organisiert gehabt hatte, und nahm nach einer Gesangsprobe die Verhaftungen vor.

Diebstähle im Leising-Gymnasium. Fortgesetzt werden seit einiger Zeit im Leising-Gymnasium dreizeh Diebstehereien ausgeführt. Während des Unterrichts verschaffen sich unermittelte Burischen Zutritt zu den Korridoren, wo sie Mäntel stehlen und die Garderoben der Schüler ausplündern. Auch Hüte, Schals und andere Verleibungsgegenstände eignen sich die frechen Eindringlinge an und entkommen ungehindert. Auch in anderen höheren Lehranstalten sind ähnliche Diebstähle verübt worden. Es hat den Anschein, als ob sich eine bestimmte Art von Spezialisten auf dieses Gebiet des Diebstahls geworfen habe.

Zwei schwere Straßenbahnunfälle, die wiederum durch die schon so häufig gerügte Unsitte des Befristens und Verlassens fahrender Wagen verursacht worden sind, haben sich am gestrigen Tage ereignet. Die 60jährige Witwe Wähl aus der Schloßstr. 65 in Charlottenburg hatte einen Zug der Straßenbahnlinie 81 zur Fahrt nach Hause bemerkt und verließ den Anhängewagen trotz der Warnung des Schaffners, während der Anfahr zur Haltestelle in der Nähe ihrer Wohnung. Frau W. kam zu Fall und erlitt einen Bruch des linken Armes und des Schulterblattes. Die Verunglückte wurde in bestimmungslosem Zustande nach dem Krankenhaus-Bestand übergeführt.

Beim Besteigen eines in der Fabri befindlichen Straßenbahnwagens schwer verunglückt ist gestern eine unbekante, etwa 30jährige Dame. Gegen 12 Uhr mittags versuchte die Frau vor dem Hause Chausseest. 88 den Hintere Perron des Motorwagens der Linie 68 während der Fahrt zu besteigen, glitt von dem Trittbrett ab, fiel und geriet unter den Vorderperron des Anhängewagens. Die Verunglückte wurde nach der Unfallstation in der Eichendorffstraße gebracht, wo ein Bruch mehrerer Rippen festgestellt wurde, und von hier nach dem Rudolf Virchow-Krankenhaus übergeführt.

In der Notwehr erschossen. Eine aufregende Szene spielte sich gestern abend gegen 10 Uhr in der Brandenburgstraße, nahe der Wasserhorstraße, ab. In einem Lokal wollte dort der Kriminalschutzmann Heinrich Wild vom 41. Polizeirevier einen Jubelstern festnehmen. Als der Beamte den Häufing abführte, schrie sich dieser auf der Straße plötzlich zur Wehr. Er schlug auf den Schutzmann ein und verletzte ihn schwer. In seiner kritischen Lage zog der Schutzmann den Dienstrevolver und feuerte ihn auf den Gegner ab. Der Schuß wirkte sofort tödlich. Wild wurde nach dem Urban-Krankenhaus geschafft.

Im Tiergarten erschossen hat sich der 23 Jahre alte Arbeiter Hermann Foggense aus der Feltower Straße 12. Der junge Mann war auf den Rühlwerken in der Trebbiner Straße beschäftigt, mußte aber im vorigen Jahre eines Lungenerleidens wegen eine Heilanstalt aufsuchen und am Sonnabend die Arbeit ganz aufgeben. Gestern mittag verließ er unter dem Vorwande, daß er zum Arzt gehen wolle, seine Wohnung, begab sich nach dem Tiergarten und erschloß sich auf einer Bank. Während man ihn vergeblich suchte, fand ihn ein Schutzmann abends tot dastehen und ließ seine Leiche nach dem Schandhaufe bringen. Den Revolver fand man zu seinen Füßen liegen.

Um den Röllschußsport in Berlin in Übung zu bringen, hat eine Gesellschaft eine Röllschußbahn am Kurfürstendam eröffnet. Die Laufstrecke besteht aus circa 4000 Quadratfuß Hornholz, das eigens zu diesem Zwecke aus Michigan in Nordamerika bezogen wurde. Das Unternehmen ist im großen Stille — à la Casapalati — geplant und rechnet durch Veranstaltung von Gesellschaftsabendern, Masken- und Kostümfesten natürlich auf das zahlungsfähige Publikum.

Arbeiter-Bildungsschule. Der Unterricht in Redeabund (Donnerstags), Geschichte (Sonnabends) und Rationalökonomie (Sonntags) muß wegen der Erkrankung des Genossen Brunwald auch diese Woche ausfallen. Die Nachholungsstage werden im „Vorwärts“ bekanntgegeben.

Der letzte Unterrichtsabend im Gewerkschaftswesen findet schon am Freitag, den 17. d. Mts., statt.

Ein zweites Sechstagerrennen wird in der Zeit vom 27. Dezember bis zum 2. Januar in den Ausstellungenshallen am Zoologischen Garten stattfinden. Das wird wieder eine schöne Kaserne werden, denn Sport ist das nicht mehr.

Ein Fahrradwender stahl am Dienstagmorgens 2 Uhr am Kaminplatz (Zur- und Bremer Straßen-Ecke) ein dem Händler Paul Köppen, Gerhardstr. 18, geböriges Fahrrad. Die Nummer des Rades steht unter dem Sattel und ist 194 119. Rahmen, Felgen und Schutzblech sind schwarz emailiert. Lenkstange nach oben gebogen, vernickelt; vernickelte Gabel und braune Gabelgriffe; auf der Lenkstange links unter dem Blendenhalter ist rotes Band untergelegt. Am Kopfe des Rahmens ist ein Aluminiumschild angeschraubt mit der Firma: „H. Riemann, Schöneberg, Erfurter Straße 10“.

Feuerwehrbericht. Gestern vormittag um 9 Uhr wurde die Feuerwehr nach der Charité alarmiert. Dort brannte der Pavillon I. Die Dachüberholung mit der Dachpappe und Dachsparren waren durch die Heizung in Brand geraten. Die Flammen konnten mit einer Schlauchleitung gelöscht werden. An der Ecke der Hof- und Schornsteinfegergasse wurde ein Mann von der Straßenbahn überfahren und von der Feuerwehr befreit. Feueralarme liefen dann noch aus der Teitower Str. 38, Brunwaldstr. 35 und anderen Stellen ein.

Vorort-Nachrichten.

Schöneberg.

Die Stadtverordnetenversammlung bewilligte in ihrer letzten Sitzung zunächst die erforderlichen Mittel für die Errichtung von elf neuen Stellen für Lehrpersonen an den höheren Schulen.

Die Versammlung stimmte dann einigen kleinen Abänderungen der Vorschriften über die Gewährung von Reisekosten-Entscheidungen zu. Der Vertreter der Stadt, Wollermann (Soz.) trägt bei dieser Gelegenheit die hohen Sätze bei weiteren Dienstreisen, namentlich die Kilometergelder für die Eisenbahnfahrten, bei denen fast durchweg Ersparnisse gemacht werden. Die Versammlung richtete darauf das Ersuchen an den Magistrat, in eine Revision der gesamten Vorschriften über die Gewährung von Reisekosten-Entscheidungen einzutreten, wenn vom Staate eine gleiche Revision vorgenommen wird.

Sodann stimmte die Versammlung einem Vertrage mit dem Werkverein des Berliner Zeitungswesens und dem Kuratorium der Unfallstationen vom roten Kreuz zu betreffend die einheitliche Ausgestaltung der ersten Hilfe bei Unfällen und plötzlichen Erkrankungen. Nach diesem Vertrage wird eine Stelle für erste Hilfe eingerichtet, die den Namen Schöneberger Hilfswehr führt und der Kontrolle des Magistrats untersteht. Die Hilfswehr wird in der Gegend der jetzigen Unfallstation errichtet und von irgend

einem städtischen Betriebe vollständig getrennt. Die Stadt zahlt für diesen Zweck jährlich die Summe von 11 000 M.

Der Errichtung von zwei hauptamtlichen Lehrstellen an der städtischen Fortbildungsschule wurde zugestimmt.

In die Veranlagungskommission wurde u. a. auch Stadtdirektor Bolleermann (Soz.) gewählt.

Den Damen aus Portemonnaie halten unsere Frommen und Bestehenden, wenn sie selber für die Kirche Opfer bringen sollen. Das erhellt wieder einmal deutlich aus einer Zuschrift an die „Vossische Zeitung“, in der es heißt: „Arg verrechnet hat sich die Schöneberger Kirchengemeinde beim Bau ihrer neuen Kirche. Gelegentlich der Durchberatung der Pläne und Kostenrechnung für die Kirche, deren massiger Turm im Volksmunde bereits den bezeichnenden Namen „Schöneberger Wasserturm“ erhalten hat, wurde von verschiedenen Seiten moniert, daß von den in Anfang gebrachten 653 000 M. eine verhältnismäßig kleine Summe für den inneren Ausbau und zum Schmuck vorgesehen sei. Dabei stellte es sich heraus, daß das mit Vorbedacht geschehen ist. Man war der festen Zuversicht, es würden sich sehr viele reiche alteingesessene Schöneberger Bürger finden, die gern mit vollen Händen zur Ausschmückung ihres Gotteshauses beitragen würden. Jetzt ist die Kirche in ihrer äußeren Gestalt fertig, das Geld ist zum größten Teil verbaut, die freiwilligen Spender aber, auf die man so bestimmt gerechnet hatte und mit deren Gaben der Innenbau vollendet werden sollte, sind mit einer einzigen Ausnahme — ein Kirchenfenster ist gestiftet worden — fortgeblieben. Es wird daher der Kirchengemeinde, soll die Kirche bald fertig werden, nicht anders übrig bleiben, als nochmals einen kräftigen Griff in ihre Gotteslob wohlgefüllte Geldbörse zu tun.“

Steglitz.

Eine Freiermähtigung. „Früher kosteten 10 Stück 4 M., jetzt kostet das Stück nur noch 40 Pf.“ Nach diesem Ausschreibungsrezept handelte unsere Gemeindevertretung, als sie sich in ihrer letzten Sitzung mit einer Eingabe des Gewerkschaftsrates um Ermäßigung der Badpreise in unserem Stadtbad zu beschäftigen hatte. Der ursprünglich festgesetzte Preis von 80 Pf. für ein Bannbad mußte schon im März dieses Jahres auf 50 Pf. herabgesetzt werden, um zu verhindern, daß die Badefrauen vor Langeweile melancholisch wurden. Jemand ein Pfiffikus war damals auf den Gedanken gekommen, daß man besser situierten Bürgern eine weitere Ermäßigung gewähren müsse, und deshalb wurde nebenbei das Badsystem eingeführt; das heißt, derjenige, der in der Lage war, gleich 4 M. auf einmal für Badeweche opfern zu können, konnte für diesen Betrag 10 Karten erwerben, also um 10 Pf. billiger baden. Die Spekulation ist anscheinend mißgelingen. Deshalb machte man jetzt aus der Not eine Tugend und beschloß auf die Eingabe des Rates, das Badrecht aufzugeben und den Einzelpreis für ein Bannbad auf 40 Pf., für ein Schwimmbad auf 30 Pf. festzusetzen. Einigen bürgerlichen Schwimvereinen kam man noch weiter entgegen. Nach Schluß der offiziellen Badzeit zahlen erwachsene Mitglieder 15 Pf., jugendliche 10 Pf. für Benutzung des Schwimmbades. — Da sage noch einer, daß unser Gemeindevorstand und die Gemeindevertretung kein soziales Verhältnis besitzen. Hauptächlich der Schöff-Rittmeister Bugge legte dafür ein glänzendes Zeugnis ab. Er beschloß die Errichtung einer Trinkhalle für den Auskauf von Kaffee, Milch und Selterwasser am Bahnhof mit dem trefflichen Argument, daß in der Umgebung des Bahnhofs genügend Restaurants seien, wo man ebenfalls Selterwasser erhalten könne, wenn man kein Bier trinken wolle. Zum Ueberflus seien auch zwei große Cafés in nächster Nähe, wo man eine gute Tasse Kaffee jederzeit erhalten könne. Der Herr Rittmeister ist offenbar der Meinung, daß die alkoholfreien Trinkhallen für die oberen Feinbauern bestimmt sind, er kann es nicht fassen, daß man seinen Klassenangehörigen durchaus die Wohltat eines „Loppes Kaffee for'n Secker“ aufdrängen will. — Ein Blick für den Herrn Rittmeister, daß nach Mitteilung des Gemeindevorstehers die Eisenbahnverwaltung nunmehr einbüßig die Anlage eines neuen Bannseebadhauses an der Feldstraßenbrücke abgelehnt hat. Der Frauenverein hätte womöglich auch dort die Erlaubnis zum Betriebe einer „Alkoholfreien“ nachgeschaut.

Groß-Vichtersfelde.

In der letzten Gemeindevorstandssitzung wurde der Neuregelung des Anschlagwesens und der Verpackung der Anschlagkäufe zu günstigeren Bedingungen als bisher zugestimmt. Zunächst sollen 40 Anschlagkäufe errichtet werden, wobei jedoch darauf aufmerksam gemacht wurde, daß die vor dem Gemeindevorstand errichtete Probeaufstellung dem voraussichtlichen Bedürfnis entsprechen dürfte. Nach dem Bericht des Gemeindevorstandes ergab die Kadanzahl einen Ueberschuß von 7 004 M. G. R. Haupter wünschte, daß an dem Juwenal Abschreibungen vorgenommen werden, während G. W. Delbrück darauf hinwies, daß nach kaufmännischen Gesichtspunkten nicht ein Ueberschuß vorhanden, sondern ein Zuschuß von circa 10 000 M. seitens der Gemeinde notwendig war. Schöffe Dr. Penzner erklärte, daß man es hier nicht mit einem kaufmännischen Geschäft, sondern mit einer sozialen bzw. sozialen Einrichtung zu tun habe, die in der Regel keinen Reingewinn bringen, sondern Geld kosten; es handele sich also lediglich um einen Betriebsüberschuß. — Die Besoldungsbedingungen für die Gemeindevorstandesmitglieder wurden in nichtöffentlicher Sitzung behandelt. Nach den Kommissionsbeschlüssen sollen die Groß-Vichtersfelder Lehrer nur eine Ortszulage von 150 M. zum Grundgehalt erhalten, während in fast allen Nachbarorten und selbst in Hermsdorf 300 oder 400 M. bewilligt worden sind. Die hiesigen Lehrer sind mit Recht erbittert darüber, daß man ihnen gegenüber die Teuerungserhältnisse einfach nicht anerkennt hat und daß ein so reicher und „börnerner“ Bienenort sich nicht schämt, die ohne Zweifel berechtigten Wünsche der Lehrer abzulehnen. Denn daß die Kommissionsvorschlüsse im Plenum zugunsten der Lehrer abgelehnt werden, ist leider nicht zu erwarten. Es handelt sich hier eben um die Volksschule, und bei dieser und ihrem Lehrpersonal muß eben soviel gespart werden, daß beim Bau einer „höheren“ Schule 60 000 M. unnötig verpulvert werden können.

Lichtenberg.

Stadtverordnetenversammlung. Die als erster Punkt auf der Tagesordnung stehenden Magistratsvorlagen betreffend Regelung der Besoldungsverhältnisse der Lehrpersonen sowie der Beamten wurden trotz des Widerspruchs unserer Genossen in geheime Sitzung vertwiefen. Eine Interpellation unserer Genossen betraf das Elektrizitätswerk. Es wurde angefragt, ob es wahr sei, daß die im letzten Jahr sich wiederholt recht unangenehm bemerkbar gemachten Störungen im Betrieb des Elektrizitätswerkes dauernd nur durch sehr kostspielige Reparaturen beseitigt werden könnten. Der erste Direktor der Werke erklärte daraufhin, daß bei der massiven Einrichtung des Werkes (Sauggasanlagen) und der Unzuverlässigkeit gerade dieser Maschinen er die Erklärung, daß sich derartige unliebsame Vorkommnisse nicht erneuern, nicht abgeben könne; er hoffe allerdings, daß wenn nicht wie diesmal verschiedene unglückliche Verhältnisse zusammentreffen, er mit den vorhandenen Mitteln noch diesen Winter auskomme. Er könne allerdings schon jetzt erklären, daß sich im nächsten Jahr ein Neubau notwendig mache. Bemerkenswert möchte hierzu, daß diese Ansicht von unseren Genossen schon bei den ersten Warnnachrichten über das Elektrizitätswerk ausgesprochen wurde. Hätte man dieser Ansicht damals schon Rechnung getragen oder wäre man wenigstens der Frage näher getreten, dann hätte man sich die teuren Umbauten, welche erst kürzlich

wieder die Kleinigkeit von 120 000 M. gekostet haben, ersparen können. — Beim Punkt: „Beschlussfassung über die Gültigkeit der letzten Stadtverordnetenwahlen“, entspann sich eine recht interessante Debatte. Bekanntlich war der jetzige Stadtverordnetenvorsteher Siebetteiler Hirsch vor einiger Zeit mit für einen Antrag unserer Genossen auf Einführung des allgemeinen, geheimen und direkten Wahlrechts eingetreten. Der künftige Zufall fügte es, daß er diesmal mit ausgelost wurde; als Antwort auf seine demokratischen Regungen liehen ihn die Erstklassigen am Tage der Wahl durchplumpfen. Da es nun hierbei unter den Wählern 1. Klasse nicht ganz fair zugegangen sein soll, nahm der bürgerliche Stadtverordnete Dr. Volzger Veranlassung, dies Verhalten in der schärfsten Weise zu brandmarken, indem er die Wahl des an Stelle Hirschs gewählten Fabrikanten Platzen eine Wahlhäufung nannte, wie er übrigens das ganze Zustandekommen der Wahl als unmoralisch kennzeichnete. Das jedenfalls auch von Herrn Volzger nicht gemollte Resultat seiner Ausführungen war jedoch eine Brandmarkung des jetzigen Dreiklassenwahlrechts, was auch unsere Genossen sofort feststellten. Die von Herrn Volzger beantragte Ungültigkeitserklärung der Wahl des Fabrikanten Platzen wurde gegen eine große Minorität abgelehnt. — Bereits im Jahre 1906 waren für die gärtnerische Ausmäuerung der Frankfurter Chaussee 27 000 M. in den Etat eingestellt. Wegen der beabsichtigten Umgestaltung der Frankfurter Chaussee wurde jedoch damals die Ausführung verlagert. Neuerdings wurde beschlossen, die Straßenbahngleise nicht nach der Mittelpromenade zu verlegen und daraufhin beantragte der Magistrat nunmehr die gärtnerische Ausmäuerung durch Bepflanzung der Bürgersteige auf der Strecke zwischen der Ringbahnbrücke und Hubertusstraße mit Alleebäumen und durch Herstellung von Pflanz- bzw. Schmudanlagen auf der Mittelpromenade zwischen Ringbahnbrücke und Rathausstraße zu genehmigen und die hierfür notwendigen Mittel in Höhe von 28 750 Mark zu bewilligen. Jetzt zeigte sich unsere bürgerliche Mehrheit wieder von ihrer Glanzseite, indem sie den Sachverständigen hervorsetzte. Einige erklärten, daß sie gegen die Bäume auf den Bürgersteigen wären, da dadurch die Geschäftsinhaber durch zu schmale Passage geschädigt würden, nebst dem, haben die Bürgersteige die respektable Breite von 6 1/2 Metern; die anderen wiederum beglückwünschten, daß zurzeit die Anlegung der Schmudstreifen noch nicht geboten sei, so daß zum Schluß, nachdem fast alle bürgerlichen Redner erklärt hatten, im Prinzip dafür zu sein, gegen unsere Stimmen das Projekt abgelehnt wurde. Anlässlich der im Januar d. J. stattgefundenen Debatte über die Mißstände auf den städtischen Werten war beschlossen worden, einen ersten Direktor anzustellen; außer der mangelhaften Leitung des Werks war aber auch die außerordentlich mangelhafte und nicht kaufmännische Durchführung festgestellt worden. Es wurde daher seinerzeit beschlossen, sämtliche Bücher durch Herrn Direktor Wände aus Hermsdorf nachprüfen zu lassen. Die hierfür entstandenen Kosten in Höhe von 1600 M. wurden nachträglich genehmigt. Die zurzeit bestehende Umsatz-Steuerordnung hat in ihrer Fassung Mängel gezeigt. Wiederholt hat sich herausgestellt, daß auf Grund des jetzigen Wortlauts die Umsatzsteuer umgangen worden ist, folgedessen mehrfach die Gemeinde durch Steuerhinterziehung geschädigt wurde. Der Magistrat unterbreitete infolgedessen der Stadtverordnetenversammlung einen neuen Entwurf, welcher an eine neugliedrige Kommission verwiesen wurde; der Kommission gehören von uns die Genossen Düvel, Grauer und Kerschler an. — Desgleichen wurde eine Vorlage zur Errichtung neuer Lehrerstellen einer Kommission überwiesen, in welcher die Genossen Hedert, Linke und Seidel vertreten sind. Nunmehr wurde in geheimer Sitzung weiter verhandelt. Bezüglich der Lehrer wurde beschlossen, die Ortszulage für das Jahr 1908 rückwirkend „bis 450 M.“, für die Jahre 1909 und 1910 „bis 700 M.“ und von 1911 ab „bis 750 M.“ festzusetzen. Die Redner erhalten eine Amtszulage für die Jahre 1908 und 1909 von 900 M., von 1910 ab 1200 M. wie die Berliner Redner. Die wissenschaftlichen Lehrerinnen erhalten Ortszulagen bis 250 M., die technischen Lehrerinnen 100 M. Betreffs der Beamten wurde mit wenig Abänderungen die Magistratsvorlage angenommen.

Rummelsburg.

Wie im vorigen so sind auch in diesem Jahre zum Weihnachtsfest in der Expedition Alt-Vogelagen 56. Laden, Jugendlästern, Wänden und Bilderlästern in Auswahl vorhanden, auch werden besondere Bestellungen sofort erledigt. Geöffnet ist die Expedition abends bis 8 Uhr, desgleichen auch am Sonntag, den 19. Dezember. Die Genossen werden ersucht, hiervon Gebrauch zu machen.

Schmargendorf.

Wofür die Gemeinde Geld übrig hat. Kürzlich bei der Neuregelung der Lehrergehälter zeigte die Gemeindevertretung, daß sie äußerste Sparamkeit walten lassen müsse. Anderen Sinnes war die Vertretung in der letzten geheimen Sitzung. Mit sechs gegen fünf Stimmen wurde hier beschlossen, einen Polizeikommissar anzustellen. Das Anfangsgehalt desselben beträgt 2100 Mark nebst 700 Mark Wohnungsgeldzuschuß, sechs Alterszulagen von drei zu drei Jahren a 400 M. und 250 M. Kleidungsgeld, so daß das Höchstgehalt 3450 M. ausmacht. Wie überflüssig für Schmargendorf ein Polizeikommissar ist, geht schon daraus hervor, daß das benachbarte reiche Grunewald bei 18 Polizeierregenten ohne Polizeikommissar auskommt, während Schmargendorf bei 6 Polizeierregenten und einem Wachtmeister nach der Ansicht des Herrn Gemeindevorstehers unbedingt noch einen Polizeikommissar haben muß. Am auffallendsten ist jedoch, wie dieser Beschluß zustande kam. Ein Schöffe ist zurzeit krank und obgleich er sich rechtzeitig entschuldigt hatte, unterließ der Gemeindevorsteher, den Ersatzschöffen zur Sitzung einzuladen, trotzdem derselbe am Sitzungabend auch im Rathaus anwesend war. Der Antrag wäre nach der hier allgemein herrschenden Ansicht zweifellos abgelehnt worden, wenn der Ersatzschöffe in der Sitzung zugegen gewesen wäre. Denn die Stimme des Gemeindevorstehers bestand sich bereits unter den sechs Stimmen, sie hätte also nicht mehr den Ausschlag geben können. Solche Maßnahmen sind gerade nicht geeignet, das Ansehen des Gemeindevorstehers unter der diesigen Einwohnerschaft zu erhöhen. Wie verlautet, haben etliche Gemeindevorsteher bereits gegen diesen Beschluß Beschwerde beim Landrat eingereicht.

Tempelhof.

Der Rechnungsschluß für 1908, dessen Resultat in der letzten Sitzung der Gemeindevertretung mitgeteilt wurde, bezeichnet am Einnahmen 914 258,18 M., denen eine Ausgabe von 727 041,47 M. gegenübersteht. Es ist somit ein Ueberschuß von 187 216,71 M. vorhanden. Nach Rundgebung dieses Rechnungsschlusses erhielt die Armenkommission mit Rücksicht auf die erhöhte Zahl der Ortsarmen ganze 50 M. mehr als im vorigen Jahr (600 M.) zu Weihnachtunterstützungszwecken zur Verfügung. — Dem Armenrat wurde die Entschädigungsgeld für von 650 auf 1000 M. pro Jahr erhöht. Kein Gemeindevorsteher verlangte einen näheren Bericht über die Anzahl der Patienten und die Zahl der Konsultationen. Von den 39 000 M. zum Erweiterungsbau der Höheren Mädchenkule sind nur 9000 M. aus der Kasse gezahlt worden; es müssen 30 000 M. durch Anleihe gedeckt werden. Namentlich die Unterrichtsräume für Physik und Chemie haben einen erheblichen Mehrbedarf erfordert. Sie kosten 7800 M., während dieselben nur mit 3000 M. veranschlagt waren. — Die Regulierung der Germaniastraße kostet 190 000 M. Hier von werden 90 000 M. von einem Teil der Anlieger bezahlt, 10 000 bezahlt die Gemeindekasse, während die restlichen 84 000 M., die erst nach Jahren von den anderen Teil der Anlieger beglichen werden können, vorläufig aus der Kasse entnommen werden. Da aber kein Geld vorhanden ist, müssen die 84 000 M. geliehen werden. Den größten Pöppel aber hat sich Tempelhof durch den Bau des Realgymnasiums auf den Hals geladen. Das Grundstück kostet 278 000 M., von denen 48 000 M. ausgezahlt sind. Der eigentliche Bau soll 700 000, die Regulierung, Hofpflanzung, Umfriedigung 25 000, die Baumeistergebälter 26 000, die inneren Baukosten 79 000, die Gesamtkosten also 880 000 M. betragen. Es ist deshalb ein Pöppel von 1 050 000 M. notwendig. In all diesen Angelegenheiten hatten die Gemeindevorsteher nicht ein Wort der Kritik

abgegeben. Sie gaben ihre Zustimmung, ohne auch nur den Mund aufzutun. — Nachdem sich die Gemeindevertretung zu wiederholten Malen mit den unglücklichen Verkehrsverhältnissen beschäftigt hatte, ist der große Wurf gefallen: die Gemeindevertretung hat dem Verträge der „Großen Berliner“ zugestimmt. Die Gemeinde hat nichts, die „Große Berliner“ aber alles erreicht! Ein Trost ist der Gemeindevorsteher geblieben, indem sie hofft, daß die „Große Berliner“ später mehr „Entgegenkommen“ zeigen — wenn sie bessere Einnahmebedingungen haben wird. Ein sehr schwacher Trost. In der Umfassung der Linien 96 und 97 in 70 und 73 sich zu äußern, wurden die Herren der Wähe enthoben, da diese Umänderung von der „Großen Berliner“ und dem Polizeipräsidium beschlossen war. Die scharfe Kritik hiesiger Vereine über die beabsichtigte Verkehrsverschlechterung, welche eine Verkehrsverbesserung sein soll, prallte wirkungslos ab; die Hinweis darauf, daß in Zukunft die Wagen der Linien 70 und 73 vollständig ankommen werden und eine Verbesserung von Berlin nach hier schwieriger sein dürfte, die Gerüchte, daß die Wagen nach Tempelhof-Mariendorf auf der Vehrenstraße herauf und darauf eine Linie Schlessische Busch-Vehrenstraße eingeleitet werden solle, machten die Herren zwar stumm, aber sie schenkten der „Großen Berliner“ Vertrauen, obwohl die Haltung des Polizeipräsidiums im letzteren Punkte mindestens hätte festgestellt werden müssen. Es war kein Halten mehr: sie nahmen, was ihnen angeboten! Tempelhof erhält die Linien 70 und 73 und 38 (zukünftige Linie IV), welche vom Gesundbrunnen bis Friedrich-Str.-Straße in Pichlerfelde weitergeführt wird mit je fünfzehnminütigenverkehr. Die „Große Berliner“ sichert zwar in dem Verträge die Linie 96B zu, aber — nur noch Bedarf. Das Polizeipräsidium zum Schiedsrichter über die Bedürfnisfrage anzurufen, dürfte sich als überflüssig erweisen. Aber damit nicht genug. Der Fahrplan auf der Linie I der Südlichen Vorortbahn soll von 24 auf 30 Minuten erhöht werden, wofür einige Verbesserungen auf Linie II einzutreten sollen. Auch hier hat sich die Gemeindevertretung drücken lassen, denn sie erteilte ihre Zustimmung zu dem Verträge, ohne erst darüber abstimmen zu lassen. Die Endstation soll außerdem nicht vor das Ardeyweische Grundstück, sondern an die Weiche in der Germaniastraße gelegt werden. Das ist der ganze „Erfolg“, den die Gemeinde der „Großen Berliner“ abringt.

Adlershof.

Die letzte Gemeindevorsteherung beschäftigte sich wiederum mit der Vorlage betreffend Uebernahme der Kreischauffeen durch die Gemeinde. Die mit der Vorberatung betraute Kommission hatte den § 5 des Entwurfes, welcher dem Kreise alle Rechte für Erbauung von Straßenbahnen auf den Chaussees vorbehält, gestrichen. Die Kommission wurde beauftragt, mit dem Kreise auf Grund des abgeänderten Entwurfes weiter zu verhandeln. Der vorgelegte Entwurf für Anlegung eines Markt- und Schmudplatzes in der Blomardstraße vor der Genossenschaftsstraße wurde endlich genehmigt. Der Entwurf sieht auch die erste Bedürfnisanstalt für beide Geschlechter vor, welche an der Nordwestecke des Platzes errichtet werden soll. Die Arbeiten sollen, soweit die Witterung es gestattet, sofort in Angriff genommen werden. Zweck Vereinfachung der Wege in dem Glieder Wege wurde beschlossen, die Regenentwässerungsbahn vor zu verlegen, daß der Baubestand soviel wie möglich erhalten bleibt. Ein Antrag des katholischen Geistlichen in Köpenick, einen Sitz in der hiesigen Schuldeputation einzuräumen zu erhalten, wurde einstimmig abgelehnt. Entsprechend einem Beschlusse der Gemeinden Grünau und Alt-Glienicke soll unsere Reaktionsstelle auch deren Einwohnern zur Benutzung gestellt werden, wenn die Gemeinden bereit sind, 4 Pfennig pro Einwohner als Selbstkosten an unsere Gemeindefasse zu entrichten. Die am 21. Oktober beschlossenen Darlehen von 60 000 und 170 000 M. sollen bei der Kur- und Neumärkischen ritterschaftlichen Darlehnskasse in Berlin gegen 4 Prozent Zinsen und 1/10 Prozent Verwaltungskosten erhoben werden.

Dabendorf bei Zossen.

In sehr gut besuchter Volkerversammlung in dem neugetonnenen Lokal „Zum deutschen Kaiser“ sprach am Sonntag Genosse Jubeil über „Die Steuerlasten auf den Schultern der arbeitenden Bevölkerung“. Die Versammelten nahmen die trefflichen Ausführungen mit lebhaftem Beifall entgegen. Eine Diskussion wurde nicht beliebt. An die öffentliche Versammlung schloß sich die Mitgliederversammlung des Wahlvereins, in der 12 neue Genossen in den Wahlverein aufgenommen wurden. Ferner gab der Vorsitzende bekannt, daß die Mitgliederversammlung in Zukunft nicht mehr am Donnerstag, sondern am Sonntag nach dem W. jeden Monats stattfinden.

Französisch-Buchholz.

Ueber das Thema: „Der Schandfleck der heutigen kapitalistischen Gesellschaft“ referierte in einer gut besuchten Versammlung der Genosse Dupont-Verein. Redner beleuchtete die erbärmlichen wirtschaftlichen und politischen Zustände, insbesondere das elende Dreiklassenwahlrecht zum preussischen Landtag. Es müsse jeder Versammlungsbefugter bestrebt sein, mit aller Energie diesen Schandfleck beseitigen zu helfen. Brausender Beifall lohnte dem Redner. In der Diskussion sprachen die Genossen Neumann und Kabin sowie der Vorsitzende im Sinne des Referenten. Genosse Kabin ersuchte die Versammelten, die Lokale zu meiden, welche uns nicht zur Verfügung stehen. Auf Antrag des Vorsitzenden wurde die Versammlung den Mansfelder ausgeperrten Vergleuten überwiesen. Nach der Aufforderung zum Beitritt in den Wahlverein sowie zum Abonnement auf den „Vorwärts“ wurde die Versammlung geschlossen.

Spandau.

Der Jugendauschuss hat zu Sonntag, den 19. Dezember, nachmittags 2 Uhr im Lokal von Döhle, Habelstraße 20 eine Jugendversammlung einberufen, in welcher Genosse Dr. A. Liebknecht-Verein referieren wird. Die Parteigenossen werden ersucht, ihre erwachsenen Söhne und Töchter auf obige Versammlung aufmerksam zu machen.

Nowawes.

Der nunmehr im Druck erschienene Verwaltungsbericht der Gemeinde Nowawes für das Jahr 1908/09 zeigt, daß sich der Ort in fortgesetzter Entwicklung befindet. Der Gebietsumfang der Gemeinde beträgt jetzt nach der Eingemeindung eines größeren, früher zu Dreitzig gehörenden Grundstücks 715 Hektar 9 Ar 26 Quadratmeter. Die Bevölkerung belief sich Ende März 1909 auf 22 784 Seelen. An Geburten wurden im Berichtsjahre 680 gemeldet, davon 342 männliche, 318 weibliche, 612 eheliche und 48 uneheliche. Eheschließungen wurden 211 vollzogen und 383 Sterbefälle gemeldet, worunter 155 Kinder unter einem Jahre. Der Bericht bezeichnet den Gesundheitszustand der Einwohner als einen guten, da sich das Verhältnis der Sterbefälle zur Gesamtbevölkerung nur auf 1,68 Prozent stellt. — Ueber die Amts- und Gemeindeverwaltung wird u. a. mitgeteilt, daß in derselben 18 mit Pensionsberechtigung angestellte mittlere Beamte, 7 Unterbeamte, 6 Diätäre, 12 Hilfsarbeiter und 3 Maschinenreiberinnen beschäftigt waren. Für den Sicherheitsdienst standen 3 Polizeierregenten, 1 Amts- und Gemeinbediener zur Verfügung. Ferner sind hier drei Bendarnierwachmeister und ein solcher in Neu-Pabelsberg stationiert. — Die Fluktuation der Einwohner ist eine ziemlich starke, da im Berichtsjahr auf dem Einwohnermeldeamt 9000 An-, Ab- und Ummeldungen bearbeitet werden mußten. — Bezüglich der Bauartigkeit ist zu bemerken, daß 202 Bauweise erteilt wurden, von denen 42 Neubauten und 48 größere Umbauten betroffen. Die Ausgaben der Gemeindeverwaltung betragen 41 700 M., welche ausschließlich für An- und Umbauten der Gemeindefunktionen verwendet wurden. Für Straßenpflasterungen wurden 180 312 M. ausgegeben, und zwar für die Lindenstraße 171 600 M., für die Auguststraße 8712 M. Die Anlieger wurden mit 50 Proz. zu den Kosten herangezogen. Die Beleuchtung der Straßen erfolgte durch die Deflower Continental-Gesellschaft in Neubabelsberg und Bergströden mit 49, im übrigen Ortsgebiet mit 478 Laternen. Die Zahl der Gasabnehmer betrug zifra 8000. Die Preise waren 2 Pf. für

die Brennstunde der Straßenlaternen und 18 Pf. pro Kubikmeter Leuchtgas, 12 Pf. für Heizgas. Die vertragmäßige Abgabe an die Gemeinde von 1 Pf. für je 1 Kubikmeter durch Gasuhren gemessenes Leuchtgas betrug pro 1908 8142 M. — Die Abgabe von elektrischem Licht und Kraft hat für die Gemeinde einen Ueberschuß von 6150 M. ergeben, während zu der elektrischen Straßenbahn Potsdam-Nowawes, auf welcher in den ersten 6 1/2 Monaten ihres Bestehens 518 757 Personen befördert wurden, die Gemeinde für diesen Zeitraum eine Subuze von 738 M. zu leisten hatte.

Rosenthal-Wilhelmsruh.

Der Streik der Gemeindevorsteher, der am 6. Dezember ausbrach, weil sich der Gemeindevorsteher Schmidt geweigert hatte, Auskunft über die Ausführung der von der Gemeindevertretung gefassten Beschlüsse zu geben, ist in ein neues Stadium getreten. Zu einer am 13. Dezember abendunter Sitzung hatten sich die Gemeindevorsteher Dr. Destricker, Schreibvogel und Kahl eingefunden, um über die in voriger Sitzung unerledigte Tagesordnung weiter zu beraten. Wie man uns mitteilt, wurde eine Anleihe von 100 000 M. beschlossen, außerdem erfolgte die Abnahme der über eine Million betragenden Jahresrechnung mit verschiedenen Ueberschreitungen. Nach der allgemeinen Stimmung in der Bevölkerung zu urteilen, dürften die an den Beratungen teilnehmenden Herren, die noch so weittragende Beschlüsse fassen, sicher nicht im Sinne ihrer Wähler gehandelt haben.

Potsdam.

Niemlich langsam arbeiten die hiesigen Behörden. Eine Anzahl Tabakarbeiter haben nämlich am 16. Oktober Entschädigungsgehalte eingereicht, aber noch heute warten sie auf Unterfertigung. Eine Beschwerde an das Hauptpostamt wurde am 2. Dezember damit beantwortet, daß bei ihm noch kein Gesuch vorliege und daß diese wohl noch beim Magistrat schlummern würden. Bei einem Tabakarbeiter erschien ein Beamter, um zu referieren. Hierbei soll sich derselbe eine Bemerkung erlaubt haben, die der Arbeiter als einen Vorwurf auffassen mußte. Den Beamten mußte von den Behörden klargemacht werden, daß es sich hier um ein den Tabakarbeitern gesetzlich zustehendes Recht handelt.

Gerichts-Zeitung.

Bereinsgesetz und Polizei gegen Jugendliche.

In einer öffentlichen Versammlung, die der Jugendauschuss in Rummelsburg am 21. Oktober einberufen hatte, erschienen Polizeibeamte zur Ueberwachung, weil die Polizei aus dem angezeigten Thema „Jugend und Arbeiterbewegung“ die Annahme herleitete, es handle sich um eine politische Versammlung. Damit kein Anlaß zum polizeilichen Einschreiten gegen die anwesenden jugendlichen Arbeiter gegeben und auch der Schein einer politischen Versammlung vermieden werde, änderte der als Referent erschienene Reichstagsabgeordnete Eichhorn das vom Einberufer angesehene Thema und sprach über „Die Fortbildung der Jugend nach der Entlassung aus der Schule“, wobei er jede politische Erörterung vermied. Trotzdem hielt die Polizei die Versammlung immer noch für eine politische. Der überwachende Beamte stellte die Personalien von drei jugendlichen Arbeitern fest. Diese sollten sich am Mittwoch vor dem Jugendgericht in Lichtenberg verantworten wegen Vergehens gegen das Reichsbereinsgesetz. Ihr Vergehen soll eben darin bestehen, daß sie an einer politischen Versammlung teilgenommen haben sollten, was das „liberale“ Vereinsgesetz Personen unter 18 Jahren verbietet. Die gestrige Gerichtsverhandlung drehte sich in erster Linie um die Frage, ob die betreffende Versammlung, beziehungsweise die Rede des Genossen Eichhorn einen politischen Charakter gehabt habe. Die Angaben des vom Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Kurt Rosenfeld als Zeugen geladenen Genossen Eichhorn, die dahin gingen, er habe mit Absicht jede politische Erörterung vermieden, schienen dem Gericht nicht beweiskräftig genug. Auf Antrag des Staatsanwalts wurde die Verhandlung vertagt. Es soll als Beweismittel ein von dem überwachenden Polizeibeamten angefertigter, 14 Seiten umfassender stenographischer Bericht von Bruchstücken aus der Rede Eichhorns herbeigeschafft werden. An der Hand dieses Berichts und der Aussage des Genossen Eichhorn will das Gericht dann die Frage prüfen, ob die Versammlung als eine politische anzusehen sei.

Der Pfandleiher hat gestohlene Sachen dem Eigentümer ohne Entgelt herauszugeben.

Nach § 333 des Bürgerlichen Gesetzbuches tritt der Erwerb des Eigentums nicht ein, wenn die Sachen dem Eigentümer gestohlen worden, verloren gegangen oder sonstwie abhanden gekommen sind. Wer gestohlene Sachen zum Pfand nimmt, hat im Gegensatz zu den nach Preussischem Landrecht von 1900 gültigen Vorschriften ohne Entgelt das Pfand dem Eigentümer herauszugeben.

Das Reichsgericht brachte diesen Grundsatz jüngst in einer etwas verästelten liegenden Sache zur Anwendung. Der in der Nacht vom 27. auf den 28. Juni 1907 aus Nürnberg flüchtig gemordete Schauspieler L. hatte vor seiner Flucht der Juwelierfirma S. in Nürnberg Juwelen im Werte von 350 000 M. für eine Schuld als Pfand übergeben. Diese Juwelen hatte er vorher zum Teil der Firma H. in Wien verkauft, teilweise hatte diese Firma die betreffenden Schmuckstücke selbst hergestellt. Am 21. Juni 1907 war L. bei der Firma G. in Wien erschienen mit dem Vorgeben, daß seine Schwester Grete in Nürnberg die von ihm vorher an dieselbe Firma verkauften Pretiosen zu sehen wünsche und daß dieselbe leicht das eine oder andere Stück in Nürnberg verkauft werden könnte. Frau H., die alleinige Inhaberin der Firma, schickte daraufhin ihre Tochter, eine geschiedene Bankiersfrau W., mit den Juwelen nach Nürnberg mit der Weisung, sie nicht aus den Händen zu geben, besonders nicht an L. auszuhändigen, sondern sie selbst der Schwester des L. vorzulegen. Verkauf sollte nur gegen Barzahlung eintreten. Da die Tochter der H. in ihrem Hotelzimmer in Nürnberg kein verschließbares Pult zum Aufbewahren der Schmuckstücke hatte, gab sie die Juwelen in den Schreibstisch des Schauspielers L., der den Schlüssel behielt und sie am nächsten Tage als Pfand bei der jetzt beklagten Firma S. verpfandete. Die Firma S. behauptete, ein Pfandrecht an den Juwelen zu besitzen. Frau H. klagte auf Herausgabe der Wertgegenstände. Das Landgericht und das Oberlandesgericht in Nürnberg und jetzt auch das Reichsgericht gaben der Klage statt.

Internationale D-Zug-Diebe.

Die Wiesbadener Strafkammer verhandelte dieser Tage gegen zwei internationale D-Zug-Diebe, einen angehenden Schneider namens Schetzers und einen angeblichen Gärtner namens A. v. d. Weide haben im In- und Ausland größere Diebstähle in D-Zügen verübt. Sie wurden zu je 4 1/2 Jahren Zuchthaus, 5 Jahren Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht verurteilt.

Vermischtes.

Ein Familiendrama.

In Rheingönheim wurden, wie aus Ludwigshafen berichtet wird, die 25 Jahre alte ledige Marie Darmann in ihrem Bette tot aufgefunden. Neben ihr lagen ihre beiden unehelichen Kinder, von denen das eine ebenfalls tot war, während das andere noch lebte. Die Mutter hatte sich und ihre beiden Kinder mit Arsenik vergiftet, da der Vater der beiden Kinder sie verlassen hatte. Das zweite Kind dürfte mit dem Leben davonkommen.

Branchen - Versammlung

der in Geschäftsbüchereifabriken, Linieranstalten und verwandten Betrieben beschäftigten Kollegen und Kolleginnen.

Tages-Ordnung:

- 1. Die am 1. Januar 1910 in Kraft tretende Novelle zur Gewerbeordnung und unsere Stellungnahme.
2. Beschlüsse.

Satzungen des Verbandes

Die Ortsverwaltung und Branchenleitung.

Ich hab's!

Die beste mediz. Seife zur Herstellung und Erhaltung eines rosigen, jugendfrischen Aussehens, einer weissen, samtartigen Haut, eines reinen, blendend schönen Teints, sowie gegen Sommersprossen und alle Hautunreinigkeiten ist unbedingt nur die allein echte

Steckenpferd-Lilienmilch-Seife.

Vorrätig à Stück 50 Pfg. in den Apotheken, Drogerien und Parfümerien.

Dr. Simmel

Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden. Prinzenstr. 41, Moritzplatz, 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.

Getragene eleg. Damengarderobe (pottbillig). Reichenbergerstr. 104, pt.

Hygienische

Bedarfsartikel, Neues Kautschuk, Empfehlung viel Aerzte u. Prof. grad u. a. H. Unger, Gummiwarenfabrik Berlin NW., Friedrichstrasse 119

Jedes Wort 10 Pfennig. Das erste Wort (setzgedruckt) 20 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pfg.; das erste Wort (setzgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-E. pedition, Lindenstrasse 69, bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Leppische (sehrbaste) Gelegenheitslauf, Radfahrer, Rauerhoff, Große Frankfurterstr. 9, Aurenzengasse, Sonntag 6 Uhr.

Leppische (sehrbaste) Gelegenheitslauf, Radfahrer, Rauerhoff, Große Frankfurterstr. 9, Aurenzengasse, Sonntag 6 Uhr.

Leppische (sehrbaste) Gelegenheitslauf, Radfahrer, Rauerhoff, Große Frankfurterstr. 9, Aurenzengasse, Sonntag 6 Uhr.

Leppische (sehrbaste) Gelegenheitslauf, Radfahrer, Rauerhoff, Große Frankfurterstr. 9, Aurenzengasse, Sonntag 6 Uhr.

Leppische (sehrbaste) Gelegenheitslauf, Radfahrer, Rauerhoff, Große Frankfurterstr. 9, Aurenzengasse, Sonntag 6 Uhr.

Leppische (sehrbaste) Gelegenheitslauf, Radfahrer, Rauerhoff, Große Frankfurterstr. 9, Aurenzengasse, Sonntag 6 Uhr.

Leppische (sehrbaste) Gelegenheitslauf, Radfahrer, Rauerhoff, Große Frankfurterstr. 9, Aurenzengasse, Sonntag 6 Uhr.

Leppische (sehrbaste) Gelegenheitslauf, Radfahrer, Rauerhoff, Große Frankfurterstr. 9, Aurenzengasse, Sonntag 6 Uhr.

Durch Rauch beschädigte Gardinen, Stores werden zu sehr billigen Preisen verkauft. 3001R

Durch Rauch beschädigte Teppiche, Teppichböden, Vorhänge, etc. zu billigen Preisen.

Durch Rauch beschädigte Möbel, Betten, etc. zu billigen Preisen.

Durch Rauch beschädigte Teppiche, Teppichböden, Vorhänge, etc. zu billigen Preisen.

Durch Rauch beschädigte Möbel, Betten, etc. zu billigen Preisen.

Durch Rauch beschädigte Teppiche, Teppichböden, Vorhänge, etc. zu billigen Preisen.

Durch Rauch beschädigte Möbel, Betten, etc. zu billigen Preisen.

Durch Rauch beschädigte Teppiche, Teppichböden, Vorhänge, etc. zu billigen Preisen.

Durch Rauch beschädigte Möbel, Betten, etc. zu billigen Preisen.

Leppische (sehrbaste) Gelegenheitslauf, Radfahrer, Rauerhoff, Große Frankfurterstr. 9, Aurenzengasse, Sonntag 6 Uhr.

Leppische (sehrbaste) Gelegenheitslauf, Radfahrer, Rauerhoff, Große Frankfurterstr. 9, Aurenzengasse, Sonntag 6 Uhr.

Leppische (sehrbaste) Gelegenheitslauf, Radfahrer, Rauerhoff, Große Frankfurterstr. 9, Aurenzengasse, Sonntag 6 Uhr.

Leppische (sehrbaste) Gelegenheitslauf, Radfahrer, Rauerhoff, Große Frankfurterstr. 9, Aurenzengasse, Sonntag 6 Uhr.

Leppische (sehrbaste) Gelegenheitslauf, Radfahrer, Rauerhoff, Große Frankfurterstr. 9, Aurenzengasse, Sonntag 6 Uhr.

Leppische (sehrbaste) Gelegenheitslauf, Radfahrer, Rauerhoff, Große Frankfurterstr. 9, Aurenzengasse, Sonntag 6 Uhr.

Leppische (sehrbaste) Gelegenheitslauf, Radfahrer, Rauerhoff, Große Frankfurterstr. 9, Aurenzengasse, Sonntag 6 Uhr.

Leppische (sehrbaste) Gelegenheitslauf, Radfahrer, Rauerhoff, Große Frankfurterstr. 9, Aurenzengasse, Sonntag 6 Uhr.

Leppische (sehrbaste) Gelegenheitslauf, Radfahrer, Rauerhoff, Große Frankfurterstr. 9, Aurenzengasse, Sonntag 6 Uhr.

Leppische (sehrbaste) Gelegenheitslauf, Radfahrer, Rauerhoff, Große Frankfurterstr. 9, Aurenzengasse, Sonntag 6 Uhr.

Leppische (sehrbaste) Gelegenheitslauf, Radfahrer, Rauerhoff, Große Frankfurterstr. 9, Aurenzengasse, Sonntag 6 Uhr.

Leppische (sehrbaste) Gelegenheitslauf, Radfahrer, Rauerhoff, Große Frankfurterstr. 9, Aurenzengasse, Sonntag 6 Uhr.

Leppische (sehrbaste) Gelegenheitslauf, Radfahrer, Rauerhoff, Große Frankfurterstr. 9, Aurenzengasse, Sonntag 6 Uhr.

Leppische (sehrbaste) Gelegenheitslauf, Radfahrer, Rauerhoff, Große Frankfurterstr. 9, Aurenzengasse, Sonntag 6 Uhr.

Leppische (sehrbaste) Gelegenheitslauf, Radfahrer, Rauerhoff, Große Frankfurterstr. 9, Aurenzengasse, Sonntag 6 Uhr.

Leppische (sehrbaste) Gelegenheitslauf, Radfahrer, Rauerhoff, Große Frankfurterstr. 9, Aurenzengasse, Sonntag 6 Uhr.

Leppische (sehrbaste) Gelegenheitslauf, Radfahrer, Rauerhoff, Große Frankfurterstr. 9, Aurenzengasse, Sonntag 6 Uhr.

Leppische (sehrbaste) Gelegenheitslauf, Radfahrer, Rauerhoff, Große Frankfurterstr. 9, Aurenzengasse, Sonntag 6 Uhr.

Leppische (sehrbaste) Gelegenheitslauf, Radfahrer, Rauerhoff, Große Frankfurterstr. 9, Aurenzengasse, Sonntag 6 Uhr.

Leppische (sehrbaste) Gelegenheitslauf, Radfahrer, Rauerhoff, Große Frankfurterstr. 9, Aurenzengasse, Sonntag 6 Uhr.

Leppische (sehrbaste) Gelegenheitslauf, Radfahrer, Rauerhoff, Große Frankfurterstr. 9, Aurenzengasse, Sonntag 6 Uhr.

Leppische (sehrbaste) Gelegenheitslauf, Radfahrer, Rauerhoff, Große Frankfurterstr. 9, Aurenzengasse, Sonntag 6 Uhr.

Leppische (sehrbaste) Gelegenheitslauf, Radfahrer, Rauerhoff, Große Frankfurterstr. 9, Aurenzengasse, Sonntag 6 Uhr.

Leppische (sehrbaste) Gelegenheitslauf, Radfahrer, Rauerhoff, Große Frankfurterstr. 9, Aurenzengasse, Sonntag 6 Uhr.

Leppische (sehrbaste) Gelegenheitslauf, Radfahrer, Rauerhoff, Große Frankfurterstr. 9, Aurenzengasse, Sonntag 6 Uhr.

Leppische (sehrbaste) Gelegenheitslauf, Radfahrer, Rauerhoff, Große Frankfurterstr. 9, Aurenzengasse, Sonntag 6 Uhr.

Leppische (sehrbaste) Gelegenheitslauf, Radfahrer, Rauerhoff, Große Frankfurterstr. 9, Aurenzengasse, Sonntag 6 Uhr.

Zimmer. Teilnehmer für möbliertes Zimmer sofort gesucht. Prinzenstr. 41, Moritzplatz, 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.

Schlafstellen. Schlafstelle, Herrn, separater Eingang, Günterweg 63, Vorderhaus I, 1st. 193R

Mietsgesuche. Möbliertes Zimmer sofort gesucht, nahe Oranienplatz, Potsdamerstr. 78, III rechts. 2883R

Arbeitsmarkt. Stellengesuche. Friseur auf Eisen usw. gesucht. Stralauerstr. 53. 195R

Arbeitsmarkt. Stellengesuche. Friseur auf Eisen usw. gesucht. Stralauerstr. 53. 195R

Arbeitsmarkt. Stellengesuche. Friseur auf Eisen usw. gesucht. Stralauerstr. 53. 195R

Arbeitsmarkt. Stellengesuche. Friseur auf Eisen usw. gesucht. Stralauerstr. 53. 195R

Arbeitsmarkt. Stellengesuche. Friseur auf Eisen usw. gesucht. Stralauerstr. 53. 195R

Arbeitsmarkt. Stellengesuche. Friseur auf Eisen usw. gesucht. Stralauerstr. 53. 195R